Gemeinde Kriens

PROTOKOLL

Einwohnerrat

Einwohnerratssitzung 2009/2010 Protokoll Nr. 7

Sitzungsdatum Sitzungszeit Donnerstag, 18. März 2010

08:30 Uhr - 12:00 Uhr / 13:30 Uhr - 19:00 Uhr

Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Yvonne Röösli Direktwahl 041 329 63 09

Anwesend Präsident Bienz Viktor

Einwohnerrat 33 Mitglieder

Baumgartner Werner (bis 17:30 Uhr)

28. Januar 2010 ry

Heini Martin (bis 18:00 Uhr)

Nyfeler Nicole (bis 11:15 Uhr und von 13:30 Uhr

bis 15:45 Uhr)

Maldonado Jennifer (bis 18:00 Uhr) Müller Ursula (bis 18:40 Uhr)

Gemeinderat 5 Mitglieder

(Sidler Lothar von 10:45 Uhr bis 14:00 Uhr

abwesend)

Gemeindeschreiber Solari Guido

Protokoll Röösli Yvonne

Burkhart Petra (vormittags) Sigrist Andrea (nachmittags)

Entschuldigt Achermann Marco

Burkhardt Roland

Traktanden

1.	Mitteilungen		Seite 323
2.	Protokoll Nr. 5 vom 17. Dezember 2009		Seite 324
3.	Bericht und Antrag: Wahl eines/einer Delegierten in den Gemeindeverband LuzernPlus	Nr. 137/10	Seite 324
4.	Bericht und Antrag: Gesamtrevision des Reglements über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund 1. Lesung	Nr. 108/09	Seite 325
5.	<u>Postulat Burkhardt:</u> Alternative zum Projekt Neubau Hergiswaldbrücke B+A Nr. 118/09 **Begründung**	Nr. 132/10	Seite 334
6.	Bericht und Antrag: Planungskredit für Neubau Hergiswaldbrücke (Ersetzt zurückgewiesener Bericht und Antrag Nr. 118/09)	Nr. 138/10	Seite 335
7.	Planungsbericht: Schulraum Kriens 2010 – 2021	Nr. 134/10	Seite 345
	Gleichzeitig wird folgende Interpellation beantwortet (im Planungsbericht integriert):		
7.1	Interpellation Burkhardt: Schulraumplanung 2010 Beantwortung	Nr. 133/10	
8.	Bericht und Antrag: Baukredit Werterhaltung Schulanlagen - 2. und 3. Etappe / 2. Phase Schulhäuser Roggern, Krauer und Feldmühle	Nr. 139/10	Seite 350
9.	Bericht Postulat Thalmann: Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens	Nr. 050/09	Seite 357
10.	Bericht Postulat Hauser: Präventionsprojekt "sensor - erkennen und handeln": Beteiligung von Kriens	Nr. 065/09	Seite 360
11.	Bericht Postulat Nyfeler: Keine Ausbeutung mit unseren Steuergelder	Nr. 287/08	Seite 361
12.	Postulat Achermann: Pro Jahr eine Gratisbenützung einer gemeindeeigenen Räumlichkeit, für alle in Kriens ortsansässigen Vereine Begründung abtraktandiert	Nr. 119/09	Seite 362
13.	<u>Postulat Heini:</u> Kostenpflichtige Dienste auf Privatstrassen Begründung	Nr. 120/09	Seite 362

14.	<u>Postulat Urfer:</u> Mehr Sicherheit für die Überquerung der Strasse bei der Johanneskirche Begründung	Nr. 122/09	Seite 365
15.	Interpellation Portmann/Rey: China-Granit für die Südstrasse Beantwortung	Nr. 100/09	Seite 365
16.	Postulat Wili: Ortstafel Begründung	Nr. 125/09	Seite 366
17.	<u>Interpellation Portmann</u> : Abgewiesene Asylbewerber in der Gemeinde Kriens Beantwortung	Nr. 098/09	Seite 367
18.	Interpellation Graber: Massnahmen zur Verhinderung von Veranstaltungen auf Privatgrund, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden Beantwortung	Nr. 107/09	Seite 370
19.	<u>Postulat Wili:</u> Verselbständigung von Gemeindebetrieben Begründung	Nr. 127/09	Seite 370
20.	<u>Postulat Graber:</u> Gesamtkonzept für die Sport- und Freizeitanlagen Schwimmbad, Kleinfeld und Mettlen Begründung	Nr. 130/09	Seite 372
21.	Bericht Postulat Dalla Bona: Arbeit statt Sozialhilfe abtraktandiert	Nr. 217/07	
22.	Bericht Postulat Dalla Bona: Arbeit vor Sozialhilfe abtraktandiert	Nr. 250/08	
23.	Bericht Postulat Koch: Boomender Weinbau im Kanton Luzern - Edle Tropfen auch für Kriens!	Nr. 056/09	Seite 373
	23.1 <u>Dringliches Postulat Wili:</u> Liegenschaft Unterhaus Begründung	Nr. 146/10	Seite 381
24.	Bericht Postulat Graber: Neubau Gasthaus Hergiswald: So nicht!	Nr. 097/09	Seite 383
25.	<u>Interpellation Frey:</u> Gestaltungsplan "Schlund Ost" – Waldstätterpark mit Verspätung? Beantwortung	Nr. 094/09	Seite 384
26.	Interpellation Portmann: Starke Stadtregion Luzern Beantwortung	Nr. 126/09	Seite 385
27.	<u>Postulat Urfer:</u> Berücksichtigung der IAO Kernüberein- kommen, faire Beschaffung auch in Kriens Begründung	Nr. 131/09	Seite 385

28.	<u>Postulat B. Bienz:</u> Weniger Salz auf Krienser Strassen und Trottoirs Begründung	Nr. 140/10	Seite 387
29.	Motion Konrad: Realisierung Zentrumsprojekt Begründung	Nr. 141/10	Seite 387
30.	Verabschiedung Bernadette Hauser-Roos (CVP)		Seite 390

Neueingänge

Nr. 056/09	Bericht Postulat Koch: Boomender Weinbau im Kanton Luzern - Edle Tropfen auch für Kriens!
Nr. 097/09	Bericht Postulat Graber: Neubau Gasthaus Hergiswald: So nicht!
Nr. 140/10	<u>Postulat B. Bienz:</u> Weniger Salz auf Krienser Strassen und Trottoirs <i>Eingang: 29.01.2010</i>
Nr. 141/10	Motion Konrad: Realisierung Zentrumsprojekt Eingang: 29.01.2010
Nr. 142/10	Postulat Piazza: Mattenhof als Salle Modulable-Standort Eingang: 08.02.2010
Nr. 143/10	<u>Interpellation B. Bienz:</u> Baurecht für gemeindeeigenes Land <i>Eingang: 08.02.2010</i>
Nr. 144/10	<u>Interpellation B. Bienz:</u> Alterswohnungen: Verstösse gegen das Mietrecht? <i>Eingang: 08.02.2010</i>
Nr. 145/10	<u>Schriftliche Anfrage Urfer:</u> Bestehen Werkschäden im Pflegeheim Zunacher 2? <i>Eingang: 25.02.2010</i>
Nr. 146/10	<u>Dringliches Postulat Wili:</u> Liegenschaft Unterhaus <i>Eingang: 26.02.2010</i>
Nr. 147/10	<u>Postulat Müller:</u> Stoppt der Versiegelung von Naturwegen auf dem Krienser Gemeindegebiet <i>Eingang: 16.03.2010</i>

1. Mitteilungen

<u>Viktor Bienz</u> begrüsst herzlich zur tägigen März-Sitzung. Von der NLZ ist Michael Graber anwesend. Die Neueingangs-Liste wurde verteilt. Für die heutige Sitzung hat sich Roland Burkhardt entschuldigt. Bekanntlich hatte er eine Herzoperation und befindet sich nun in der Rehabilitation. Viktor Bienz wünscht ihm auf diesem Weg gute Genesung. Marco Achermann kann aus beruflichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen und Lothar Sidler wird von 10:45 Uhr bis 12:00 Uhr an einem Schlossworkshop mit den Heimen teilnehmen.

Wie bereits mitgeteilt, werden auf Wunsch des Gemeinderates die Traktandum 21 und 22 abtraktandiert.

<u>Thomas Lammer</u> beantragt, aufgrund der Abwesenheit von Marco Achermann das Traktandum 12 ebenfalls abzutraktandieren und an der nächsten Sitzung zu behandeln.

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, dass diesem Antrag nicht opponiert wird.

Der Gemeinderat hat keine Mitteilungen.

Dringliches Postulat Wili: Liegenschaft Unterhaus (Nr. 146/10)

Der Dringlichkeit wird nicht opponiert. Der Vorstoss wird somit als Traktandum 23.1 behandelt.

2. Protokoll Nr. 5 vom 17. Dezember 2009

Auf der Gemeindekanzlei sind folgende zwei Änderungsanträge eingegangen:

<u>Cyrill Wiget</u> beantragt auf Seite 252/253 Abs. 4, zweitletzter Satz folgende Ergänzung: *Ein reines Naturbad wäre die günstigste Lösung. Die Kommission und der Gemeinderat schlagen aber im Sinne des Sports ein kombiniertes Erlebnisbad zur Projektierung vor.*

<u>Erich Tschümperlin</u> beantragt auf Seite 260, Detailberatung zu S. 8 Art. 10 Energie, folgende Korrektur: *Für Erich Tschümperlin ist Minergie messbar* ("nicht" streichen).

Die Anträge werden genehmigt. Es sind keine weiteren Änderungsanträge eingegangen. Das Protokoll Nr. 5 vom 17. Dezember 2009 wird mit den vorerwähnten Änderungen genehmigt und verdankt.

3. Bericht und Antrag: Wahl eines/einer Delegierten in den Gemeindeverband LuzernPlus Nr. 137/10

Der Gemeinderat beantragt, Helene Meyer-Jenni als Delegierte in den Gemeindeverband LuzernPlus zu wählen.

Wahlergebnis

ausgeteilte Stimmzettel	34
eingegangene Stimmzettel	34
leere Stimmzettel	1
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	33
absolutes Mehr	17

Stimmen erhielt und ist somit gewählt: Helene Meyer-Jenni mit 24 Stimmen

Räto Camenisch erhielt 9 Stimmen.

4. Bericht und Antrag: Gesamtrevision des Reglements über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund 1. Lesung Nr. 108/09

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, dass es zu diesem Bericht und Antrag noch keine Schlussabstimmung gibt, da es sich um die erste Lesung handelt. Zuerst erfolgt das Eintreten und anschliessend die Detailberatung.

Gemäss <u>Martin Heiz</u> war die Baukommission für Eintreten auf den Bericht und Antrag. Sie musste feststellen, dass die Erarbeitung dieses Berichtes nicht ganz einfach war, vor allem die Bedürfnisse aller Ansprüche in das Reglement zu integrieren. Es mussten in diesem Reglement die öffentlich-rechtlichen und die privat-rechtlichen Parkplätze integriert werden und auch die Rechtsgrundlage für die Abgabe von Tageskarten mussten geregelt werden. Es wurden einige Gedanken in der Baukommission diskutiert, doch musste man Aufpassen, dass man das ganze nicht noch komplizierter machte.

Im Reglement wird immer die männliche und die weibliche Form benützt, was das Ganze etwas umständlich macht. Es wurde in der Diskussion auch noch redaktionelle Änderungen gemacht, welche vom Gemeinderat in die 2. Lesung übernommen werden. Jede Kommission ist ja auch für die redaktionelle Seite verantwortlich. Diese Änderungen hat der Einwohnerrat per Extranet erhalten. Der Sprecher wird diese dann bei den betreffenden Artikeln noch einbringen.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass der Gemeinderat im vorliegenden Bericht und Antrag unter anderem das grosse Anliegen der FDP sowie der SVP rechtsverbindlich umsetzt. Die FDP freut sich, dass die Bevölkerung jetzt definitiv nicht hohe Parkplatzkosten in Kauf nehmen müssen, wenn sie sich im Freien etwas bewegen möchte, spazieren, wandern, joggen, was auch immer. Das ist gut so. Betroffene schätzen das, der Einsatz hat sich gelohnt. Dass der Gemeinderat die Gelegenheit wahrnimmt, bei der Anpassung des Reglements noch weitere Änderungen anzubringen, macht Sinn und wird von der FDP unterstützt. Sie begrüsst auch, dass neu für gebührenpflichtige Parkplätze auf öffentlichem Grund zu den Jahres- und Monatskarten auch Tageskarten abgegeben werden und denkt, die vorgeschlagenen Tarife sind angemessen. Obwohl der Einwohnerrat zu der Verordnung des Gemeinderates keinen Einfluss nehmen kann, erlaubt sich die Sprecherin trotzdem, einen Satz dazu zu sagen. Die FDP unterstützt den Gemeinderat in seiner Haltung, reduzierte Gebühren für Mitarbeitende und Berechtigte festzulegen, denkt aber, dass die Parkplätze beim Friedhof Anderallmend nicht zu diesen betroffenen Parkkartenzonen zählen sollten.

Nicht ganz glücklich ist die FDP über die Regelung, was die fünf öffentlich-rechtlichen Parkplätze ohne Parkuhren betrifft. Die FDP wird bei der Detailberatung einen entsprechenden Antrag einbringen. Für die FDP hat man mit der Lösung, was die Parkplatzbewirtschaftung im Familiengartenareal Oberstudenhof betrifft, einen sehr guten Weg gefunden. Ein Weg, der mit dem zwar zeitlich beschränkten Gratisparkieren für die Besucherinnen und Besucher des Familiengartenareals Oberstudenhof einerseits den Bedürfnissen der Betroffenen sicher Rechnung trägt, andererseits aber mit der daraus folgenden Verkehrsberuhigung und dem zusätzlichen Tempo 30 auch den Bedürfnissen des Eigentümers. Die FDP hofft doch sehr, dass damit eine lange, unschöne Geschichte endlich ihr Ende findet.

Zuletzt dankt die FDP dem Gemeinderat und den Mitwirkenden für ihre grosse Arbeit. Eine Vielfalt von unterschiedlichen Bewirtschaftungen und Bedürfnisse auf Gemeindeebene etwas zu vereinheitlichen und rechtsverbindlich umzusetzen scheint doch eher eine komplizierter Angelegenheit gewesen zu sein.

In diesem Sinne ist die FDP für Eintreten auf diese Vorlage.

Gemäss Michael Günter ist die SVP-Fraktion erfreut über die Stossrichtung, welche mit der Revision des Reglements über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund eingeschlagen wird. Die SVP Volksinitiative für einen Verzicht auf die Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes, mit welcher die SVP insbesondere die seinerzeit geplante "Einfränklerbarriere" beim Familiengartenareal Oberstudenhofweid bekämpfen wollte, steht am Ursprung dieser Reglementsänderung. Über 1'200 Krienser Stimmberechtigte haben das SVP Volksbegehren unterzeichnet. Entsprechend ist das Eintreten in der SVP-Fraktion unbestritten. Was das Vorgehen in Sachen Oberstudenhofweid anbelangt, ist die SVP der Überzeugung, mit dem Parkverbot in Verbindung mit der Parkzeitbeschränkung, der Tempo-30-Zone sowie Hinweisschild "Denken vor dem Lenken" eine verhältnismässige, vernünftige und nicht minder kreative Lösung gefunden zu haben. Inhaltlich hat die SVP im Rahmen der Kommissionssitzung einzelne Hinweise für zusätzliche Änderungen oder Ergänzungen gemacht, welche teilweise heute als Kommissionsanträge im Rahmen der Detailberatung behandelt werden. Enttäuscht ist die SVP darüber, dass das Reglement nicht wirklich adressatenfreundlich und nur schwer verständlich ist. Auch würde die SVP eine insgesamt einfachere Lösung mit weniger Ausnahmebestimmungen begrüssen.

Gemäss <u>Erich Tschümperlin</u> lehnen die Grünen dieses Reglement ganz entschieden ab. Als erstes ist das Reglement ganz bestimmt eines nicht, nämlich verursachergerecht. Parkplätze kommen nur ein paar wenigen Autofahrern zugute, nämlich denen die Wandern gehen, die Hunde ins Grüne spazieren fahren, bereits privilegiert sind als Familiengärtner usw. Vor allem von der rechten Seite hört man doch immer wieder hier im Rat, dass die Gemeinde nicht die Milchkuh für alle möglichen Ansprüche ist. Bei den Parkplätzen ist es aber gerade umgekehrt. Die Gemeinde darf, ja muss sie bauen und unterhalten, aber einen Beitrag an die Kosten spricht man ihr per Reglement ab. Weshalb dies so ist, versteht der Sprecher nicht, denn konsequente Politik ist dies nicht, schon eher eine Verneigung vor der heiligen Kuh, dem Auto. Wer heute Subventionen für Parkplätze spricht, der hat bei der anstehenden Spardebatte ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Als zweites passt dieser Vorstoss nicht zum Krienser Anspruch als Energiestadt. Man ist zu Recht stolz auf diese Auszeichnung, macht aber leider wenig dafür. In der Regel gerade so viel, dass es für die Zertifizierung wieder reicht. Und nun macht man einen kräftigen Schritt zurück. Heutzutage noch die Bewirtschaftung von Parkplätzen in einem Reglement zu verbieten, das ist nur in einer Gemeinde möglich die bezüglich Nachhaltigkeit ganz einfach rückständig ist - oder richtig formuliert, deren Volksvertreter.

Der letzte Punkt in dieser traurigen Angelegenheit ist der Oberstudenhof. Die Gemeinde hat mit dem Eigentümer einen Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen, in dem sie sich explizit verpflichtet Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Form einer Parkplatzbewirtschaftung einzuführen. Die Umsetzung hätte bis spätestens 8 Monate nach Fertigstellung der Strasse erfolgen sollen. Die versprochene Parkplatzbewirtschaftung (und da war immer von Gebühren und allenfalls einer Barriere die Rede) wird nicht eingeführt. Die Gemeinde Kriens ist kein verlässlicher Partner. Dies ist ein gefährliches Signal an alle, die Vereinbarungen mit der Gemeinde abschliessen. Im Ernst glaubt wohl niemand daran, dass mit einer originellen Tafel eine Verkehrsberuhigung stattfindet. Damit die Gemeinde Kriens glaubwürdig bleibt, muss sie mindestens in diesem Fall Parkplatzgebühren erheben, genauso wie sie dies versprochen hat. Sonst gibt die Gemeinde mit fadenscheinigen, juristischen Argumenten dem Druck des Parlament nach und zwar auf Kosten eines Bürgers der sich nicht mehr wehren kann.

Joe Brunner erwähnt, dass mit jedem Reglement der Gemeinde die Emotionen hoch gehen. Hier einigte man sich auf JA und ein Reglement in der Fassung der 1. Lesung liegt auf dem Tisch. Grundsätzlich begrüsst die SP es, dass der Gemeinderat endlich seine Aufgaben wahr nimmt und sich für seinen Grund und Boden auch das nötige Investment holt. Gratis gibt's nur in Werbeversprechen oder wenn etwas verhökert werden soll. Hier aber werden Parkplätze bewirtschaftet, welche die SP durchzogen befürworten. Mit diesem vorliegenden Reglement hat sich der Gemeinderat wieder einmal an viele Ausnahmen gehalten. So viele Seiten für ein Reglement für das Parkieren. Mit Rücksicht auf Lehrer, Vereine, Spitex und Besucher von Heimbewohner wurde versucht, ein Optimum an Akzeptanz zu erreichen. Vergünstigungen sollten aber immer mit der nötigen Vorsicht geplant und umgesetzt werden. Es sollte kein Anreiz fürs Auto geben.

Dass Parkplätze im Zentrum teurer sind als ausserhalb, kennen auch andere Städte. Für die SP hat es gesamthaft einfach immer noch zu viele offene Fragen. Die Grundsätze der SP sind berücksichtigt, z.B. zweckgebundene Gebühren, aber bitte nicht für mehr Raum für das Auto. Für die SP ist es sehr wichtig, dass mit dem Reglement ein Ende der Zahlungen an Guido Wigger in Sicht rückt, und nicht auf "Future" Gelder gesprochen werden.

Die SP ist für das Eintreten uns ist gespannt auf die zweite Lesung.

Gemäss <u>Werner Baumgartner</u> stimmt die CVP/JCVP-Fraktion diesem Reglement mit einigem Zähneknirschen zu, weil das Fahrzeug in erster Linie ein Parkzeug ist und weil der Einwohnerrat im Grundsatz in diesem Forum bereits darüber diskutiert hat. Dies deshalb, weil die CVP/JCVP-Fraktion nicht für alle, aber für bestimmte Parkplätze ausserhalb des Siedlungsgebietes, lieber eine Bewirtschaftung gesehen hätte. Sie ist aber mit dem komplizierten Reglement in seinen Grundsätzen einverstanden.

Die CVP/JCVP-Fraktion würde es allerdings in Zukunft begrüssen, wenn der Einwohnerrat die Vorprüfung durch den Kanton zu seiner Kenntnis hätte, bevor das Reglement behandelt wird. Das ist hier leider nicht der Fall.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat allerdings ein wirkliches Problem mit der Lösung für die Familiengärten, bzw. mit der Nichtlösung für die Familie Wigger. Der Gemeinderat kann nicht ein Problem, das er sich selbst eingebrockt hat mit einem "Buebetrickli" und damit auf Kosten von Wiggers lösen. Die CVP/JCVP-Fraktion will im Hinblick auf die zweite Lesung klar und deutlich vom Gemeinderat wissen, ob diese Lösung juristisch abgeklärt und so durchsetzbar ist. Die CVP/JCVP-Fraktion ist zurzeit eher der Auffassung, dass man hier ein Konstrukt kreiert, um damit eine Verpflichtung zu umgehen. Es kann nicht sein, dass der Einwohnerrat juristische Klimmzüge des Gemeinderates mitunterstützt, damit sie allenfalls erfolgreich sind. Ohne Klarheit wird die CVP/JCVP-Fraktion das Reglement ablehnen.

<u>Matthias Senn</u> hat seinerzeit die Motion Hug auch mitunterzeichnet und er hätte nie gedacht, dass die geforderte Umsetzung so kompliziert wird. Der Gemeinderat hat sich alle Mühe gegeben, das Reglement so einfach wie möglich zu gestalten, aber es war nicht einfach. Auf die 2. Lesung werden sicher noch einige redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Die Problematik Oberstudenhofweid wurde richtig argumentiert. Der Gemeinderat macht nun etwas anderes, als damals besprochen wurde. Mit der Tempo-30-Zone wird eine Verkehrsberuhigung sichergestellt. Weiter wird beim Amtsgericht ein privat-rechtliches Verbot auf Grundstück Nr. 1143 beantragt. Wie im Bericht und Antrag erwähnt, wird der Gemeinderat die Zahlungen an den Dienstbarkeitsbelasteten einstellen.

Das Volksrecht wurde wahrgenommen und wenn der Einwohnerrat die Initiative damals abgelehnt hätte, wäre eine Volksabstimmung die Folge gewesen.

Matthias Senn dankt dem Einwohnerrat für die wohlwollende Aufnahme des Reglements.

Für <u>Werner Baumgartner</u> ist es neu, dass der Gemeinderat mittels einer Initiative Verträge nicht mehr einhalten muss. Er kann nicht zu etwas ja sagen, wenn er nicht weiss, ob dies juristisch korrekt ist. Darum verlangt die CVP/JCVP-Fraktion eine klare juristische Abklärung.

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, dass die Grüne Partei einen Rückweisungsantrag gestellt hat.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag:

Mit 29:4 Stimmen wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Г	
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

Detailberatung

Art. 3 Abs. 2.

<u>Johanna Dalla Bona</u> beantragt folgende Änderung: *Bei öffentlich-rechtlichen Parkplätzen ohne Parkuhren gilt eine Parkplatzbeschränkung von 4 Stunden nur von 07.00 Uhr bis 22.00 Uhr. Nachts gilt keine Beschränkung.*

Rückmeldungen von Bewohner der fünf Strassen sind über die Parkplatzbeschränkung nicht glücklich. Die FDP macht beliebt, diesen Betroffenen ein bisschen entgegenzukommen und wenigstens nachts auf ein Parkplatzbeschränkung zu verzichten. Einerseits hat man Verständnis für das Anliegen, andererseits ist mit der Parkplatzbeschränkung tagsüber immer noch gewährleistet, dass Gratisparkplätze benutzt werden können von Personen, die dort ihr Auto den ganzen Tag stehen lassen, um in Kriens oder in der Stadt arbeiten zu gehen.

Art. 4 Abs. 1

<u>Johanna Dalla Bona</u> beantragt folgendes: *Ein Parkierverbot auf diesen Plätzen für Lastwagen ist auf die zweite Lesung zu prüfen.*

Namentlich bei den Parkplätzen auf der Bach- und Josef-Schryberstrasse sind Rückmeldungen vorhanden, dass Lieferungs- und Lastwagen zum Teil tagelang oder wochenendweise die Parkplätze blockieren – zwar legitim mit Tageskarten, doch benötigen diese grossen Fahrzeuge natürlich meistens zwei Parkplätze und ganz legitim auch nicht immer, meistens nur mit einer Karte.

<u>Erich Tschümperlin</u> will wissen, ob dies generell oder nur auf der Josef-Schryberstrasse gelten soll.

Johanna Dalla Bona stellt klar, dass dies generell und somit vereinheitlich gelten soll.

Für <u>Matthias Senn</u> ist das Anliegen berechtigt. In der Zumhofhalde ist die Parkplatzbewirtschaftung 2008 eingeführt worden. Bei dieser Strasse ist der Nutzen der Bewirtschaftung für die Gemeinde beschränkt. Mit dem Antrag würde man unterschiedliche Ziele erreichen und es wäre eine Ausnahme von einer Ausnahme. Für die Grosshofstrasse wäre dies schlecht, hingegen für die Zumhofhalde sinnvoll. Der Gemeinderat hat dieses Problem lange diskutiert und kam zum Schluss, alle Strassen gleich zu behandeln. Es ist ein Vorschlag vorhanden, die Zumhofhalde in eine Privatstrasse umzuwandeln, somit könnte die Strassengenossenschaft mit ihren Parkplätzen das machen, was für sie stimmt. Matthias Senn bittet den Rat, den Antrag abzulehnen.

Gemäss <u>Kathrin Graber</u> müssen die vier Stunden irgendwo verankert sein. Wo steht dies und wie wird das kontrolliert? Der Vollzug ist für sie ein grosses Fragezeichen.

Matthias Senn erwähnt, dass im Reglement und in der Verordnung kein konkreter Vollzug vorhanden ist. Dieser wird im Luzerner Kantonsblatt publiziert bzw. mit der Verfügung vom Amtsgericht. Die Kontrolle wird durch die Polizei oder die Securitas vorgenommen. Auf den weissen Parkfeldern ist wie in der blauen Zone die Parkscheibe gültig, auf welcher der Fahrzeuglenkende die Ankunftszeit einstellt.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates gem. Reglementsentwurf : Antrag der FDP – keine Parkplatzbeschränkung in der Nacht ab 22:00 Uhr:

Mit 18:15 Stimmen wurde der Antrag der FDP abgelehnt.

Baumgartner, Werner	Antrag Gemeinderat
Betschart, Daniel	Antrag FDP
Bienz, Bruno	Antrag Gemeinderat
Bründler, Anton	Antrag FDP
Bründler, Josef	Antrag FDP

Б	
Brunner, Joe	Antrag Gemeinderat
Camenisch, Räto	Antrag FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag FDP
Erni, Roger	Antrag Gemeinderat
Fluder, Hans	Antrag FDP
Frey, Maurus	Antrag Gemeinderat
Graber, Kathrin	Antrag Gemeinderat
Günter, Michael	Antrag FDP
Hauser, Bernadette	Antrag Gemeinderat
Heini, Martin	Antrag Gemeinderat
Heiz, Martin	Antrag FDP
Kalt, Mirjam	Antrag Gemeinderat
Kaufmann, Christine	Antrag Gemeinderat
Kiener, Beatrice	Antrag FDP
Koch, Patrick	Antrag FDP
Konrad, Simon	Antrag FDP
Lammer, Thomas	Antrag FDP
Luthiger, Judith	Antrag Gemeinderat
Maldonado, Jennifer	Antrag Gemeinderat
Marbacher, Monika	Antrag Gemeinderat
Müller, Ursula	Antrag Gemeinderat
Nyfeler, Nicole	Antrag Gemeinderat
Piazza, Daniel	Antrag Gemeinderat
Portmann, Peter	Antrag FDP
Rey, Louis	Antrag FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag Gemeinderat
Urfer, Mario	Antrag Gemeinderat
Wili, Alexander	Antrag FDP

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates gem. Reglementsentwurf : Antrag der FDP – Parkierverbot für Lastwagen und Gesellschaftswagen: Mit 20:12 Stimmen wird der Antrag der FDP angenommen.

Baumgartner, Werner	Antrag FDP
Betschart, Daniel	Antrag FDP
Bienz, Bruno	Antrag FDP
Bründler, Anton	Antrag GR
Bründler, Josef	Antrag FDP
Brunner, Joe	Antrag FDP
Camenisch, Räto	Antrag GR
Dalla Bona, Johanna	Antrag FDP
Erni, Roger	Antrag FDP
Fluder, Hans	Antrag FDP
Frey, Maurus	Enthaltung
Graber, Kathrin	Antrag FDP
Günter, Michael	Antrag GR
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag FDP
Kalt, Mirjam	Antrag FDP
Kaufmann, Christine	Antrag FDP
Kiener, Beatrice	Antrag FDP
Koch, Patrick	Antrag GR
Konrad, Simon	Antrag FDP
Lammer, Thomas	Antrag FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag FDP
Nyfeler, Nicole	Antrag GR

Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag FDP
Rey, Louis	Antrag FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag FDP
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag FDP

Art. 4 Abs. 1

<u>Martin Heiz</u> beantragt, Fahrzeughaltenden mit *Fahrzeuglenkenden* zu ersetzen. Nicht jeder Fahrzeughalter ist auch der Fahrzeuglenkende.

Art. 5 Abs. 1

Gemäss <u>Martin Heiz</u> ist der erste Satz zu streichen, da dies in Art. 6 geregelt ist. Dies ist ein redaktioneller Antrag.

<u>Matthias Senn</u> opponiert diesen zwei Anträgen nicht. Diese zwei Änderungen werden für die zweite Lesung aufgenommen.

Art. 9 Abs. 1

Johanna Dalla Bona beantragt, die ersten 30 Minuten der Benützung sind gebührenfrei, statt wie im Reglementsentwurf die ersten 15 Minuten. Das Zentrum soll leben und attraktiv sein. Eine Verlängerung des Gratisparkierens auf 30 Minuten ist eine Massnahme dafür. 15 Minuten sind auch für einen Kurzeinkauf sehr kurz bemessen. In dieser Zeit kann kein Buch in Ruhe ausgelesen oder gleichzeitig beim Bäcker und Metzger eingekauft werden. Und erst recht reicht es nicht, um ein Kleidungsstück zu kaufen. In der Gemeinde Horw und der Stadt Luzern wurde das Bedürfnis der Bevölkerung Ernst genommen und es werden längere Gratisparkierzeiten angeboten. Johanna Dalla Bona bittet den Rat, auch die Bedürfnisse der Krienser Bevölkerung Ernst zu nehmen und den Antrag zu unterstützen.

<u>Judith Luthiger</u> opponiert diesem Antrag. Auch sie will ein belebtes Zentrum, dafür braucht es jedoch Zeit und dies wird nicht mit 30 Minuten Gratisparkieren erreicht.

Auch <u>Erich Tschümperlin</u> opponiert dem Antrag. Dass Gratisparkplätze im Zentrum ein wichtiges Element sind, geht für ihn Richtung Salamitaktik. Die Revision des Reglements hat vor allem die Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsgebietes zu regeln.

<u>Werner Baumgartner</u> erinnert daran, dass der Einwohnerrat schon über dieses Thema diskutiert hat und man sich auf 15 Min. Gratisparkieren geeinigt hat. Dies soll so belassen werden.

<u>Matthias Senn</u> gibt Werner Baumgartner recht. Das erste Mal wurde vor 10 Jahren darüber diskutiert. Zudem sind die Parkuhren so programmiert. Eine Umstellung würde wieder mehrere tausend Franken kosten. Er bittet den Rat, den Antrag der FDP abzulehnen.

Abstimmung Antrag des Gemeinderat – 15 Min. Gratisparkieren : Antrag der FDP – 30 Min. Gratisparkieren:

Mit 19:14 Stimmen wird der Antrag der FDP abgelehnt.

Dayman and an Managan	A t CD
Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag FDP
Bründler, Josef	Antrag FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Camenisch, Räto	Antrag FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag FDP
Erni, Roger	Antrag FDP
Fluder, Hans	Antrag FDP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag GR
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag FDP
Koch, Patrick	Antrag FDP
Konrad, Simon	Antrag FDP
Lammer, Thomas	Antrag FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Nyfeler, Nicole	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag GR
Rey, Louis	Antrag FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag FDP

Art. 12

Michael Günter beantragt Art. 12 dahingehend zu ändern, dass keine abweichenden Regelungen bezüglich Gebührenhöhe möglich sind. Persönlich steht er für möglichst einfache Regelungen ein, damit im Widerspruch stehen ausufernde Bestimmungen bezüglich Ausnahmen. Die Ausnahmen führen vorliegend nicht nur zu einer Verkomplizierung der Regelung im Allgemeinen, sondern auch dazu, dass einzelne Nutzergruppen privilegiert werden, die Parkplätze für die Allgemeinheit meist ausgelastet sind, auf Einnahmen verzichtet wird und ökologisch falsche Anreize geschaffen werden. Es ist noch einzusehen, wieso neben den Anwohnern noch andere Nutzer Monatskarten beziehen dürfen sollen, insbesondere Angestellte der Gemeinde. Wieso dann diese – meist auswärtigen Nutzer – jedoch geringere Gebühren zahlen sollen als die Krienser Steuerzahlenden, ist fragwürdig. Man kann sich zwar damit abfinden, dass die Gemeinde für ihre Angestellten Parkraum zur Verfügung stellen will. Warum sie das vergünstigt tun soll, erscheint dem Sprecher jedoch nicht schlüssig, gerade vor dem Hintergrund, dass man die Arbeitnehmer nicht noch dafür subventionieren soll, dass sie mit dem Auto zur Arbeit gehen. Tatsache ist, dass Arbeitgeber immer weniger Parkplätze zur Verfügung stellen, und wenn schon, dann zu weit höheren Preisen als die Gemeinde dies tut und zudem noch auf Privatgrund, d.h. ohne dass der Öffentlichkeit Parkflächen weggenommen werden. Ein Blick auf den Gemeindehausparkplatz zeigt sodann eindrücklich die Folgen dieser Ausnahmen auf. Der Parkplatz ist regelmässig durch Dauerparkierer belegt und für die Allgemeinheit, welche im Dorf ihre Kommissionen erledigen will, bleibt kein Platz mehr.

Wenn man schon anderen Nutzern die Möglichkeit geben will, ebenfalls Parkkarten zu erhalten, sollen diese gleichviel zahlen wie alle anderen auch.

Für <u>Matthias Senn</u> ist diese Änderung politisch relevant. Der Gemeinderat wollte die Karte, welche die Lehrpersonen und Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung kaufen können, abschaffen. Dies hatte jedoch enorme negative Reaktionen zur Folge. Betroffen wären auch die Sportvereine, welche die Karten vergünstigt beziehen können. Das Bedürfnis der Tageskarten ist auch bei den Heimbesucher vorhanden und soll auch weiterhin angeboten werden.

<u>Erich Tschümperlin</u> möchte von Michael Günter wissen, wie er den Antrag genau versteht. Soll es nur noch einen Tarif geben?

Michael Günter will die Gebührenhöhe streichen, da dies in Art. 3 bzw. Art. 9 geregelt ist. Art. 3 regelt, dass nur die Anwohner Monatskarten beziehen können und alle anderen dazu nicht berechtigt sind. Gemäss Art. 12 kann der Gemeinderat abweichende Bestimmungen von der Gebührenpflicht festlegen, d.h. auch andere Leute können Monatskarten beziehen. Bei der Gebührenpflicht sollen Ausnahmeregelungen möglich sein, nicht aber bei den Tarifen. Diese sollen für alle gleich sein.

Erich Tschümperlin fragt, ob es nicht einfacher wäre, den ganzen Art. 12 zu streichen?

Für <u>Kathrin Graber</u> ist dies eine unbefriedigende Ausgangslage. Die Benutzergruppen sollen nicht total von den Gebühren befreit werden. Sie beantragt, Art. 12 so stehen zu lassen, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Mit der Diskussion sollte alles klar sein.

<u>Lothar Sidler</u> beantragt aus eigenem Interesse, Art. 12 unverändert zu übernehmen. Im Heim arbeiten viele Freiwillige (z.B. Sterbebegleitung). Es kann nicht sein, dass diese Leute auch noch Parkplatzgebühren bezahlen müssen. Darum ist es wichtig, dass solche Ausnahmen mit Art. 12 geregelt werden können.

Maurus Frey wäre froh, wenn diese Parkgebühren von der Gemeinde bezahlt werden.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> gibt es bereits heute vergünstigte Parkkarten für Mitarbeitende. Der Gemeinderat wollte nur einen entsprechenden Passus im Reglement festgeschrieben haben, damit die Abgabe auf einer Rechtsgrundlage basiert Er appelliert nochmals an den Einwohnerrat zu überlegen, was man mit den vielen negativen Reaktionen machen würde.

<u>Judith Luthiger</u> geht es um den Grundsatz, ob man für alle gleiche Gebühren will. Michael Günter will keine Ausnahmeregelung.

Räto Camenisch stellt klar, dass die SVP für alle die gleichen Gebührentarife haben will. Er beantragt, darüber abzustimmen, damit der Gemeinderat für die zweite Lesung einen Vorschlag machen kann.

Für <u>Werner Baumgartner</u> ist es nicht willkürlich, dass es Ausnahmen gibt. Grundsätze und Ausnahmen gibt es beim Vollzug, mehr braucht es seiner Meinung nach nicht.

Gemäss <u>Michael Günter</u> ist dies keine Vollzugsfrage, sondern muss im Reglement geregelt werden.

<u>Ursula Müller</u> findet es eine gefährliche Situation. Der gleiche Tarif für alle ist ein schwieriger Entscheid. Der Vorschlag des Gemeinderates soll berücksichtigt werden. Bis anhin ist man auch gut damit gefahren.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates – Ausnahmen Gebührenhöhe möglich : Antrag der SVP – keine Ausnahmen für Gebührenhöhe möglich:

Mit 19:13 Stimmen wird der Antrag der SVP abgelehnt.

Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag GR
Bienz, Bruno	Antrag SVP
Bründler, Anton	Antrag SVP
Bründler, Josef	Antrag GR
Brunner, Joe	Antrag SVP
Camenisch, Räto	Antrag SVP
Dalla Bona, Johanna	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag SVP
Frey, Maurus	Antrag SVP
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag SVP
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag SVP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag SVP
Konrad, Simon	Antrag SVP
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Nyfeler, Nicole	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag SVP
Rey, Louis	Antrag SVP
Tschümperlin, Erich	Antrag SVP
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Enthaltung

Gemäss Viktor Bienz findet erst in der zweiten Lesung die Schlussabstimmung statt.

5. Postulat Burkhardt: Alternative zum Projekt Neubau Hergiswaldbrücke B+A Nr. 118/09 Nr. 132/10

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> beantragt der Gemeinderat die Ablehnung dieses Vorstosses, darum kommt es zu einer Abstimmung.

<u>Martin Heiz</u> vertritt den Postulanten. Der dringliche Vorstoss von Roland Burkhardt hat viel bewirkt und die Forderung der Alternative "Eystrasse" wurde nun auch im neuen Bericht und Antrag berücksichtigt. Die SVP ist damit zufrieden und zieht das Postulat zurück.

Bericht und Antrag: Planungskredit für Neubau Hergiswaldbrücke (Ersetzt zurückgewiesener Bericht und Antrag Nr. 118/09) Nr. 138/10

<u>Viktor Bienz</u> begrüsst zu diesem Geschäft Moritz Büchi als Sachverständiger.

Gemäss Martin Heiz war in der BK Eintreten auf diesen Bericht und Antrag unbestritten. Es wird nun die ganze Vorgeschichte dargestellt. Es wurden auch viele mögliche Zahler an die Brücke angefragt. Leider will niemand an die neue Brücke bezahlen. In der Zwischenzeit wurde die alte Brücke statisch untersucht und die Brücke muss ab Dezember 2011 für Fahrzeuge über 8 t gesperrt werden. Die Kosten für die Eystrasse beinhalten nur den Ausbau für den Schwerverkehr und beinhalten nicht den Ausbau als Strasse für alle Verkehrsteilnehmer. Die Anwohner haben auch nur die Einwilligung gegeben für den Schwerverkehr. Wenn diese Strasse aber für alle Verkehrsteilnehmer ausgebaut werden müsste, so muss die Einwilligung von allen Eigentümern eingeholt werden und es müsste mit weiteren Kosten gerechnet werden. Das Ganze könnte sich über Jahre hinziehen. Es wurde auch angetönt ob der Ausbau der Eystrasse nicht auch mit der neuen Ortsplanung angeschaut werden müsste, um neues Bauland zu erschliessen.

Das Spektrum in der Baukommission reichte von einer einfachen neuen Brücke, bis zum Ausbau der alten Brücke bis zum Abriss der heutigen Brücke und Neubau an dieser Stelle.

Die BK hat diesem Bericht und Antrag mit 5 Ja und 1 Enthaltung zugestimmt.

<u>Simon Konrad</u> erwähnt, dass an der FGK Sitzung vom 10. März 2010 die, vom Einwohnerrat mit dem Budget 2010 verlangte Auslegeordnung erstmals diskutiert wurde. Ziel ist es, ein nachhaltiges Entlastungsprogramm zu erarbeiten und ab 2011 im Durchschnitt ausgeglichene Rechnungen zu erzielen, sowie die anstehenden Investitionen/Desinvestitionen finanziell verantwortbar zu gestalten. Folgende vier Massnahmenpakte sind angedacht:

- Effizienzsteigerung und Leistungsabbau
- Einnahmensicherung
- Investitionen optimierten
- Strukturelle Massnahmen

Ohne Massnahmen rechnet man bis 2019 mit einem Bilanzfehlbetrag von Fr. 60 Mio., das sind im Schnitt Fr. 7.5 Mio. Defizit pro Jahr und einer Neuverschuldung von Fr. 140 Mio. (Investitionen).

Man will den Teufel nicht an die Wand malen, Handlungsbedarf ist aber in der FGK erkannt. In der Kommission wurden Stimmen laut, die einen sofortigen Investitionsstopp fordern. Dieses hätte direkten Einfluss auf das heutige Traktandum 6, die Werterhaltung der Schulanlagen war unumstritten.

Die FGK wünscht zuerst eine Gesamtinvestitionsplanung bis im Juli 2010. Danach soll entschieden werden, in welche Projekte wann investiert werden soll ohne jetzt schon Weitere auszulösen. Die Idee des Gemeinderates ist es, jährlich im Schnitt nicht mehr als 12 Mio. zu investieren. Nimmt man nur den Baukredit für die Werterhaltung Schulhäuser 2+3. Etappe von 10 Mio. scheint es unnötig zu sagen, dass mit dieser Vorgabe nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Der Einwohnerrat wird sich über die Nötigkeit, die Grösse und den Ausbaustandart der Gemeindeinfrastrukturen vertieft unterhalten müssen. Abstriche werden in allen Bereichen hinzunehmen sein.

Die FGK möchte darauf hinweisen, dass mit der Annahme der heutigen Investitionen, Projekte bereits favorisiert werden, die in der Gesamtinvestitionsplanung nicht mehr in die Waagschale gelegt werden können.

Mario Urfer weiss, dass in den 80er Jahren gegen einen Neubau Hergiswaldbrücke - eine Betonbrücke - gekämpft wurde. Ein Komitee wollte eine neue oder sanierte Holzbrücke. Deswegen wurde acht Jahre politisch diskutiert, Fr. 800'000 investiert und saniert, um von der Realität der Zeit eingeholt zu werden. Die alte sanierte Holzbrücke fault weg. 28 Jahre später liegt ein Projekt vor, eine Holz-Beton- Verbundbrücke. Mehr als ein sehr guter Kompromiss. Ein Bauwerk, das die Anforderungen erfüllt und langlebig ist. Die SP ist überzeugt, wenn das Parlament jetzt vorgeht wie in der Vergangenheit, dann hat man wieder keine nachhaltige Lösung. Diesbezüglich ist die SP gleicher Meinung mit den Erwägungen des Gemeinderats. Die SP steht hinter der neuen Brücke. Sie will keine Zeit mehr verlieren und keine weiteren Abklärungen, die anstatt Kosten verringern, das Projekt weiter verteuern. Die SP will für das Naherholungsgebiet Eigenthal eine gute Lösung. Eine Lösung, die mit dem ÖV im verdichteten Taktfahrplan erschlossen wird. Die SP ist für die Bewilligung des Planungskredits für den Neubau der Hergiswaldbrücke.

<u>Maurus Frey</u> namens der Grünen würdigt das vorgeschlagene Brückenprojekt als strassenbaulich ästhetisches Werk. Trotzdem führt für sie die zukünftige Erschliessung des Eigenthals für den Schwer- und öffentlichen Verkehr über andere Wege als über die 4 Millionen Franken teure neue Brücke. Die Abwicklung des Schwerverkehrs über die Eyestrasse wurde wiederholt diskutiert. So schlecht kann diese Idee der Routenführung also nicht sein. Sie birgt sogar viele Vorteile gegenüber dem geplanten Brücken-Neubau.

- Die Abwicklung des öffentlichen Verkehrs über die Eystrasse würde die ÖV-Erschliessung des Renggloch Gewerbe und Wohngebiets mit sich bringen. Dieses sonst etwas abgelegene Gebiet mit Kultur-, Sport-, Wohn- und Arbeitsstätten würde damit näher an Kriens gerückt und aufgewertet. Diese Linienführung war ja bereits kurz vor der Einführung und wird von der PostAuto AG als sinnvolle Alternative bezeichnet.
- Die Abwicklung des Schwerverkehrs über diesen Weg entlastet das immer verdichtetere bewohnte Obernau vor dem gefährlichem und lärmigen Schwerverkehr ins Eigenthal.
- Sie führt zu einer Kostenersparnis und verhindert den, nach Meinung der Grünen, unnötigen Kapazitätsausbau. Weiter hätte man nicht zwei Brücken zu unterhalten: Eine richtige Brücke und eine Ballenberg-Brücke.

Die Hergiswaldbrücke ist ein holzbautechnisches Meisterwerk. Wenn die bis anhin anhaltende Überstrapazierung durch den Schwerverkehr gestoppt wird, wird sie auch zukünftig ein schönes und zweckdienliches Bauwerk sein.

Der Ausbau der Eyestrasse bzw. zumindest dessen seriöse Abklärung erweitert die Optionen für die Zukunft. Die Grünen sind zuversichtlich, dass die Realisierung der Eyestrasse auch für weniger als 2 Millionen Franken zu haben ist.

Die Grünen werden den Antrag stellen, auch den Ausbau der Eyestrasse vertieft abzuklären und bitten den Rat, diesen Punkt in den Beschlussesstext aufzunehmen.

<u>Bernadette Hauser</u> dankt namens der CVP/JCVP-Fraktion dem Gemeinderat für die vielen umfassenden, differenzierten Abklärungen und wird dem Planungskredit grossmehrheitlich zustimmen.

Seit Jahren war die Hergiswaldbrücke immer wieder ein Thema. Schon früher hat man nach Lösungen gerungen und auch heute kommt es der Sprecherin wieder so vor. Das Geld hat immer eine wichtige Rolle gespielt. Auch heute ist Kriens wieder in einer ungemütlichen Ausgangslage bezüglich Finanzen. Eigentlich ist das Geld gar nicht vorhanden, der Bedarf und der Neubau laut Gemeinderat scheint aber ausgewiesen, wenn die Verkehrserschliessung Richtung Hergiswald, Eigenthal, Schwarzenberg, für den öffentlichen Verkehr, Schwerverkehr und Privatverkehr vernünftig gewährleistet werden soll.

Man ist geneigt zu sagen, die Krienser wollen eine Brücke bauen, die (fast) niemand braucht, mit Geld, das man gar nicht hat. Die Stadt Luzern braucht die Brücke nicht, die Albert Köchlin-Stiftung ebenfalls nicht, andere auch nicht, wie in der Umfrage zu lesen ist, d.h. eigentlich braucht die Brücke fast niemand und mitfinanzieren will erst recht niemand. Und wenn man nun sagen würde, die Brücke wird ja gar nicht zwingend gebraucht, die Gemeinde hat das Geld sowieso nicht, um eine neuen Brücke zu bauen, also macht man halt gar nichts. Im Dezember 2011 reduziert der Gemeinderat wie beschlossen, die Gewichtsbeschränkung auf 8 t, oder die Brücke muss gesperrt werden. Und dann schaut man, was passiert.

Man weiss es nicht, ob es eine Wirkung hätte, oder v.a. die gewünschte Wirkung, dass sich Mitfinanzierende finden lassen. Die Sprecherein glaubt aber, dass sich Kriens mit diesem Vorgehen keine bessere Ausgangslage schafft und man kann auch kein Umdenken erzwingen.

Der Einwohnerrat würde wohl eher auf Unverständnis stossen und dieser Entscheid, nicht zu bauen, würde bei weiten Teilen der Bevölkerung, sowohl in Kriens, als auch regional nicht verstanden. Er wäre ein negatives Signal für die Gemeinde und für die Region.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat folgende Bemerkungen und Fragen zum vorliegenden Bericht und Antrag:

Umfahrung über Eystrasse: Die Fraktion folgt hier den Argumentationen des Gemeinderates und erachten diese Lösung ebenfalls als nicht tauglich. Es wären diverse Anforderungen und Anpassungen an die Eystrasse nötig. Es scheint, es sind zu viele Unsicherheiten und Unklarheiten damit verbunden, z.B. in der rechtlichen Grundlage, in Bezug auf das Gefälle, Durchfahrtsrechte, Umwege für Postauto, Verlegung Bushaltestellen, Unterhalt zweier Gemeindestrassen, und anderes mehr.

Zu den Nutzerbedürfnissen und Kostenbeteiligungen: Einige Aussagen oder Argumente, wie bereits vorher angesprochen, hat die Fraktion zum Teil mit Befremden zur Kenntnis genommen, z.B. wenn die Stadt Luzern sagt, an der Brücke habe sie kein spezielles Interesse. Die Sprecherin behauptet aber, dass viele Luzernerinnen und Luzerner das Postauto benützen für einen Ausflug ins Eigenthal. Nicht selten, ist dieses oder sind diese nämlich bereits schon

belegt, wenn sie in Kriens ankommen. Auch die Äusserung der Albert-Köchlin-Stiftung überrascht schon etwas, wenn sie sagt, sie habe keinen Bedarf.

Die Umstellung auf Kleinbusse scheint logistisch und organisatorisch eine Herausforderung, bzw. nach Einschätzung von Bucheli Busbetrieben nicht realisierbar.

Im weiteren nimmt die CVP/JCVP-Fraktion die diversen Aussagen dieser Umfrage zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat für diese Abklärungen.

Neubau Brücke mit nur einem Fahrstreifen: Gemäss Bericht und Antrag wäre diese Massnahme verkehrstechnisch machbar, sei aber langfristig nicht sinnvoll. Die Postauto-AG äussert ebenfalls, dass die Realisierung mit einem Fahrstreifen denkbar sei, sie beschreibt sie sogar als die beste Alternativlösung. Die beiden Einschränkungen, dass der Winterdienst erschwert würde und die Sperrung der Brücke infolge Sanierung, sind für die Fraktion nicht zwingend genug für einen zweispurigen Ausbau.

Gemäss Bericht und Antrag wäre eine Einsparung von rund Fr. 350'000 denkbar. Eine grosse Einsparung, wenn man daran denkt, dass der Einwohnerrat vor kurzem noch um einzelne 10'000 Franken-Beträge gestritten hat und die Sparübungen immer noch am laufen sind.

Hier stellt die CVP/JCVP-Fraktion dem Gemeinderat die Fragen, welche Einsparung effektiv möglich wäre, wenn die Brücke mit nur einer Fahrspur neu berechnet werden müsste. Und ob beim Bau einer einspurigen Brücke der Schwertransport über die Brücke oder über die Eystrasse geführt würde?

Wie bereits erwähnt, wird die CVP/JCVP-Fraktion dem Planungskredit grossmehrheitlich zustimmen, allenfalls mit einem ergänzenden Antrag, je nach Antwort des Gemeinderates auf die obigen Fragen.

Martin Heiz dankt namens der SVP den Verantwortlichen für die Ausgrabung der alten Unterlagen. Für die SVP ist es klar, dass es eine neue Brücke braucht. Da die kantonale Denkmalpflege nichts an die Baukosten zahlen will, hat sie auch nicht zu sagen, wo die neue Brücke stehen soll. Die neue Brücke darf nicht unter Zugszwang entstehen. Die SVP will eine günstige und einfache Brücke. Wo diese dann zustehen kommt, ist den Planern zu überlassen.

Gemäss <u>Josef Bründler</u> sagt die FDP einstimmig ja zum Planungskredit. Die Planung soll nur die neue Brücke und die dazugehörenden Strassenanschlüsse umfassen. Auf eine Sanierung und Änderung der bestehenden Brücke soll aus finanziellen Gründen im heutigen Zeitpunkt verzichtet werden. Ausgenommen sind die jährlich üblichen Unterhaltsarbeiten. Der Ausbau der Eystrasse als Alternative lehnt die FDP einstimmig ab. Die neue Eystrasse wird sehr teuer (Gefälle, Altlasten usw.) und die alte Brücke müsste gleichwohl saniert werden. Der öffentliche Verkehr soll wie bisher auf der Hergiswaldstrasse mit seinen Haltstellen geführt werden.

<u>Viktor Bienz</u> unterbricht die Sitzung für eine Pause von 10:00 Uhr bis 10:20 Uhr.

Nach <u>Matthias Senn</u> wurden gewisse Sachen zuwenig erklärt. Der Gemeinderat hat den Neubau der Hergiswaldbrücke bereits in der alten Besetzung beschlossen. Der neue B+A beinhal-

tet Abklärungen bezüglich Varianten, Nutzerbedürfnisse und Kostenbeteiligungen von möglichen Interessenten.

Gemäss <u>Simon Konrad</u>, namens der FGK, wäre es schön, wenn man etwas mehr Handlungsspielraum hätte und mit einem Neubau noch 10 Jahre warten könnte. Das ist jetzt aber leider nicht mehr möglich. Die einspurige Brücke scheint die Alternative zu sein, über die am meisten diskutiert wird.

Nach Moritz Büchi kann die Breite für die einspurige Brücke für den Gesamtverkehr auf 9 Meter reduziert werden. Dadurch könnte man Fr. 200'000 einsparen. Wenn man die Brückenbreite auf 6 Meter reduziert, wodurch man Fr. 350'000 einsparen könnte, ist ein neues Vorprojekt notwendig. Dieses würde wiederum Kosten in der Höhe von Fr. 50'000 verursachen. Dazu kommt, dass der Kanton darauf hingewiesen hat, dass evtl. eine Lichtsignalanlage aufgestellt werden muss. Eine Lichtsignalanlage und die damit verbundene Stromerschliesung kostet weitere Fr. 100'000. Dadurch erhöht sich der Unterhalt. Das Holz ist weniger geschützt und die Ausführung des Winterdienstes wird erschwert. An den Wochenenden gibt es einen Rückstau und bei Belags- und Geländerarbeiten müsste der ganze Verkehr umgeleitet werden. Die Ergänzung einer zweiten Fahrspur in ein paar Jahren ist zudem nicht möglich. Die Rückweisung hat Kosten von Fr. 40'000 verursacht. Die Kostenreduktion für die schmalere Brücke würde gesamthaft nur Fr. 250'000 betragen. Die einspurige Brücke ist nicht nachhaltig.

Toni Bründler erinnert sich an die erste Beratung, an der die Brücke sprichwörtlich "den Bach runter ging". Er hofft, dass nun eine einfache Brücke geplant und gebaut werden kann. Dadurch könnte man Fr. 500'000 bis Fr. 1 Mio. sparen. Der Einwohnerrat, als Besteller der Brücke, kann sagen, wo diese gebaut wird und wie viel sie kosten soll. Wenn die neue Brücke näher an die alte gebaut wird, könnte man die Kosten verringern, da die Spannweite an dieser Stelle kleiner ist. Auch müsste man für die Erschliessung weniger neue Strassen bauen. Heute ist es möglich, Brücken mit vorgefertigten Betonelementen zu bauen. Er ist der Meinung, dass kein zweites Denkmal realisiert werden muss. Er möchte beliebt machen, dass man nicht alles den Planern überlässt, sondern auch noch etwas mitspricht. Die Verantwortlichen sollen nochmals über die Bücher und prüfen, wie die Brücke einfacher gebaut werden kann.

<u>Werner Baumgartner</u> muss sagen, dass der Einwohnerrat in einer Situation ist, wo über etwas ungenügendes diskutiert wird. Der Gemeinderat muss die durch die Rückweisung entstandenen Mehrkosten verantworten, da der B+A nicht genügend war.

Für ihn ist auch nicht verständlich, weshalb sich keiner der angefragten möglichen Interessenten an den Kosten beteiligt. Die Begründungen im B+A sind für ihn nicht nachvollziehbar. Für ihn ist der Bau einer neuen Hergiswaldbrücke ganz klar ein übergeordnetes Interesse und die Hergiswaldstrasse kommt einer Kantonsstrasse gleich. Wie würde es mit den Kosten aussehen, wenn man die Eystrasse nur für den ÖV ausbauen würde? Könnte diese zu einem reduzierten Betrag für die Postautos ausgebaut werden? Der restliche Schwerverkehr scheint diesen Weg ohnehin nicht zu benutzen.

Mirjam Kalt ist auch der Meinung, dass es richtig war, den ersten B+A nicht zu genehmigen und noch einmal über die Bücher zu gehen, auch wenn das Kosten verursacht hat. Es ist

nicht zu spät, sich zu überlegen, ob eine neue Brücke wirklich notwendig ist. Der Einwohnerrat ist für die Finanzen der Gemeinde verantwortlich und um diese steht es im Moment nicht sehr gut.

Gemäss <u>Erich Tschümperlin</u> kommt das Projekt Neubau Hergiswaldbrücke zum falschen Zeitpunkt. Die Gemeinde kann sich den Neubau einer zweispurigen Brücke nicht leisten. Es gibt Sachen, die dringender benötigt werden. Hier hat man die Wahl 2 oder 4 Millionen auszugeben.

<u>Matthias Senn</u> nimmt Stellung zum Votum von Werner Baumgartner. Der Gemeinderat hatte beantragt, die Hergiswaldstrasse als Kantonsstrasse eintragen zu lassen. Die Kostenbeteiligung der möglichen Interessenten ist eine Frage der rechtlichen Grundlagen. In diesem Fall sind keine vorhanden, die Gemeinde ist für den Unterhalt der Gemeindestrassen verantwortlich. Eine Alternative zum vorliegenden B+A wäre ein Neustart der Planung. Allerdings wurde die beste Variante bereits festgelegt. Matthias Senn bittet, den B+A aufgrund des Zeitdruckes nicht zurückzuweisen.

Moritz Büchi bezieht sich auf die Aussage von Toni Bründler, dass eine halbe Million eingespart werden könnte. Aus seiner Sicht ist das unmöglich. Wenn die Brücke weiter oben gebaut wird, entsteht das Risiko, dass man zu nahe ans Wasser kommt. Die Fr. 2 Mio. für die Eystrasse sind sicher optimistisch. Die Strasse ist in einem sehr schlechten Zustand. Die Steigung beträgt an gewissen Stellen 12 %, was im Winter ein Problem ist. Der normale Verkehr würde weiterhin über die alte Hergiswaldbrücke fahren. Er fragt sich auch, ob das aus finanzieller Sicht nachhaltig ist.

<u>Viktor Bienz</u> möchte noch eine Stellungnahme zum Schwerverkehr auf der Eystrasse.

Gemäss <u>Moritz Büchi</u> werden die Postautos bereits heute über die Eystrasse umgeleitet, wenn die Brücke gesperrt ist. Neu würde sie dann aber jeden Tag von Postautos befahren.

Nach <u>Roger Erni</u> wollte man am 26. November 2009 über die Hergiswaldbrücke abstimmen. Dank den aufgeworfenen Fragen von Werner Baumgartner wurde der B+A unter anderem für weitere Abklärungen bezüglich Varianten, Nutzerbedürfnisse und allenfalls weiteren Kostenbeteiligungen zurückgewiesen. Das verursachte weitere Kosten. Auch heute wird Roger Erni wieder für die Genehmigung des B+A stimmen.

Maurus Frey ist der Meinung, dass man, selbst wenn die Strasse schlussendlich 3 Millionen kostet, immer noch eine Million sparen kann. Er möchte, dass man die Brücke und gleichzeitig auch die Eystrasse für die Fr. 500'000 plant. An die Adresse der SVP weisst er darauf hin, dass genau diese Brücke aus dem Bericht und nicht eine "Lidl-Version" geplant wird, wenn man dem B+A zustimmt.

Gemäss <u>Judith Luthiger</u> ist der Einwohnerrat nun wieder am selben Punkt wie bei der ersten Behandlung, nämlich bei der Rückweisung. Das kostet wieder und insgesamt verliert man

eine weitere Million. Langfristig verliert man noch mehr. Leider kann man die Brücken noch nicht bei IKEA kaufen. Zudem fragt sie sich, seit wann die Grüne Partei für den Bau neuer Strassen ist. Mit den Anwohnern der Eystrasse wäre ein Rechtsstreit vorprogrammiert. Die Sprechende sieht auch, dass die Gemeinde kein Geld zu verschenken hat, sie ist aber überzeugt, dass es die nachhaltigere Lösung ist. Man sollte einen Schritt vorwärts gehen, auch wenn man Angst hat.

<u>Werner Baumgartner</u> ist der Meinung, dass es nicht sein Fehler war, dass 17 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte der Meinung waren, dass der erste B+A nicht in Ordnung war. Er findet, dass man Geschäfte, die der Gemeinderat nur ungenügend vorbereitet, nach wie vor zurückweisen sollte. Die Antworten zu den gestellten Fragen sind nicht neutral. Er möchte immer noch wissen, wie viel es kosten würde, wenn man die Eystrasse nur für den ÖV ausbauen würde.

<u>Toni Bründler</u> weisst Moritz Büchi darauf hin, dass es in der Schweiz solche einfachere Brücken gibt. Die Ingenieure sollten sich austauschen. Er ist zudem überzeugt, dass auch die engeren Radien kein Problem sind. Zudem müsste nicht alles neu gemacht werden. Mit dieser Variante könnte man Fr. 1 Mio. sparen.

Nach <u>Daniel Piazza</u> müsste man von der "Don Quijote-Rolle" weg kommen. Diejenigen, welche die Auslegeordnung ernst nehmen, sind Don Quijotes, weil die Gesamtplanung noch nicht vorliegt. Jene die eine neue Brücke befürworten, sind Don Quijotes weil es trotz guten Gründen nicht vorwärts geht. Man befindet sich in einem Dilemma. Wenn man gedanklich auf Feld eins zurück geht, soll die Brücke funktional und schnörkellos sein. Es soll eine nachhaltige und für die nachkommende Generation sinnvolle Lösung sein. Der Sprechende fordert den Einwohnerrat auf, dem Planungskredit zuzustimmen. In diesem Fall kann man nicht gleichzeitig finanz- und sachpolitisch nachhaltig sein.

<u>Paul Winiker</u> ist der Meinung, dass er nicht voreingenommen ist. Anfangs fand er die Lösung mit der einspurigen Brücke gut. Er ist nun zur Überzeugung gekommen, dass diese Lösung langfristig nicht nachhaltig ist. Es darf nicht sein, dass man jetzt etwas unternimmt, das nicht nachhaltig ist.

Gemäss <u>Martin Heini</u> ist wohl der kleinste gemeinsame Nenner hier im Raum der Wunsch nach einer Verbindung ins Eigenthal. Auf der ersten Seite des B+A hat man eine gute Lösung, die allen dienen würde. Das Problem ist die finanzielle Situation und diese hat sich der Einwohnerrat selbst eingebrockt. Er zieht den Vergleich mit der Brücke bei der Bergstrasse. Würde man dort auch nur eine schmale Spur wollen? Wohl kaum. Er plädiert dafür, dass es mit der Brücke nun endlich vorwärts gehen sollte. Was er nicht versteht ist, dass die Grünen mit der Variante Eystrasse eine grössere Verkehrsfläche befürworten.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> würde die Konstruktion durch eine zweispurige Brücke besser geschützt werden und der Unterhalt wäre einfacher. Die Frage der Lichtsignalanlage ist sicher nicht abschliessend. Dieser Entscheid liegt schlussendlich bei der Gemeinde. Der Sprechende ist der Meinung, dass man jetzt besser die nachhaltigere Variante mit einer zweispurigen Brü-

cke realisiert. Zur Planung der Eystrasse für den ÖV führt er aus, dass es gewisse Mindestanforderungen gibt, welche die Gemeindestrassen in diesem Zusammenhang erfüllen müssen.

Nach Moritz Büchi benötigt man für den Ausbau der Eystrasse für den ÖV in etwa 2 Mio. Franken, evtl. könnte man den Aufwand auf 1.5 Mio. Franken begrenzen. Der Einwohnerrat soll sich im klaren sein, dass man bereits 2 Millionen Franken für nichts ausgegeben hat, wenn man in 20 Jahren trotzdem eine Brücke bauen möchte. Die Voreinschätzung der Lichtsignalanlage ist noch nicht definitiv, aber ob es möglich ist, die 40 Meter von Auge richtig abzuschätzen, bezweifelt er.

<u>Martin Heiz</u> erkundigt sich, ob an der Brücke festgehalten wird oder ob es noch andere Alternativen gibt, wenn man jetzt diesem Planungskredit zustimmt.

Gemäss Matthias Senn wird diese Brücke geplant, wenn dem B+A zugestimmt wird.

<u>Toni Bründler</u> stellt den Antrag, dass eine weitere Variante, ca. 10 bis 15 Meter talseitig von der heutigen Holzbrücke, geprüft wird.

<u>Judith Luthiger</u> ist der Meinung, dass es die Bevölkerung nicht verstehen wird, wenn die Brücke am 31. Dezember gesperrt wird. Wenn man das Projekt immer weiter hinauszögert ist am Schluss eine Million in den Sand gesetzt, ohne dass etwas passiert.

Für <u>Christine Kaufmann</u> ist der Ausbau der Eystrasse keine Alternative. Spätestens in 10 Jahren würde man wieder über den Bau einer neuen Brücke diskutieren. Im Moment hat man kein Geld für die Luxusvariante mit zwei Spuren. Eine einspurige Brücke funktioniert genau so gut, wie eine zweispurige.

Bernadette Hauser, namens der CVP/JCVP-Fraktion, stellt den Antrag für ein kurzes Time-out.

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, das dem nicht opponiert wird.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> reichen Fr. 15'000 nicht, um die vorgeschlagene Variante von Toni Bründler zu prüfen.

Viktor Bienz stellt im nachhinein fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Die Grüne Fraktion beantragt, gemäss Maurus Frey, dem Beschlussestext nach Ziffer 1 folgendes anzufügen:

2. Der Ausbau der Eystrasse für ÖV- und Schwerverkehr wird detailliert geprüft und geplant. Dafür werden Fr. 50'000.00 bewilligt.

<u>Toni Bründler</u> beantragt die Ergänzung einer weiteren Ziffer mit folgendem Text:

Die Variante Zweckbau ist mit einem Zusatzkredit von Fr. 15'000.00 zu prüfen.

Abstimmung über den Antrag der Grünen Fraktion:

Der Antrag wird mit 26:5 Stimmen abgelehnt.

D 1 W	le u u
Baumgartner, Werner	Enthaltung
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Günter, Michael	nein
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	nein

Abstimmung über den Antrag von Toni Bründler:

Der Antrag wird mit 22:9 Stimmen abgelehnt.

Baumgartner, Werner	nein
<u> </u>	
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein

Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	Enthaltung
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	nein

Beschlussestext.

- 1. Für den Neubau der Hergiswaldbrücke wird ein Planungskredit von Fr. 500'000.00 bewilligt.
- 2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
- 3. Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.

Schlussabstimmung:

Dem Beschlussestext wird mit 22:4 Stimmen zugestimmt.

Daying gartinas Marinas	Froth alture
Baumgartner, Werner	Enthaltung
Betschart, Daniel	Enthaltung
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Camenisch, Räto	Enthaltung
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	Enthaltung
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja

Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	Enthaltung
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

7. Planungsbericht: Schulraum Kriens 2010 – 2021

Nr. 134/10

Gleichzeitig wird folgende Interpellation beantwortet (im Planungsbericht integriert):

7.1 Interpellation Burkhardt: Schulraumplanung 2010

Nr. 133/10

<u>Viktor Bienz</u> begrüsst als Sachverständige die Herren Daniel Stalder und Daniel Kaufmann vom Planteam S sowie Rektor Markus Buholzer und Stephan Buser, Abteilungsleiter Liegenschaften/Bau.

Gemäss Monika Marbacher hat die Bildungskommission den Bericht und Antrag Planungsbericht Schulraum 2010 - 2021 zustimmend zur Kenntnis genommen. Dass eine detaillierte Schulraumplanung für die nächsten 10 - 15 Jahre wichtig und nötig ist, stellte der Gemeinderat und der Einwohnerrat bereits im Zusammenhang des letzten Baukredites Werterhaltung Schulanlagen, mit dem Aufbau von schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen, aufgrund der geplanten Einführung der Integrativen Förderung, der anstehenden Neu-Definition der Schulkreise wie auch der Rückgang der Schülerzahlen fest. Zudem hat der Gemeinderat im Frühjahr 2009 entschieden, künftig Gesamtsanierungen der Schulanlagen zu planen.

Betreffend der vorliegenden Schulraumplanung wurde die BiK bereits an der Dezember und Januar-Sitzung umfassend vororientiert und hat zuhanden des Gemeinderates es zustimmend reagiert. In der Diskussion anlässlich der BiK-Sitzung wurde einleitend festgehalten, dass die Schulraumberechnung knapp reicht. Zu bedenken sind allfällige Änderungen auf Gesetzesstufe. Mit einer jährlichen Überprüfung der aktuellen Zahlen und Entwicklungen sollen die Änderungen erfasst und allfällige Massnahmen ausgelöst werden. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass bei der aktuell laufenden Vernehmlassung des Volksschulbildungsgesetzes die Fragen in Bezug auf Eingangsstufe und der neuen Strukturmodelle "Sekstufe" Auswirkungen auf die Planung haben. In der Detailberatung wurde bemerkt, dass der Schulraumplanung raumplanerische Bedeutung beigemessen werden müsse. Wenn der Zonenplan revidiert wird, hat dies Auswirkungen auf die Schulraumplanung und umgekehrt.

Zur Gesamtstrategie wurde gefragt, ob die Gruppenräume und Halbklassenzimmer mit dem Faktor 0.25 nicht eher knapp bemessen sind. Im Vergleich mit anderen Gemeinden ist dieses Vorgehen durchaus angemessen.

Die BiK ist erfreut, dass an den Quartierschulhäusern festgehalten wird. Sie gibt allerdings zu bedenken, dass die Sinnfrage gestellt werden müsse, wenn Schulhäuser mit nur 2-3 Klassen betrieben werden. Markus Buholzer hielt zu diesem Punkt fest, dass es unmöglich wäre, ein Schulhaus mit so wenig Klassen zu führen. Wenn dies so wäre, müsste der Schulkreis angepasst werden - gemeint ist das Schulhaus Gabeldingen.

Man hat festgehalten, dass es im Bericht und Antrag bezüglich Musikschule um eine Teilzentralisierung geht. Betreffend Massnahmen und weiteren Vorgehen wurde nachgefragt, wie wahrscheinlich die Einführung eines zweijährigen Kindergartens und eine entsprechende Anpassung der Schulraumplanung sei. Diese Frage wird zurzeit im Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Volksschulbildungsgesetzes gestellt, darum kann diese Frage zurzeit nicht beantwortet werden. Die BiK wird im Rahmen des Vernehmlassungsverfahren z.H. des Gemeinderates Stellung nehmen.

Abschliessend wurde festgehalten, dass es Aufgabe der Gemeinde ist, Schulraum anzubieten und die verlangten Schulmodelle umzusetzen. Man lobte die Gemeinde für den ökonomischen Umgang mit Ressourcen. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag hat man ein Planungsinstrument für die Zukunft geschaffen. Die BiK bedankt sich beim Departement, der Schulleitung und dem Planteam S für die umsichtige Planung und die geschickte Kommunikationsstrategie bei der vorliegenden Schulraumplanung und beantragt dem Einwohnerrat, den Bericht und Antrag Planungsbericht Schulraum 2010 - 2021 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

<u>Hans Fluder</u> erwähnt, dass die SVP den vorliegenden Planungsbericht für gut befindet und diesen unterstützt. Bei der Beratung in der Fraktion sind folgende Fragen bzw. Bemerkungen aufgetaucht:

- Wie lange wird die Integrale Förderung so bestehen bleiben?
- Schulraumplanung für die kommenden 10 15 Jahre sind nur Annahmen.
- Kann dies in diesem Ausmass vorausgesagt werden?
- Wie sicher ist das Diagramm betreffend den Lernenden 2009 2021?
- Die Vergangenheit hat gezeigt, dass in den letzten Jahren die Geburtenzahl rückläufig war.

Die Integrale Förderung kann auch Gefahren mit sich bringen: Bei Kindern, welche von den Kleinklassen in die Regelklasse wechseln, besteht die Gefahr, dass sie gehänselt und nicht richtig integriert werden. Können die Kinder dem Unterrichtstempo folgen und besteht nicht die Gefahr von Überforderung? In den Kleinklassen sind die Kinder mit einer Lernschwäche im geschützten Umfeld und werden bestens betreut. Wie wirkt sich diese Integration auf die andern Schüler aus? Besteht da nicht die Gefahr, dass sich Eltern über einen Wechsel Ihrer Kinder in eine Privatschule Gedanken machen? Der heutige Lebensstandard erfordert es immer mehr, dass beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen, was wiederum den Nachteil der Kinderbetreuung mit sich zieht. Die Fremdbetreuung durch Horte und Schülerhäuser häufen sich und eine Entfremdung der Eltern bahnt sich an. Durch die Fremdbetreuung und die abnehmende Präsenz der Eltern zeichnet sich eine extreme Kostenzunahme an.

Gemäss <u>Mirjam Kalt</u> befürwortet die Grüne Fraktion den Bericht und nimmt diesen grösstenteils zufrieden und zustimmend zur Kenntnis. Mehr noch, sie ist davon überzeugt, dass dieser Planungsbericht professionell erarbeitet wurde. Einen herzlichen Dank geht an die Beteiligten. Auch die Strategie der Quartierschulhäuser, welche vor Jahren geplant wurde, hat sich bewährt. Mehr noch, die Quartierschulhäuser tragen zu einer attraktiven Wohngemeinde bei. Der Zusammenhalt der Bevölkerung und das Engagement für die Schule werden bei Quartierschulhäusern eher gefördert. Im Gegensatz zur Raum- oder Verkehrsplanung wurde die Schulraumplanung also bereits vor Jahren weitsichtig und zukunftsträchtig vorgenommen, was sich jetzt sehr positiv zeigt.

Es wird deutlich, dass auf keine Schulräume verzichtet werden können. Auch wenn kurzfristig die Zahlen sinken, steigen sie dann mittelfristig wieder an. Zudem braucht die heutige Unterrichtsmethodik mehr Räumlichkeiten, denn es wird anders gearbeitet, z.B. mit Lernwerkstatt, Projektarbeit, interaktivem Lernen und integrative Förderung. Zudem ist der bestehende Schulraum für die angestrebten Raumbedürfnisse knapp ausreichend, das Korridore als Gruppenräume benutzt werden müssen. Es muss mit Einschränkungen in Gruppenräumen und Halbklassenzimmern gerechnet werden. Es braucht hohe Flexibilität von allen Beteiligten und die Schulräume werden intensiv und mehrfach belegt und genutzt.

Die Grünen haben festgestellt, dass in Kriens mit 0.25 Einheiten für Gruppenräume und Halbklassenzimmer pro Klasse gerechnet wurde, auch wenn der Kanton 0.5 Einheiten vorschlägt. Die Sprecherin nimmt an, dies ist ein pragmatisches Entgegenkommen, aber sicher keine optimale Lösung.

Wichtig für die Umsetzung ist aus ihrer Sicht nun folgendes:

- Das Berechnungsmodell der Schulraumplanung muss stets nachgeführt werden.
- Noch offen ist die Einführung des zweijährigen Kindergartens. Dies würde bedeuten, dass die Schulraumplanung angepasst werden müsste.
- Die Einführung der integrativen Förderung ist zwar in Fachkreisen sehr umstritten. Auch die Grünen befürchten, dass auf dem Rücken behinderter Kinder, welche nicht mehr genügend individuell gefördert werden können, und für welche kaum Vorteile durch die Integration in Regelklassen entstehen, Kosten gespart werden, und deshalb die integrative Förderung eingeführt wird. Abzuwarten ist also die detaillierte Umsetzungsplanung der integrativen Förderung, um dann kritisch zu beurteilen, was es braucht, damit die Förderung nicht zu einem Alibi wird.
- Räumliche Anpassungen wie bereits geplant oder angedacht sollen realisiert werden (z.B. Erweiterung von Klassenzimmern im Schulhaus Obernau)
- Die Bevölkerungsentwicklung im Einzugsgebiet des Schulhauses Gabeldingens muss verfolgt und nicht vorschnell eine Entscheidung gefällt werden.
- Die Tagesstrukturen, wie sie jetzt ausserhalb der Schule gedacht sind, im Sinne von Trennung von Hort und Schule, soll auch so weiterverfolgt werden.

<u>Roger Erni</u> erwähnt, dass die FDP-Fraktion diesen Planungsbericht als gut, informativ und nötig bewertet. Einen solchen braucht man alle 15 - 20 Jahre, um arbeiten zu können. Der letzte Planungsbericht wurde 1995 erstellt.

Trotzdem macht der Sprecher auf folgendes aufmerksam:

2005: 3'147 Schüler

2018: 2'300 Schüler -> 30 % weniger Schüler bei gleich viel bis mehr Schulraum.

Da bittet die FDP um Umsicht. Sehr gut konnte man die Auswirkung dieses Planungsberichts auf den Bericht Werterhaltung sehen. In der BiK wurde ein Beispiel mit dem Werkraum im Schulhaus Feldmühle durchgerechnet. Aufgrund des Berichts entstehen im Bericht und Antrag Werterhaltung Schulanlagen Mehrkosten im Bereich von Fr. 500'000. Auch hier half der Bericht Schulraumplanung mit, dieses Konzept (mehr Gruppenräume, grössere Schulzimmer, neue Einteilungen) zu verwirklichen. Trotzdem ist sich die FPD bewusst, dass v.a. für integrative Förderung, welche vom Kanton vorgeschrieben, aber nicht bezahlt wird, mehr Schulraum benötigt wird.

Der Sprecher bittet die Exekutiv-Behörde, dass man sich in Zukunft nicht einer möglichen Schulhausschliessung bzw. Anders-Nutzung verschliessen soll. Mit den heutigen Planzahlen finden sich bei gleicher Grenzziehung der Schulkreise im Schulhaus Gabeldingen im Jahre 2018 noch 33 Schüler ein. Heute gehen im Gabeldingen über 60 Schüler zur Schule. Der Gemeinderat soll diesen allfälligen Prozess möglichst früh angehen, damit diese Absicht politisch abgestützt sein wird.

Roger Erni dankt Stephan Buser und dem Baudepartement sowie Markus Buholzer und dem Bildungsdepartement für ihre Arbeit. Auch das Planteam S hat sehr sauber gearbeitet.

Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Monika Marbacher weiss, dass sich seit 1995 die Volksschule des Kantons Luzern in einem grossen und fortlaufenden Umbruch befindet. Verschiedene breit angelegte Entwicklungsprojekte sollen die Volksschule fit für die Zukunft machen. Die Einführung der Integrativen Förderung (IF) an der Volksschule Kriens ist eines der grossen Schulentwicklungsprojekte der kommenden Jahre. Mit IF wird die wichtige Forderung nach weniger Ausgrenzung bei Schülerinnen und Schülern sowie verbesserter Unterstützung der Lehrpersonen im Klassenunterricht berücksichtigt. Die Umsetzung von IF verlangt eine Veränderung des Arbeitsmodells für Lehrpersonen und Schulleitungen und bedeutet u. a, dass man dazu mehr Schulraum braucht.

Die Gemeinde Kriens hat im Schulbereich mehrere Probleme: So sind verschiedene Schulanlagen dringend sanierungsbedürftig, die Schülerzahlen gehen zurück und anstehende Schulentwicklungsprojekte müssen umgesetzt werden. Der Schulraum ist knapp. Eine optimale Schulraumplanung erfordert ein spezifisches Planungswerkzeug.

Nun liegt die Schulraumplanung 2010 - 2021 vor. Es stellte sich dabei folgende Fragen: Steht der Gemeinde Kriens bis 2021 genügend Schulraum zur Verfügung? Welche Lösungsansätze sind möglich, um allfällige Abweichungen auffangen zu können, falls zu viel oder zu wenig Schulraum in den kommenden Jahren bereitsteht? Sind die Ziele erreicht? Ja, meint die CVP/JCVP-Fraktion, denn mit dem vorliegenden Bericht sind die planungsspezifischen und entwicklungsspezifischen Einflussfaktoren berücksichtigt, die Planphasen sind genau beschrieben. Die Elemente der Gesamtstrategie auf Primarschulstufe und Sekstufe sind ebenfalls benennt. Ergebnisse bezüglich Planung und ein entsprechenden Massnahmenkatalog sind definiert. Es wird klar aufgezeigt, dass Schulentwicklung wie IF und schulfamilienergänzende Tagesstrukturen mehr Schulraum erfordern.

Die Schülerzahlen sind rückläufig von heute 2'700 auf 2'300 und wieder steigend auf Schuljahr 2018/19 auf 2'500. Es wird klar aufgezeigt, dass unter Berücksichtigung der Schulentwicklung und der Schülerzahlen der Schulraum bis 2021 knapp reichen wird. Die Massnahmen werden jährlich überprüft.

Der vorliegende Bericht ist ein vernünftiges Planungsinstrument und dennoch ein Kompromiss, so beispielsweise bei der Berechnung des Schulraumes mit dem Faktor 0.25.

Pädagogisch betrachtet sind die Schulentwicklung und die entsprechende Raumerweiterung an der Volksschule Kriens ein Muss für die CVP. Ihr gefällt die Vorstellung, dass Krienser Kinder in Schulräumen mit Gestaltungsmöglichkeiten, die den heutigen Bedingungen angepasst sind, unterrichtet werden. Dass der zweijährige Kindergarten und die Basisstufe bei der Berechnung nicht enthalten sind, betrachtet die Fraktion als korrekt. Die Fragen zur Eingangsstufe werden im Rahmen der Vernehmlassung des Volksschulbildungsgesetzes geklärt und können heute nicht beantwortet werden.

Die CVP/JCVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die weitsichtige Planung, nimmt den Bericht einstimmig und zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem gesamten Einwohnerrat ebenfalls zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Gemäss <u>Martin Heini</u> nimmt die SP den vorliegenden Bericht sehr gerne zur Kenntnis. Es ist ein umfangreiches Werk, welches eine komplexe Materie, aber realistische Prognosen in weiter Zukunft und viele Einflussfaktoren beinhaltet. Der Umfang beruht nicht zuletzt auf die häufige Thematisierung von Klassengrössen, Schulraum und Bildungskosten im Einwohnerrat. Schlussendlich belegt die Studie auch die Seriosität, mit welcher der Gemeinderat zusammen mit der Schulverwaltung die Planung angegangen ist. Die Investitionen wurden auf die Erfordernisse optimiert.

Folgende Punkte sind für die SP wichtig:

Das Prinzip der Quartierschulhäuser wird beibehalten.

- Die Sekstufe, als ein Schulkreis, wird auf drei Schulhäuser verteilt, statt auf ein Oberstufenzentrum.
- Die Zielrichtung von der zentralisierten Musikschule ist korrekt. Die Musikschule soll einen ähnlichen Stellenwert wie die Sportschule erhalten. Wie die sportlichen Talente, sind die musikalischen Talente zu entdecken und zu fördern.
- Die Zentralisierung der Sportschule im Krauer
- Die Beibehaltung vom Schulhaus Bleiche in einem zentrumsnahen Wohngebiet

Die ganze Studie ist und bleibt ein pragmatischer Ansatz. Der Schulraumbedarf ist ausreichend, da der zeitliche Ablauf dem Bedarf entgegenkommt. Trotzdem bleiben noch einige Baustellen offen, wie. z.B. die Hortangebote oder die Einführung des zweijährigen Kindergartens.

<u>Helene Meyer-Jenni</u> freut sich über den Dank und das Lob und gibt dieses sogleich an alle Beteiligten weiter. Die BiK hat ihren gemeinderätlichen Aufgaben wahrgenommen, mitbegleitet und Fragen gestellt. Der Bericht gibt viele Antworten, aber auch Empfehlungen, wie und wo es weitergehen soll. Und die Sprecherin warnt, es geht weiter und gibt noch einiges zu tun.

Bei der Erarbeitung des Berichts waren folgende vier Grundlagen wichtig:

- 1. die Analyse, d.h. der aktuelle Stand
- 2. die Vorgaben diese sind aus der Schulentwicklung bekannt
- 3. die Prognosen aufgrund der gemachten Erfahrungen und den Entwicklungen
- 4. die Umsetzung

Die Entwicklung muss immer beobachtet werden und es braucht enorm Geduld von den Leuten, die sich in den Schulhäusern aufhalten. Die Schulraumplanung ist nicht nur eine Raumplanung, sondern beinhaltet auch ortsplanerische, gesellschaftliche, bauliche und bildungspolitische Fakten. Die integrative Förderung benötigt flankierende Massnahmen wie Räume, Pensen und die nötige Klassengrösse, damit nicht das passiert, was die SVP prognostiziert. Über den Auftrag des weiteren Aufbaus der Tagesstrukturen muss hier nicht diskutiert werden, da dieser Entscheid bereits durch den Kantonsrat gefällt wurde.

Wenn die Schülerzahlen zurück und im Schulhaus Gabeldingen nur noch 30 Kinder zur Schule gehen, muss man flexibel sein und Kinder von anderen Quartieren ins Schulhaus Gabeldingen einteilen. Es sind sich schliesslich alle bewusst, dass Quartierschulhäuser mehr als nur Schulräume sind. Es sind Vernetzungsorte, welche einen wesentlichen Punkt für die Attraktivierung beitragen. Dass es Mehrkosten gibt, ist unbestritten. Aber alle, welche an der Besichtigung des Schulhauses Feldmühle dabei waren, haben gesehen, dass es noch viel zu tun gibt.

Betreffend den Schülerzahlen werden diese nicht nur abnehmen, ab 2021 wird wieder ein Anstieg prognostiziert.

Der Planungsbericht wird in den nächsten Jahre "die Bibel" sein und ständig nachgeführt werden. Klar ist auch, dass keine Luxusvarianten gewählt wurden. Es müssen Präzisierungen u.a. bei der Musikschule und pragmatische Überlegungen gemacht werden und bei den Schulenentwicklungs-Entscheiden wird der Einwohnerrat selbstverständlich miteinbezogen.

In diesem Sinne dankt Helene Meyer-Jenni recht herzlich für die positive Kenntnisnahme.

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, dass der Bericht zur Kenntnis genommen wurde und bedankt sich bei den Sachverständigen für ihre Anwesenheit.

8. Bericht und Antrag: Baukredit Werterhaltung Schulanlagen - 2. und 3. Etappe / 2. Phase Schulhäuser Roggern, Krauer und Feldmühle Nr. 139/10

Gemäss <u>Martin Heiz</u> war in der BK Eintreten auf diesen Bericht und Antrag unbestritten. Der Einwohnerrat konnte sich anlässlich der Besichtung des Feldmühle Schulhauses vom 1. März 2010 ein Bild über die Notwendigkeit dieser Sanierungen informieren. Deshalb konnte an der BK auf eine weitreichende Orientierung verzichtet werden.

Die Mitglieder der BK wurden aber auch über den Zwischenstand der bisherigen Sanierungen beim Schulhaus Roggern und Krauer informiert. Hier wurde festgestellt, dass einige Arbeiten bereits in der 1. Bauphase und nicht erst in der 2. Bauphase erledigt wurden, da dies absolut Sinn machte. Trotzdem wird man voraussichtlich mit Minderkosten gegenüber dem Kostenvoranschlag abrechnen können.

Ein Thema war beim Schulhaus Feldmühle auch die Heizung. Dieses Thema wird aber mit dem Neubau des Werkhof-Feuerwehrgebäudes vertieft angegangen. Dank den guten Informationen an der Begehung konnte dieses Traktandum in kurzer Zeit behandelt werden.

Die BK hat dem Bericht und Antrag einstimmig zugestimmt.

Monika Marbacher erwähnt, dass auch in der BiK Eintreten unbestritten war. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag beantragt der Gemeinderat mit der 2. Phase des Baukredites Werterhaltung Schulanlagen 2. und 3. Etappe, die Innensanierung der Schulanlagen Roggern, die Innensanierung des Schulhauses Krauer, sowie die Innen- und Aussensanierung des Schulhauses Feldmühle auszulösen. Bereits im Mai 2009 bewilligte der Einwohnerrat einen Baukredit für Schulanlagen in der Höhe von Fr. 4'900'000. Diese Sanierungen sind inzwischen erfolgreich abgeschlossen. Mit dem Entscheid des Gemeinderates, einen vollständigen Strategiewechsel in der zukünftigen Werterhaltung von Schulanlagen vorzunehmen, wurde das gesamte Innensanierungskonzept auf die erarbeitete Schulraumplanung mit verschiedenen Schulentwicklungsprojekten abgestützt. Bei der Planung verursachte der Strategiewechsel bauliche und finanzielle Anpassungen.

In der BiK wurde einleitend festgehalten, dass beim vorliegenden Geschäft bauseitig und bildungsseitig ein grosser Bedarf an Sanierungsmassnahmen vorhanden ist. Dabei konnten nicht alle Wunschvorstellungen erfüllt werden. Von Departementseite wurde festgehalten, dass der Bildungsauftrag allerhöchste Priorität habe. Stephan Buser hielt fest, dass man mit der Begehung der Schulanlage Feldmühle den Handlungsbedarf aufzeigen wollte. Handlungsbedarf bestehe aber auch bei anderen Schulanlagen der Gemeinde Kriens. Das Volumen der Sanierungen zeige auf, wie zwingend notwendig die anstehenden Arbeiten seien. Stephan Buser wies zudem auf die Schulraumplanung hin, welche einen weiteren Bedarf an baulichen Massnahmen auslöste. Bau- und kostentechnisch sei die Zeit günstig, die Gemeinde Kriens konnte deshalb sehr gute Konditionen aushandeln.

In der Detailberatung wurde folgendes geklärt:

Allgemein

Die Leistungen des Baudepartements werden aufgrund der Kostentransparenz ausgewiesen. Bei den Kosten handelt es sich eigentlich um Lohnbestandteile, also um eine Umlagerung bei den Kostenstellen. Es wurde kritisiert, dass damit eine Leistungsverrechnungsgeschichte losgetreten werde, die unübersichtlich sei. Kritisch bemerkt wurde, dass gemäss Finanzplan 2010 - 2014 eine Mehrbelastung von Fr. 1,9 Mio. anfällt. Klar sei, dass die Werterhaltung und Sanierung der Schulanlagen dringend notwendig sind. Dennoch müssen bei künftigen Investitionen klare Prioritäten gesetzt werden.

Schulanlage Roggern

Nachgefragt wurde bezüglich Mobiliar in allen Schulanlagen. Es werden vorwiegend Pulte ersetzt. Das Stuhlersatzprogramm wurde erst letztes Jahr abgeschlossen, dennoch müssen die Schülerstühle ergänzt werden. Beim gesamten Mobiliar handelt es sich nicht um Massanfertigungen sondern um "Stangenware". Zum Teil wird älteres Material weiter verwendet. Es wurde darauf hingewiesen, dass bei der 2. Bauphase 2010 das Schulhaus Roggern 1 und bei der 3. Bauphase 2011 das Schulhaus Roggern 2 aufgeführt ist. Dies stellt sich als Fehler heraus, Roggern 2 wird zuerst saniert. Die Kosten mit Jahreszahlen stimmen jedoch. Gemäss Stephan Buser werden Wandtafeln aufgefrischt, die Beamer-Installation werde in jedem Schulzimmer vorbereitet.

Schulanlage Krauer

Mit dem Wechsel der Sportschule ins Krauer ist die Beschaffung von Schülerpulten notwendig. Zudem müssen Stühle für die Sekstufe angeschafft werden. Garderobenschränke werden gezügelt und nachgerüstet. Die Turnhalle kann mit der Sanierung neu mit 200 Personen belegt werden, vorher war dies aus feuerpolizeilichen Gründen nicht möglich. Eine Verbesserung also für Vereine und somit mehr ein gesellschaftlicher Nutzen.

Schulanlage Feldmühle

Das Bildungsdepartement hat bei der Begehung der Schulanlage Feldmühle vom 1. März 2010 exemplarisch auf die verschiedenen nötigen baulichen Massnahmen hingewiesen. Der grosse Posten Erdbebensicherheit ist gemäss Stephan Buser Bestandteil des Massnahmenkataloges. Es wäre verantwortungslos, die Sanierung nicht nach den neusten Vorschriften auszuführen. Das Feldmühle wurde, verglichen mit den anderen Schulanlagen, in einer Zeit gebaut, wo andere Vorschriften galten. Die Erdbebensicherheit wurde auch in andere Schulanlagen geprüft. Dass man mit der Sanierung der Heizung aufgrund eines möglichen Wärmeverbundes mit der geplanten Anlage Eichenspes zuwartet, ist im Sinne der BiK. Anhand eines konkreten Beispiels wie die Kosten berechnet wurden, konnte sich die BiK vergewissern, dass sehr detailliert und nachvollziehbar geplant wird.

Die BiK bedankt sich beim Baudepartement und allen weiteren Beteiligten für den ausführlichen Bericht und Antrag.

Der Baukredit Werterhaltung Schulanlagen ist aus Sicht der BiK dringend nötig. Der Bericht und Antrag Werterhaltung Schulanlagen 2. und 3. Etappe wurde einstimmig angenommen. Die Mitglieder der BiK beantragen dem Einwohnerrat dem Baukredit zuzustimmen.

Beatrice Kiener dankt dem Planungsteam für die immense Arbeit. In der BiK wurde das Projekt detailliert erläutert. Die wichtigsten Punkte wurden durch Monika Marbacher bereits hervorgehoben. Was besonders freut, ist der Umstand, dass Kosten für die Anpassungen, die aufgrund der neuen Schulraumplanung entstehen, im Kredit bereits berücksichtigt und ausgewiesen wurden. Man durfte sich davon überzeugen, dass es sich bei diesen Zahlen um sehr genaue Berechnungen handeln, welche darauf basieren, dass sämtliche Schulräume, welche umgestaltete werden müssen, einer genauen Überprüfung unterzogen wurden. Die verantwortlichen Planer und Architekten können für jeden einzelnen Raum bereits für die Um- und Neubauten detaillierte Zahlen auflegen, die benötigt werden. Somit wird der Einwohnerrat wohl vor grossen finanziellen Überraschungseiern verschont bleiben, auch wenn bald der Osterhase mit den Ostereiern kommt.

Weiter grosse Freude bereitet der FDP, dass die Planer nicht nur Luxusvarianten ausgearbeitet, sondern sich aufs Nötige beschränkt haben. Was sich beispielsweise auf Seite 18 des Berichtes und Antrags deutlich zeigt. Dort wird klar von der Komfortlüftung für das Schulhaus Feldmühle abgeraten, welche ansonsten mit einer Zahl von Fr. 800'000 zu buche schlagen würde.

Alles in allem steht die FDP geschlossen hinter diesem Bericht und Antrag.

Gemäss <u>Daniel Betschart</u> ist die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf den Bericht und Antrag Baukredit Werterhaltung Schulanlagen. Das Schulwesen ist eine Kernaufgabe der Gemeinde. Die SVP-Fraktion sieht dies sowie die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Handlungsbedarfs mit Sanierungsmassnahmen an den Schulhäuser Roggern 1+2, Krauer und Feldmühle und wird deshalb den vorliegenden, unveränderten Bericht und Antrag einstimmig unterstützen und annehmen. Es freut den Sprecher, dass der Gemeinderat die Schulraumplanung, die integrative Förderung sowie Tagesstrukturen mit seriösen Erhebungen je Schulhaus mit einbezogen hat. So können Doppelspurigkeiten vermieden werden und man wird nicht gezwungen in einigen Jahren diese drei Schulhäuser nochmals anzufassen und weitere, für die Krienser Bevölkerung schwer nachvollziehbare Kosten zu verursachen.

Es ergeben sich aus Sicht der SVP aber trotzdem diverse Fragezeichen für die Zukunft:

- 1. Die Gesamtkosten sowie der Planungshorizont ist unklar. Es wird davon ausgegangen, dass der ursprüngliche Investitionsbetrag von Fr. 6.5 Mio. nicht ausreichen wird. Zudem überschiessen die geplanten Kosten bereits jetzt im Zeitraum 2010 2012 um Fr. 1.951 Mio. Wie viel wird noch kommen und wann? Diese Info fehlt im Moment, da aufgrund Kurzfristigkeit des Submissionswesens und anderen Faktoren keine Aussagen seitens des Gemeinderates gemacht werden können.
- 2. Wie werden die doch beträchtlichen Sanierungs- und Werterhaltungskosten in die gesamtgemeindliche Auslegeordnung miteinbezogen? Es scheint der Umstand, dass der Planungshorizont sowie die genauen Kosten für die Gesamtschulsanierung +/- unbekannt bzw. schwer planbar sind und eine genaue Planung nicht durchgeführt werden kann.
- 3. Wie wird der Gemeinderat die Prioritäten für die in den nächsten Jahren anstehenden Investitionen setzten? Der Sprecher ist der Überzeugung, dass der Gemeinderat jetzt klar und transparent zwischen Muss-, wie z.B. den Schulhaussanierungen und Kann-Investitionen unterscheiden muss und er ist deshalb sehr gespannt auf die "Auslegeordnung", welche der Einwohnerrat in der Juli-Sitzung besprechen wird. Man muss sich langsam von den Illusionen verabschieden, dass Kriens alle Projekte gleichzeitig erstellen kann.

Man zahlt jetzt die Zeche im Schulwesen aufgrund vergangenen, nach hinten verschobenen Planungen oder auch im Volksmund "Usenstüdelungen" genannt. Die SVP-Fraktion wird die zukünftige Entwicklung genauestens beobachten und falls nötig einschreiten.

Christine Kaufmann stellt fest, dass sich der Einwohnerrat am 1. März 2010 mit der Begehung der Schulanlage Feldmühle einen eigenen Einblick machen konnte. Dieser Rundgang war sehr eindrücklich. Viele vom Rat hätten ohne den Rundgang nicht geglaubt, dass es so desolat um diese Schulanlage steht. Die Sprecherin wagt zu behaupten, dass niemand im Krienser Einwohnerrat, ausser die Lehrerin Judith Luthiger, welche eben dort unterrichtet, und ein Gemeinderat, welcher in einem kalten Container arbeitet, an einem solchen trostlosen und sanierungsbedürftigen Arbeitsplatz arbeiten muss. Diese Begehung durch das schlecht erhaltene Schulhaus Feldmühle macht nachdenklich und wirft Fragen auf. Wie kann es sein, dass Kriens solche Schulanlagen hat? Wie war die Strategie in der Vergangenheit? Doch heute ist nicht der richtige Zeitpunkt, um über diese Frage zu diskutieren.

Heute kann der Einwohnerrat einen wichtigen und richtigen Schritt zur weiteren Etappe der Schulhaussanierungen zustimmen. Gemäss den Erklärungen vor Ort und dem Bericht und Antrag wird die weitere Sanierungsetappe der drei Schulanlagen Roggern 1+2 innen, Krauer innen und Feldmühle innen und aussen sehr pragmatisch und weitsichtig angegangen. In der Planung wurden die Anforderungen an die laufende Schulentwicklung gemäss der Schul-

raumplanung 2010 bis 2021 miteinbezogen. Ebenfalls wurde die kantonale Einführung der Integrativen Schule IF in näherer Zukunft berücksichtigt und bereits miteingeplant.

Pragmatisch werden die Vorarbeiten für eine eventuelle spätere mögliche Nutzung von Beamer geleistet. So werden unter den Decken und Wandverkleidungen bereits Vorbereitungsarbeiten geleistet, so dass die jetzigen Decken und Wandverkleidungen nicht wieder ruiniert werden müssen.

In der Einzel-Turnhalle Krauer schafft man mit der Bodensanierung die Möglichkeit, dass Anlässe statt wie bisher mit nur 50 Personen neu mit 200 Personen stattfinden können. Dies ist für die Mieter der 3-Fach-Turnhalle sehr attraktiv, denn so haben diese die Möglichkeit, bei zusätzlichem Raumbedarf die Einzelhalle dazu zu mieten, statt draussen ein Zelt aufzustellen. Die CVP/JCVP-Fraktion begrüsst diese Umsetzung.

In diesen drei Schulanlagen gehen täglich 700 Schüler und Schülerinnen ein und aus, das sind 35 Klassen. Diese Kinder verbringen dort viel Zeit ihrer Kindheit mit bleibenden Erinnerungen. Einfach gesagt, ist die Schule der Arbeitsplatz der Kinder.

Mit diesen weiteren notwendigen Sanierungsetappen gibt der Einwohnerrat grünes Licht für sichere, zeitgemässe, energie- und benutzerfreundliche Schulhäuser in Kriens.

Die CVP/JCVP stimmt dem beantragten Kredit einstimmig zu.

Für Mario Urfer scheint die Gebäudehüllensanierung von den Schulhäusern Roggern und Krauer optisch gelungen. Dass es Priorität- und Kostenverschiebungen gegeben hat, zeigt, dass man die Arbeiten optimiert hat. Die SP nimmt positiv zu Kenntnis, dass nach der 1. Bauphase der Baukredit unterschritten wurde. Fr. 9.8 Mio. für die 2. u. 3. Etappe ist nicht wenig Geld. Die Investitionen braucht es jedoch und zum Teil dringend. Den Zustand der Schulanlagen ist eine Referenz für die Attraktivität einer Gemeinde. Eine attraktive Gemeinde sollte mit einem gewissen Standard, funktionale Schulanlagen besitzen. Die Begehung vom Feldmühle Schulhaus hat gezeigt, wie schlimm es um die Anlagen steht: undichte Fenster, veraltete Sanitäranlagen, Fussböden die eher für eine Fussmassage geeignet sind, veraltetes Heizsystem etc.

Wie gesehen, ist es auch nicht ungefährlich, sich in der Turnhalle aufzuhalten. Die Sanierung der Halle, der Lüftung und das Ersetzen der veralteten Turngeräte ist Pflicht. Sonst droht der Turnhalle die Schliessung.

Begrüssenswert für die SP ist es, dass der Gemeinderat klar signalisiert, vom Heizöl weg zu kommen, wärmetechnische Verbesserungen vornimmt und ökologische zukunftsgerichtete Heizsysteme verwenden will. Gewünscht hätte sich die SP nach der Sanierung eine bessere Energieeffizienz bei den Gebäuden. Leider lässt es das Kosten-Nutzverhältnis bei den jetzigen Finanzen nicht zu.

Den Entscheid, die Werterhaltungsmassnahmen zu vollziehen und den Schulraum an die Vorgaben der Schulraumplanung anzupassen, unterstützt die SP. Die Schulanlagen sollen auch in den nächsten 40 Jahren die Lernenden positiv prägen.

Die SP-Fraktion ist für die Genehmigung des Baukredits Werterhaltung Schulanlagen.

<u>Maurus Frey</u> dankt Matthias Senn, Stephan Buser und seinem Team für den ausführlichen Bericht und die Live-Berichterstattung vor Ort im Schulhaus Feldmühle. Die Grünen sind sehr zufrieden mit dem bisherigen Verlauf der Werterhaltung der Schulanlagen. Mit der farblichen Akzentuierung, als Beispiel, wird der Werterhalt oder gar eine kleine Aufwertung auch für Passanten sichtbar. Begrüssenswert sind auch die Überprüfungen und Anpassungen betreffend der Erdbeben-Sicherheit. Jüngste Ereignisse haben einem wieder daran erinnert, dass wohl keine Region auf dieser Welt von den Risiken eines Bebens gefeit ist. Hier nimmt Kriens die Verantwortung wahr.

Für die Grünen sind vor allem die energietechnischen Fortschritte von Bedeutung. Klar, dass sie auch weiterhin speziell auf diesen Punkt ihre Augen werfen werden. Sie streben eine vernünftige, sorgfältige und stetig rückläufige Verwendung von fossilen Energien an. Wärmedämmungen nach Minergie und der Einsatz von erneuerbaren und modernen Energiequellen sind nicht nur grünes "Simselabim", sondern zahlen sich aus. Sie hoffen, dass sich diese Ansicht nun endlich auch im Gesamt-Einwohnerrat durchgesetzt und gefestigt hat und sie nicht bei jedem Neu-Bau und Sanierung um Zertifikate, Wohnkomfort und Lüftungen diskutieren müssen. Die Gemeinde soll mit gutem Beispiel vorangehen und sämtliche Vorteile, welche diese Energieoptimierungen mit sich bringen für die Umwelt und für einen sorgfältigen Umgang mit den Finanzen nützen.

Der aktuell dringend notwendige Werterhalt bindet grosse Geldsummen. Die Grünen vertrauen auf den Gemeinderat, dass der im Bericht und Antrag erwähnte "kontinuierliche und planmässige" Gebäudeunterhalt nun wieder einsetzt. Sie wollen zukünftig Werterhalt betreiben. Aktuell ist man daran, Wertezerfall zu stoppen.

Die Grüne-Fraktion schickt auch das Feldmühle-Schulhaus sowie die weiteren Schulhäuser einstimmig ins wohlverdiente Facelifting und Regenerationsbad und wünscht gute Erholung.

Matthias Senn bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme des Berichts und Antrages. Die Feststellung der SVP ist korrekt, die Gesamtkosten aller Sanierungen sind noch unklar. Die Schulhäuser Amlehn und Meiersmatt müssen auch noch saniert werden. Weiter sind die Tagesstrukturen sowie die Auswirkungen der zweijährigen Kindergartenpflicht noch unbekannt. Es ist nun Aufgabe des Baudepartements, diese Kosten auszurechnen und der Gemeinderat muss die entsprechenden Prioritäten richtig setzen. Die Auflistung der Eigenleistungen des Baudepartements soll Transparenz aufzeigen. Der Gemeinderat versucht dies, korrekt und fair zu machen. Der Sprecher nennt dazu ein Beispiel der Stadt Luzern.

Die Energiemassnahmen z.B. beim Krauerschulhaus haben sich bewährt. Dort braucht es nun kein Heizöl mehr.

Helene Meyer-Jenni ist froh, dass der Einwohnerrat die gleiche Meinung wie der Gemeinderat vertritt und die Strategie der Gesamtsanierungen unterstützt. Es ist die Quadratur des Kreises: Einerseits will man die Detailplanungen und genauen Kosten für die nächsten 10 Jahre und andererseits hat man eine Auslegeordnung und es ist eine Illusion, alles miteinander machen zu können. Wie bereits erwähnt, hat der Gemeinderat einen Strategiewechsel vorgenommen und nächste Planungen sind vorgesehen. Er kann heute aber noch nicht alles im Detail vorlegen. Es ist eine Gesamtschau vorhanden und diese wird nun Schritt für Schritt "runtergebrochen". Das Schulhaus Feldmühle konnte besichtigt werden. Es ist aber nicht das einzige Schulhaus, welches sich in einem solchen Zustand befindet. Weiter ist es toll, dass die Installation für Beamer gemacht werden. Der Gemeinderat hofft aber auch, dass die Beamer auch

angeschafft werden können. Auch für die Umgebung muss gesorgt werden. Die Kinder halten sich schliesslich nicht nur im Schulhaus auf. Dies darf nicht vergessen werden. Beim Nachtragskredit für die Spielplätze wurde dies ausführlich dokumentiert.

Nicole Nyfeler möchte wissen, ob behindertengerecht geplant wurde.

Für <u>Stephan Buser</u> ist dies eine berechtigte Frage. Man hat sich bei der Planung damit auseinandergesetzt und es ist immer wieder ein Kostenpunkt. Man muss die Gesamtplanung in die Verhältnismässigkeit setzen. Im Schulhaus Roggern wurden Liftschächte installiert, da dort zukünftig der Lift ein Thema sein könnte. Grundsätzlich hat man aber entschieden, dass man flexibel sein muss, d.h. wenn rollstuhlgängige Kinder in einem Schulhaus eingeteilt werden, sollen sie ihre Klasse bzw. die Schulräume im EG haben. Das EG muss ebenerdig sein.

<u>Markus Buholzer</u> bestätigt die Antwort von Stephan Buser. Neue Schulhäuser müssen behindertengerecht gebaut werden. Wenn Schüler auf den Rollstuhl angewiesen sind, muss die Gemeinde gewährleisten, dass diese den Unterricht besuchen können.

<u>Mirjam Kalt</u> ist froh um diese Ausführung. Es geht schliesslich nicht nur um Kinder, welche im Rollstuhl sind, sondern auch um solche, die nicht oder schlecht Treppen steigen können. Dieses Bewusstsein muss in die Planung einfliessen.

<u>Erich Tschümperlin</u> möchte wissen, wie hoch die Kosten sind, wenn die EG's bei den Schulhäusern rollstuhlgängig ausgestaltet werden würden.

<u>Matthias Senn</u> nimmt dies als Auftrag entgegen und wird dies bei den drei Schulhäusern anschauen.

Viktor Bienz stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

S. 13 - Energiekonzept

<u>Erich Tschümperlin</u> möchte wissen, wieso die Sonnenkollektoren nicht sofort gemacht werden. Diese sind unabhängig von Fernleitungen und man könnte damit Geld sparen, wenn die Energie bereits früher genutzt werden kann.

Gemäss <u>Stephan Buser</u> ist diese Frage schon mehrmals aufgetaucht. Die Firma Josef Ottiger & Partner haben das Gesamtenergiekonzept erstellt. Man hat dabei intensiv diskutiert, was sinnvoll wäre. In Bezug auf das kommende Projekt im Eichenspes kam man zum Schluss, dass es keinen Sinn macht, auf Gas umzusteigen und es wäre verfrüht, Vorinvestitionen zu tätigen. Es wurde kostenbewusst analysiert und es kann zugewartet werden. Die alte Heizzentrale wird weiterhin betrieben, bis das effektive Wärmekonzept aufzeigt, was am sinnvollsten ist.

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen und kein Rückkommen verlangt werden.

Beschlussestext.

- 1. Für die 2. und 3. Etappe der Werterhaltung der Schulanlagen wird für die Sanierungsarbeiten an den Schulanlagen Roggern 1+2, Krauer und Feldmühle ein Kredit von Fr. 9'797'000.00 bewilligt. Die Höhe des Kredits erhöht oder vermindert sich entsprechend der Veränderung des Baukostenindexes.
- 2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Beschlussestext:

Mit 33 Stimmen, d.h. einstimmig wird dem Beschlussestext zugestimmt.

Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

Viktor Bienz dankt Stephan Buser und Markus Buholzer für ihre Ausführungen.

<u>Judith Luthiger</u> dankt im Namen aller Lehrpersonen und den Schulkinder recht herzlich für die Genehmigung.

9. Bericht Postulat Thalmann: Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens Nr. 050/09

<u>Patrick Koch</u> bedankt sich namens der SVP-Fraktion für den umfangreichen Bericht zum Postulat "Mehr Sicherheit und Ordnung in Kriens". Mit den Änderungen des kantonalen Datenschutzgesetzes wird eine einheitliche gesetzliche Grundlage für Videoüberwachung im Kanton Luzern geschaffen. Die SVP Kriens wird die Änderungen des Datenschutzgesetzes und der Verordnung genau studieren und dann über das weitere Vorgehen befinden. Im Jahr 2010 wird auch die Auswertung einer Dissertationsarbeit über die Videoüberwachung in der Stadt Luzern vorliegen, die mit Sicherheit den präventiven Charakter der Videoüberwachung bestätigen wird.

Mit der Ausgestaltung des kantonalen Datenschutzgesetztes erwartet die SVP vom Gemeinderat konkrete Vorschläge, wo sinnvollerweise im Gemeindegebiet Videokameras installiert werden sollen. Dabei ist zu beachten, dass die technische Entwicklung bei den Videokameras immens ist. Die Kameras werden immer kleiner, günstiger und leistungsfähiger. Mit einer besseren Beleuchtung der neuralgischen "Brennpunkten" und dem gezielten Anbringen von Videokameras kann ein wertvoller Beitrag zur Sicherheitsprävention geleistet werden. Die Videoüberwachung dient auch zur Ergänzung zum Gemeindeordnungsdienst. Man lebt nicht mehr in einer heilen Welt. Im Frühjahr 2009 ereignete sich in Kreuzlingen eine schwere Schlägerei mit zwei Schwerverletzten. Die Kantonspolizei Thurgau veröffentlichte daraufhin die Aufnahmen einer Überwachungskamera. Der Fahndungserfolg blieb nicht aus. Bereits wenige Stunden später waren die Verbrecher gefasst. Es gibt viele weitere solche Beispiele. Auch Fussballhooligans werden z.B. in Luzern gefilmt und so identifiziert. Die Gemeinde sollte deshalb auf den Einsatz von Videokameras nicht verzichten. Sie SVP Kriens beantragt deshalb, dass das Postulat Thalmann nicht abgeschrieben wird.

<u>Cyrill Wiget</u> bestätigt, dass der Kanton ein Basisreglement erstellen wird. Der Gemeinderat ist froh, dass dies einheitlich geregelt werden soll. Er ist sich jedoch noch nicht im klaren, ob eine Videoüberwachung analog Bahnhof Luzern oder Kappelbrücke in Kriens angebracht ist. Der Gemeinderat wird dies prüfen, wenn die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zur Verfügung stehen. Zum heutigen Zeitpunkt kann das Postulat somit abgeschrieben werden, da die Forderungen erfüllt sind.

Räto Camenisch ist nicht der gleichen Meinung wie der Gemeinderat. Die Forderung des Postulats sind nicht erfüllt. Die SVP will mehr Sicherheit in Kriens. Dabei spielt die Videoüberwachung eine grosse Rolle. Dies hat man auch beim Kanton gesehen. Im Gegensatz zu Horw, Emmen und Luzern, will der Krienser Gemeinderat keine Kameras und keine Gesetzgebung und verweist nur auf die Datenschutzgesetzgebung. Für die SVP steht aber die Sicherheit der Bevölkerung vor dem Datenschutz. Sie beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

<u>Mirjam Kalt</u> dankt für den ausführlichen Bericht, welcher sehr informativ ist und die Tatsachen sachlich darstellt. Der Bericht zeigt bestens, dass Videoüberwachungen im öffentlichen Raum wenig Sinn machen. Dies aus folgenden Gründen:

- Sie bringen keine bis nur eine geringe Senkung der Kriminalität. Die beiden Tötungsdelikte hätten nicht verhindert werden können.

- Sie verschieben die Problematik durch den Verlagerungseffekt auf andere Plätze und Orte. Dies kennt man auch bei den Radarkasten, wo auf der Autobahn Geschwindigkeitskontrollkasten angebracht sind, fahren plötzlich alle ganz langsam und danach geben sie wieder Gas. Das heisst, dass wohl nur pathologische Narzissten gerade unter der Videokamera gewalttätig würden.
- Zudem verschieben sich auch die Treffpunkte der Menschen, insbesondere der Jugendlichen sehr oft, so dass diese Installationen immer wieder örtlich verändert werden müssten.
 Die Gewaltakte passieren ja nicht dort wo man sie denkt, sondern dort, wo Probleme und
 Konflikte entstehen, und dies geschieht überall dort, wo sich Menschen begegnen.
- Es müsste über diese Videoüberwachung genau und transparent in der Öffentlichkeit informiert werden. Dies hätte zur Folge, dass Effekt der Überwachung wieder eingeschränkt würde.
- Sie verhelfen nur zu einer Scheinsicherheit, vor allem darum, weil die Videobilder wohl kaum ständig bewacht werden und nicht unverzüglich eingegriffen werden kann.
- Weiter sind auch die Kosten sehr hoch. Für diese Kosten wäre ein grösserer Personaleinsatz viel wirkungsvoller, diese Sicherheitspersonen könnten auch grossräumig eingesetzt und immer wieder verschoben werden, je nachdem, wo sich was zeigt. Und man schafft erst noch Arbeitsplätze. Oder eine bessere und breitere Beleuchtung wäre viel wirkungsvoller und würde weniger kosten.
- Auf die umfassende Analyse über die Effektivität und über mögliche Auswirkungen der Videoüberwachung wurde bereits hingewiesen.

Das heisst, die Grünen setzen auf Prävention, auf mehr Investitionen in die Jugendarbeit, auf einen Sicherheitsdienst, der flexibel auf Situationen reagieren kann und auf Information der Bevölkerung, wie sie sich in heiklen Situationen zu verhalten hat.

Die Sprecherin ist der Meinung, dass der Bericht zum Postulat nicht zurückgewiesen werden kann. Wenn die SVP eine konkrete Umsetzung möchte, müsste sie eine Motion einreichen.

<u>Judith Luthiger</u> namens der SP dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht, der alle Fakten auf den Tisch legt und eine gute Entscheidungsgrundlagen gibt.

In Kriens gibt es an mehreren Orten Probleme, dass Leute am späten Abend laut herum johlen, ihren Abfall liegen lassen, Sachbeschädigungen verursachen und in dunkle Ecken urinieren. Leider ist dies nicht nur ein Krienser Problem, es ist eine unschöne Gesellschaftsentwicklung, die man nicht einfach mit dem Aufstellen von ein paar Kameras lösen kann. Die Kameras werden immer am "falschen" Ort montiert sein, und wenn eine Identifikation von Menschen nötig wird, so ist das Bild unbrauchbar und vor dem Richter als Beweismittel untauglich. Man verlagert das Problem einfach auf einen anderen Platz. Viele Kameras werden innert kurzer Zeit demoliert und müssten ersetzt werden. Der Kosten-Nutzen-Faktor geht absolut nicht auf. Man gaukelt den Leuten nur eine Scheinsicherheit vor und wirft viel Geld auf die Strasse. Mehrere Hunderttausend Franken für Kameras ist falsch investiertes Geld. Und vor allem ist das Geld nicht vorhanden. Wenn der Einwohnerrat jetzt in Hyperaktivismus verfällt und die Probleme an Hightech Kameras delegiert, gewinnt Kriens keine echte Sicherheit. Die beiden Tötungsdelikte hätten damit leider nicht verhindert werden können.

Vielmehr glaubt die SP, dass folgende 5 Massnahmen weitaus bessere und langfristig nachhaltigere Mittel sind mit dem Problem umzugehen und Lösungen zu finden:

- Geld in gezielte Jugendarbeit hinschauen statt wegschauen
- in bessere Bildungschancen für schulisch schwächere Jugendliche
- in Präventionsmassnahmen
- in gute Ausleuchtung der Plätze
- in vermehrte Kontrollen zu investieren

Junge Menschen brauchen Orte, wo sie sich treffen können. Sie sollen aber auch lernen sich an Regeln zu halten. Auch die Eltern sollen wieder vermehrt in die Verantwortung genommen werden. Wenn man in der Zeitung lesen muss, dass Kinder ihre Eltern schlagen, so ist dies eine bedenkliche Entwicklung.

Die SP ist der Meinung, Kriens soll abwarten bis das kantonale Gesetz vorliegt und nicht unnötige Arbeitsstunden in ein eigenes Krienser Reglement investieren. Gespannt darf man auch auf die Auswertung der Doktorarbeit zu Videoüberwachung sein. Der Gemeinderat könnte über die Forschungsergebnisse öffentlich berichten. Und zum Schluss noch dies: In England hat sich die Kriminalität, trotz extremer Videoüberwachung nur um 4 % reduziert.

Auch <u>Kathrin Graber</u> namens der CVP/JCVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen und umfassenden Bericht. Die Diskussion, ob Videokameras sinnvoll sind oder nicht, wurde bereits geführt. Der Einwohnerrat hat den Vorstoss als Postulat überwiesen. Der Gemeinderat hat seine Aufgabe mit der Prüfung wahrgenommen und kam zum Schluss, dass man auf das entsprechende Reglement des Kantons warten soll und nicht selber eine gesetzliche Grundlage produziert. Die CVP/JCVP-Fraktion wird dem Antrag der SVP nicht zustimmen. Mit dem Bericht ist alles geklärt.

<u>Beatrice Kiener</u> erwähnt, dass sie beim Amtsstatthalteramt arbeitet und oft damit zu tun hat. Es geht nicht nur darum, Verbrechen zu verhindern, sondern auch Täter zu finden. Aus diesem Grund sind Videokameras sicher sinnvoll.

Für <u>Alexander Wili</u> ist es richtig, dass der Gemeinderat zurzeit kein Reglement erlassen will, da der Kanton erst die Rechtsgrundlage schaffen muss und wird und es ist noch nicht klar, was damit alles geregelt wird. Die Begründung des Gemeinderates hat den Sprecher aber nicht überzeugt. Der Bericht liest sich wie ein Schutz für Täter. Der Datenschutz wird übertrieben. Fraglich ist, ob das Postulat abgeschrieben werden soll. Es wäre klüger, den Vorstoss nicht abzuschreiben, sondert erst definitive Entscheide zu fällen, wenn die kantonalen Bestimmungen vorliegen und nur einstweilen auf ein Reglement zu verzichten.

Gemäss <u>Cyrill Wiget</u> kann die SVP die Nichtabschreibung des Postulats beantragen. Der Vorstoss forderte klar, eine Rechtsgrundlage zu erarbeiten. Dieser Auftrag macht aber zurzeit keinen Sinn, weil der Kanton ein Reglement erstellt, welches von allen Gemeinden in Zukunft angewendet werden kann. Ein eigenes Reglement braucht es nicht, insofern ist die Forderung des Postulats obsolet. Weiter hat der Gemeinderat den Bericht im Rahmen der Sicherheitspolitik zusammen mit der Polizei erarbeitet. Es kann nicht sein, dass eine Massnahme gegen die andere ausgespielt wird. Keine Massnahme ist falsch.

<u>Johanna Dalla Bona</u> will wissen, was eine Nichtabschreibung des Postulats zur Folge hat. Der Gemeinderat hat ja bereits einen Bericht verfasst.

<u>Guido Solari</u> antwortet, dass der Bericht im Kompetenzbereich des Einwohnerrats liegt. Darum ist es möglich, das Postulat nicht abzuschreiben. In diesem Fall müsste der Gemeinderat innert 6 Monaten nochmals einen Bericht verfassen.

<u>Erich Tschümperlin</u> erwähnt, dass das Postulat kein Reglement, sondern die Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage verlangt. Er sympathisiert nicht auf ein Reglement auf Vorrat. Wenn der Kanton sein Reglement erstellt hat, kann Kriens dem nachziehen, sofern dies noch nötig ist.

Guido Solari stellt fest, dass gesetzliche Grundlagen auf kommunaler Ebene Reglement sind.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Thalmann: Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens (Nr. 050/09):

Mit 17:16 Stimmen wird das Postulat nicht abgeschrieben.

Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	nein
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	nein

10. Bericht Postulat Hauser: Präventionsprojekt "sensor - erkennen und handeln": Beteiligung von Kriens Nr. 065/09

<u>Bernadette Hauser</u> bedankt sich beim zuständigen Gemeinderat und Departement für den Bericht. Gemäss diesem besteht in Kriens eine Task Force, eine Art Runder Tisch, an dem die Schulsozialarbeit, die Jugendanimation, die Polizei und das Vormundschaftssekretariat beteiligt sind. Dieses Krienser Modell wird von "sensor" als Beispiel genutzt, wie ein Früherkennungsinstrument aussehen kann.

Die Sprecherin findet es erfreulich, ist aber irritiert, dass die Projektleiterin von "sensor" bei ihrer Nachfrage im Frühling 2009 erwähnt hat, dass kein Kontakt zu Kriens bestehe in Bezug auf "sensor" und dass dieser erwünscht wäre. Die Task Force trifft sich regelmässig, bespricht aktuelle Tendenzen, legt fest, wo Massnahmen getroffen werden müssen und wer dafür zu-

ständig ist. Wie im Bericht festgehalten, fehlt ein konkreter gemeinsamer Massnahmeplan und die Handlungsleitfäden dazu. Bernadette Hauser würde es sehr begrüssen, wenn die erwähnten Verbesserungsmöglichkeiten aufgenommen würden. Mit einem gemeinsamen Massnahmenplan könnten Doppelspurigkeiten und Überschneidungen vermieden und frühzeitig reagiert werden. In diesem Zusammenhang möchte sie anregen, eine gemeinsame Haltung in Bezug auf das Amts-, bzw. Berufsgeheimnis aller Beteiligten zu erarbeiten und festzulegen. Dies ist gemäss ihrer Rückfragen eine Pendenz.

Bernadette Hauser dankt den beteiligten Instanzen, wenn die Anregungen aus dem Bericht aufgenommen und umgesetzt werden.

Für <u>Cyrill Wiget</u> ist Task Force eine gute Sache und es fanden schon viele Gespräche statt. Bei den Forderungen ist es aber auch immer eine Frage der Ressourcen und diese hat Kriens zurzeit nicht. Es wäre toll, wenn auch die Krienser Task Force vernetzt und Massnahmenpläne ausgearbeitet werden könnten. Aber wie gesagt, es fehlen die Ressourcen dazu und diese müssten vom Einwohnerrat gesprochen werden.

11. Bericht Postulat Nyfeler: Keine Ausbeutung mit unseren Steuergelder Nr. 287/09

Mario Urfer spricht im Namen von Nicole Nyfeler. Die SP will soziale, ökologische Bedingungen für eine faire Beschaffung von Güter und Dienstleistungen. Nachhaltige Beschaffung ist ein Gebot der Zeit. Sie verlangt von den Beschaffungsverantwortlichen, den Blick zu öffnen, ökologische und soziale Aspekte zu beachten und zu gewichten und an die Zukunft zu denken. Dass der Gemeinderat einen Entwurf, eine Weisung, für die Beschaffung und Einkauf vor legt, ist ja schön, die SP will aber, dass die Absichtserklärung, so weit wie möglich Umgesetzt wird.

Gemäss <u>Paul Winiker</u> hat der Gemeinderat das Postulat zum Anlass genommen, die ganze Rechtsgrundlage zu überprüfen und zurzeit ist man daran, Weisungen zum Beschaffungswesen zu erstellen. Der Gemeinderat will auch ökologische und soziale Aspekte bei den Beschaffungen miteinbeziehen. Es gibt Ausschlussgründe, wenn Lieferanten gewisse Kriterien nicht erfüllen und es gibt Zuschlagskriterien. Der Gemeinderat will seinen Spielraum ausnützen.

Gemäss <u>Maurus Frey</u> ist der Bericht zum Postulat vom 6. Januar 2010 und für ihn nicht sehr ambitioniert, was die ökologische Beschaffung betrifft. Vielleicht liegt es auch nur am Sprachstil. Anders liest sich dafür die Beantwortung der Interpellation betreffend Chinagranit, welche vom Baudepartement verfasst wurde. Das Finanzdepartement hat die Fäden in der Hand. Maurus Frey will in dieser Sache die Stossrichtung des Gemeinderates wissen. Der Wille des Parlaments ist klar.

Am 1. Januar 2010 hat der Bund eine neue Verordnung betreffend Beschaffungswesen erlassen. Darin sind die Forderungen von Mario Urfer enthalten. Der Sprecher verlangt vom Gemeinderat mehr Herzblut in diese Richtung.

Wenn <u>Peter Portmann</u> das Postulat liest, kommt es ihm vor wie eine sozialistische Forderung aus den Anfängen des letzten Jahrhunderts. Offensichtlich hat die SP noch nicht realisiert, dass sich die Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges radikal verändert hat. Mit diesem Postulat fordert die SP nur Produkte zu beschaffen, welche den Nachweis erbringen, dass diese unter sozialgerechten Bedingungen hergestellt wurden. Das fordert auch die SVP.

Der Sprecher weist auf die Interpellation der SVP betreffend China-Granit für die Südstrasse hin. Auch der SVP liegt es am Herzen, dass Gemeinden und Kantone sich für faire Beschaffung von Produkten einsetzen. Wie es die China-Granit-Interpellation aufzeigt, setzt sich auch die SVP neben sozialverträglichen Massnahmen auch für umweltschützende Belange ein. Der SAH-Leitfaden kennt Peter Portmann nicht und interessiert ihn auch nicht. Wichtig ist, dass man den gesunden Menschenverstand walten lässt und keine neuen Vorschriften erlässt.

Die SVP-Fraktion unterstützt die Begründung des Gemeinderates, wonach der Gegenstand des Postulates im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt und als erledigt zu betrachten ist. Mit Ausbeutung von Steuergeldern hat das Beschaffungsregime des Kantons und der Gemeinde überhaupt nichts zu tun.

Gemäss <u>Maurus Frey</u> hat der Eingriff ins Submissionsverfahren nicht nur von und für die Region zu tun. Es sind auch noch andere Kriterien zu berücksichtigen. Zudem hat Peter Portmann damals der Überweisung des Postulats Nyfeler zugestimmt.

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt und somit mit dem Bericht als erledigt gilt.

12. Postulat Achermann: Pro Jahr eine Gratisbenützung einer gemeindeeigenen Räumlichkeit, für alle in Kriens ortsansässigen Vereine Nr. 119/09

Das Geschäft ist abtraktandiert.

13. Postulat Heini: Kostenpflichtige Dienste auf Privatstrassen

Nr. 120/09

Für <u>Martin Heini</u> hat die Begründung – nachdem das Geschäft dreimal abtraktandiert werden musste und nun kein Schnee mehr liegt – einen schweren Stand. Er bittet den Rat sein Postulat aus folgenden Gründen zu überweisen:

- Das Schneepflügen ist eine Dienstleistung, wie der Strassenreinigungsdienst oder die Glatteisbekämpfung, bei denen ist die Forderung längstens erfüllt.
- Die Schneeräumung ist nicht eine eigentliche Gemeindeaufgabe. Sie kann auch von Privaten durchgeführt werden, was in der Peripherie denn auch geschieht.
- Die Verantwortung der Schneeräumung auf privatem Grund obliegt den Grundeigentümern.
- Die administrativen Prozesse, wie Bestellen der Dienstleistung, Protokollieren der Ausführung sowie der Fakturierung sind alle bestehend.

Es gibt in Kriens etwa 150 private Strassen. Es ist somit ein Potential vorhanden. Etwa 35 Strassen werden durch die Gemeinde im Auftragsverhältnis auch gegen Verrechnung gesalzen.

Es scheint dem Sprecher eine reine Goodwillaktion der Gemeinde zu sein – ein alter Zopf, wenn auch ein sympathischer. Ein "Service public" ohne grosse Publicitis wird wohl kaum von den Betroffenen anerkannt. Zudem spricht der Einwohnerrat immer von den fehlenden Finanzen. Es ist nur sachlogisch, wenn – wie an der Budgetdebatte von allen Seiten erkannt – auch die Finanz-Zufluss-Seite der Gemeinde betrachtet und verbessert wird. Martin Heini erachtet

die finanzielle Situation als zu schwerwiegend, als dass weiterhin auf diese Einnahmen verzichtet werden soll.

<u>Matthias Senn</u> stellt fest, dass es nur noch um die Schneeräumung geht. Der Rest ist erfüllt. Viele Grundeigentümer nehmen ihre Verantwortung wahr und bekämpfen das Glatteis. Wenn die Schneeräumung nicht mehr durch die Gemeinde erledigt würde, hätte dies viele negative Rückmeldungen zur Folge. Kriens hat Privatstrassen, auf welchen ein höheres Verkehrsaufkommen herrscht.

Für <u>Bernadette Hauser</u> namens der CVP/JCVP-Fraktion scheint das Anliegen auf den ersten Blick sympathisch und das Ziel, mehr Einnahmen zu generieren ist unterstützenswert. Die Mehreinnahmen von Fr. 5'000 bis Fr. 10'000 pro Jahr wären willkommen. Gemäss Begründung des Gemeinderates scheint jedoch die Weiterverrechnung an die Privaten aufwändig, was bedeutet, dass Aufwand und Ertrag in keinem vernünftigen Verhältnis wären (in Bezug auf die vielen Privatstrassen). Zudem könnten komplizierte Verrechnungssituationen und auch Ungerechtigkeiten entstehen, wenn nur die AnwohnerInnen bezahlen müssten, aber beispielsweise auch andere BenützerInnen wie z.B. Velofahrende, die Privatstrassen stillschweigend benützen dürfen und ebenfalls froh sind, geräumte Strassen vorzufinden, ohne einen Beitrag zu leisten.

Gemäss <u>Bruno Bienz</u> stimmen die Grünen bei diesem Postulat nicht einheitlich. Es gibt verschiedene Pro und Contra. Grundsätzlich gehen sie mit dem Postulanten einig, dass nach der Budgetdiskussion im Einwohnerrat alle Einnahmen und Ausgaben angeschaut werden müssen. Sie sind aber auch der Ansicht, dass die Gemeinde einen starken Service Public anbieten soll. Dazu gehören auch die Strassen. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort bemerkt hat, hat die Gemeinde Kriens viele Privatstrassen. Die Vorteile für die Gemeinde sind da sicher die Kosten. Der Unterhalt und die Reparaturen müssen von den Grundeigentümern getragen werden. Es gibt einige Hauseigentümer, die sogar zwei Strassengenossenschaften angehören und bezahlen müssen. Daher ist es sicher richtig, dass die Gemeinde einen Obolus dazu beiträgt. Im Rahmen von Sparbemühungen für einen ausgeglichenen Voranschlag 2003 wurden bereits die Subventionen für die Strassengenossenschaften von 30 auf 25 Prozent gekürzt. Für den Strassenunterhalt im Winter (Salzen) werden für 115 Meter Strasse pro Fahrt 50.00 Franken verrechnet. Zudem kostet eine einmalige Reinigung der Strasse vom Winterschmutz im Frühling nochmals 244.00 Franken.

Daher sind die Grünen teilweise, wie der Gemeinderat, der Meinung, dass die Schneeräumung zum Service Public gehört. Für Velofahrer wird es in Quartierstrassen nach einem Schneefall sehr schwierig und gefährlich, auf signalisierten Radwegen notabene, sich ohne Sturz fortzubewegen. Diese werden leider meistens vergessen, obwohl diese als Radrouten signalisiert sind. Hier muss mehr gemacht werden. Nicht nur schlecht geräumte Strassen, auch Trottoirs bergen vor allem grosse Sturz-Gefahren für ältere Menschen. Ein Sturz mit Schenkelhalsbruch kostet die Allgemeinheit mehr als die Ersparnisse dieses Postulats. Kosteneinsparungen bringen nach Meinung der Grünen noch andere Methoden mit weniger Salzverbrauch. Daher haben die Grünen ein Postulat zu diesem Thema eingereicht.

<u>Peter Portmann</u> namens der SVP unterstützt die Haltung des Gemeinderates und lehnt das Postulat ab. In der Gemeinde Kriens gibt es unzählige Strassengenossenschaften, welche die Dienste der Gemeinde in Anspruch nehmen und dies nicht gratis. Der Sprecher nennt dafür ein Beispiel der Strassengenossenschaft, welcher er angehört. Weiter weist er darauf hin, dass die Schneeräumung und Glatteisbekämpfung bei Privatstrassen immer am Schluss an die Reihe kommen.

<u>Martin Heini</u> stellt fest, dass verschiedene Voten genannt wurden, welche er nicht ganz versteht. Er spricht von Schneeräumungen auf Privatstrassen. Er möchte den Unterschied zwischen den Reinigungsmaschinen und einem bestellten Schneepflug wissen und bittet den Rat, in der Einheit der Materie, dass auch die Schneeräumung und Glatteisbekämpfung fakturiert werden.

<u>Bruno Bienz</u> stellt fest, dass viele Velowege auch durch Quartierstrassen, d.h. auf Privatstrassen sind.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> kann auf die Glatteisbekämpfung verzichtet werden, jedoch nicht auf die Schneeräumung. Bei öffentlichen Fahr- und Fusswegen muss die Gemeinde für die Schneeräumung besorgt sein.

Bruno Bienz betont, dass die Velowege nur teilweise vom Schnee befreit werden.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Nr. 120/09: Mit 23:6 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Günter, Michael	Enthaltung
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	Enthaltung
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	n.t.
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	Enthaltung

<u>Viktor Bienz</u> unterbricht die Sitzung für die Nachmittags-Pause von 16:00 Uhr bis 16:15 Uhr.

14. Postulat Urfer: Mehr Sicherheit für die Überquerung der Strasse bei der Johanneskirche Nr. 122/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> nimmt der Gemeinderat das Postulat entgegen und ist für Überweisung. Er fragt, ob jemand eine Diskussion wünscht.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

15. Interpellation Portmann/Rey: China-Granit für die Südstrasse Nr. 100/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob Peter Portmann bzw. Louis Rey mit der Beantwortung zufrieden oder ob sie oder jemand anderes das Wort verlangen.

Louis Rey verlangt das Wort.

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Louis Rey dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Der Gemeinderat erwähnt in der Beantwortung, dass der Schalenstein Granit Typ 12 Spez nur aus chinesischer Produktion erhältlich ist. Seiner Information nach ist dieser Stein aber auch aus Portugal oder aus der Türkei lieferbar. Die Stadt Zürich und der Kanton Schwyz verlangen bei Offerten oder Submissionen vom Unternehmer, dass Bruchsteine ausschliesslich aus dem europäischen Alpenraum zu beziehen sind.

Gemäss Mario Urfer weichen immer mehr Gemeinden von ihrer Praxis ab, bei einem öffentlichen ausgeschriebenen Auftrag dem billigsten Angebot den Zuschlag zu geben. Die Stadt St. Gallen beispielsweise verlangt für ihre Bauvorhaben Natursteine, welche nachweislich aus Europa stammen und schreiben ihre Bauvorhaben entsprechend aus. Damit nimmt St. Gallen Mehrkosten gegenüber vergleichbaren Produkten aus Asien in Kauf. Schön, wenn das Parlament bei politischen Entscheiden und bei Kostenfragen dies berücksichtigt und an die KMU's denkt.

<u>Mirjam Kalt</u> möchte wissen, welches Interesse oder Anliegen hinter der vorliegenden Interpellation steht. Es ist ihr nicht ganz klar, da das Postulat Nyfeler "Keine Ausbeutung mit unseren Steuergelder" abgelehnt wurde. Dies ist ein Gegensatz.

Peter Portmann bemerkt, dass die SVP auch eine soziale Verantwortung wahrnimmt.

<u>Mirjam Kalt</u> bemerkt, dass es darum geht, einheimische Produkte einzusetzen. Die ist eine sehr einseitige Sichtung. Beim Postulat Nyfeler geht es um globalere, komplexere Geschichten. Sie bittet die SVP um ein weiteres Denken.

Für <u>Peter Portmann</u> ist der Einwohnerrat der falsche Ort, um politische Manifestationen auszuüben. Jeder hat seine eigene Meinung.

<u>Matthias Senn</u> dankt für den Hinweis, dass die Stadt Zürich und der Kanton Schwyz Bruchsteine aus dem europäischen Raum beziehen. Es ist gut, dass über diesen Grundsatz diskutiert wird. Dieser kann in das neue Einkaufsreglement übernommen werden.

<u>Maurus Frey</u> führt aus, dass man nicht unschuldig ist an der Entwicklung, dass lokale Unternehmen auf der Strecke bleiben. Man probiert die Preis-Niveaus jeweils so zu drücken, dass "aus der Region für die Region" nicht mehr funktionieren kann.

16. Postulat Wili: Ortstafel

Nr. 125/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> nimmt der Gemeinderat das Postulat entgegen und ist für Überweisung. Er fragt, ob jemand eine Diskussion wünscht.

<u>Kathrin Graber</u> opponiert namens der CVP/JCVP-Fraktion gegen die Überweisung, da das Postulat Wili unnötig ist, weil die Ortstafel für die Grenze nicht massgebend ist. Daher muss die Tafel nicht verschoben werden. Aus der Begründung des Gemeinderates geht hervor, dass dies eine grössere Sache wäre und einige Arbeitsstunden bei der Verwaltung und Kosten verursachen würde, da sogar noch der Bund damit bemüht werden müsste. Wenn man keine anderen Probleme mehr hätte, als darüber zu diskutieren, ob die Ortstafel zu verschieben sei, so ginge es der Gemeinde Kriens wirklich sehr gut. Die CVP/JCVP-Fraktion ist gegen die Überweisung des Postulats, da damit unnötige Arbeit und Kosten gespart werden können.

<u>Erich Tschümperlin</u> möchte wissen, wie hohe Kosten, nebst der Arbeit der Gemeindeangestellten, entstehen würden.

<u>Daniel Piazza</u> verweist auf ein Projekt des Ortsmarketingvereins "Lust auf Kriens", welches Mitte 2009 gestartet wurde. Es geht dabei um einen Wettbewerb, wie die Ortseingänge kreativ und lustvoll neugestaltet werden können. Dieser wird noch dieses Jahr ausgeschrieben. Alle werden dazu eingeladen, Vorschläge einzureichen. Eine Jury wird dann – auch in Einbezug der Gemeinde – darüber befinden. Deshalb und auch aus weiteren Gründen kann er den Vorstoss nicht untersützten. Er möchte nicht einfach eine Ortstafel oder einen grauen Grenzstein, sondern etwas Einladendes und Kreatives. Wenn es bereits ein Public Private Partnership-Projekt gibt, das sich diesem Anliegen annimmt, muss die Gemeinde nicht auch noch ein Projekt starten und neue Kosten generieren. Das Projekt von "Lust auf Kriens" ist schliesslich für die Gemeinde.

<u>Matthias Senn</u> schätzt die Kosten auf Fr. 2'000.00 bis 3'000.00. Die Tafel an der Luzernerstrasse kann demontiert und an einem anderen Ort wieder montiert werden. Intern schätzt er

ebenfalls einen Aufwand von ca. Fr. 2'000.00 bis 3'000.00. Das Argument, dass bei einem Vorfall die falsche Polizei kommt, liegt nicht mehr vor, da es nur noch die Luzerner Polizei gibt. Wenn das Eichhof-Areal überbaut wird, wäre es korrekt, wenn dann die Ortstafel verschoben wird, damit ersichtlich ist, dass das Eichhof-Areal zur Gemeinde Kriens gehört.

Abstimmung

Mit 17:12 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Betschart, Daniel ja Bienz, Bruno nein Bründler, Anton ja Bründler, Josef ja Brunner, Joe Enthaltung Camenisch, Räto ja Dalla Bona, Johanna ja Erni, Roger ja Fluder, Hans ja Frey, Maurus ja Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heiz, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Miller, Ursula nein	Baumgartner, Werner	nein
Bienz, Bruno nein Bründler, Anton ja Bründler, Josef ja Brunner, Joe Enthaltung Camenisch, Räto ja Dalla Bona, Johanna ja Erni, Roger ja Fluder, Hans ja Frey, Maurus ja Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin nein Heiz, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Mäller, Ursula nein		
Bründler, Anton Bründler, Josef Brunner, Joe Enthaltung Camenisch, Räto Dalla Bona, Johanna Erni, Roger Fluder, Hans Frey, Maurus Graber, Kathrin Günter, Michael Hauser, Bernadette Heini, Martin Heiz, Martin Kalt, Mirjam Kaufmann, Christine Kiener, Beatrice Koch, Patrick Konrad, Simon Lammer, Thomas Luthiger, Judith Müller, Ursula Enthaltung ja Enthaltung ja Enthaltung ja Enthaltung ja Enthaltung ja Enthaltung ja Frey, Marus ja Frey, Maurus ja Inein Fein ja Luthiger, Judith Inein Marbacher, Monika Inein Nein Müller, Ursula Inein		1.3
Bründler, Josef ja Brunner, Joe Enthaltung Camenisch, Räto ja Dalla Bona, Johanna ja Erni, Roger ja Fluder, Hans ja Frey, Maurus ja Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin nein Heiz, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula		-
Brunner, Joe Enthaltung Camenisch, Räto ja Dalla Bona, Johanna ja Erni, Roger ja Fluder, Hans ja Frey, Maurus ja Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin nein Heiz, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein		
Camenisch, Räto ja Dalla Bona, Johanna ja Erni, Roger ja Fluder, Hans ja Frey, Maurus ja Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin nein Heiz, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula		J -
Dalla Bona, Johanna ja Erni, Roger ja Fluder, Hans ja Frey, Maurus ja Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Müller, Ursula nein		
Erni, Roger ja Fluder, Hans ja Frey, Maurus ja Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Müller, Ursula nein		J
Fluder, Hans ja Frey, Maurus ja Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Müller, Ursula nein		J.
Frey, Maurus ja Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula		-
Graber, Kathrin nein Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin nein Heiz, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein	,	
Günter, Michael ja Hauser, Bernadette nein Heini, Martin nein Heiz, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein		J -
Hauser, Bernadette nein Heini, Martin pia Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein		
Heini, Martin nein Heiz, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein		
Heiz, Martin ja Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein		
Kalt, Mirjam nein Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein	_ · · · · ·	
Kaufmann, Christine nein Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein		,,
Kiener, Beatrice ja Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein		
Koch, Patrick ja Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein	Kaufmann, Christine	nein
Konrad, Simon ja Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein	Kiener, Beatrice	ja
Lammer, Thomas ja Luthiger, Judith n.t. Maldonado, Jennifer nein Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein		ja
Luthiger, Judithn.t.Maldonado, JenniferneinMarbacher, MonikaneinMüller, Ursulanein		ja
Luthiger, Judithn.t.Maldonado, JenniferneinMarbacher, MonikaneinMüller, Ursulanein	Lammer, Thomas	ja
Marbacher, Monika nein Müller, Ursula nein		n.t.
Müller, Ursula nein	Maldonado, Jennifer	nein
	Marbacher, Monika	nein
Nyfolor Nicolo n t	Müller, Ursula	nein
INVICIOI, INICOIC H.L.	Nyfeler, Nicole	n.t.
Piazza, Daniel nein	Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter ja	Portmann, Peter	ja
Rey, Louis ja	Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich nein		nein
Urfer, Mario Enthaltung		Enthaltung
Wili, Alexander ja		

17. Interpellation Portmann: Abgewiesene Asylbewerber in der Gemeinde Kriens Nr. 098/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob Peter Portmann mit der Beantwortung zufrieden ist oder ob er oder jemand anderes das Wort verlangt.

Peter Portmann verlangt das Wort.

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Für Peter Portmann steckt die Beantwortung der Interpellation voller Widersprüche und zeigt, dass sich der Gemeinderat völlig bedeckt hält. Er nennt ein Beispiel, als die Gemeindepräsidentin völlig aufgelöst an die KiZ-Sitzung vom 9. Januar 2009 kam, weil die Kantonspolizei die Familie Arab ausschaffen wollte. Das widerspricht völlig der Beantwortung von Frage 1 und 2. Er kann es einfach nicht glauben, dass die Gemeindebehörde keine Kenntnisse über abgewiesene Asylgesuche hat. Sollte es wirklich so sein, dann ist die Exekutivbehörde unfähig, die Gemeinde zu führen und müsste sofort ausgewechselt werden. In der Antwort der Frage 4 wird dargestellt, dass der Sozialvorsteher mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement in Kontakt steht. Dieser Kontakt besteht bereits seit über einem Jahr und die Familie Arab ist immer noch illegal im Land. Bei der Beantwortung der Frage 6 ist zu lesen, dass verschiedene Institutionen an der Unterstützung der Familie Arab involviert sind. Sogar die Schulkosten werden von der Gemeinde Kriens getragen. Der Kern der Frage wird jedoch nicht beantwortet. Er wollte wissen, in welchem Umfang die Familie von der Gemeinde Kriens unterstützt wird. Bei der Antwort der Frage 7 wird der "schwarze Peter" allen möglichen Behörden zugeschoben. Man spricht sogar von einem Ausschaffungsverbot. Wer aber ein solches Verbot verfügte, steht nirgends. Da stellt sich die Frage, ob ein Ausschaffungsverbot überhaupt legitim ist, nachdem die Migrationsbehörde die Ausschaffung angeordnet hat. Zur Frage 8 möchte er wissen, ob es wirklich keine weiteren Fälle von abgewiesenen Asylbewerbern gibt und ob die Kinder von illegalen Asylanten nicht zur Schule gehen. Tatsache ist, dass sich immer mehr Ausländer illegal in der Schweiz aufhalten. Nette und linke Politiker und Politikerinnen nennen die frechen Eindringlinge beschönigend "Sans Papiers" und hätscheln sie nach Kräften. Tatsache ist auch, dass sich in der Schweiz 80'000 bis 300'000 Illegale aufhalten. Diese Zahl entnahm er einer Studie des Bundesamts für Migration im Jahr 2004. Das Forschungsinstitut gfs.bern rechnet mit 90'000 Papierlosen (Quelle: swissinfo.ch). Mit diesem Verhalten setzen die Behörden falsche Zeichen. Es werden Wirtschaftsflüchtlinge geschützt und diejenigen, die wirklich Asyl brauchen, bleiben auf der Strecke. Die sogenannten "Sans Papiers" sind nichts anderes als illegale Wirtschaftsflüchtlinge und gehören ausgeschafft. Im Jahr 2004 hat das Volk an der Urne die von der SVP verlangte Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts gutgeheissen. Das Verhalten der linken und halblinken Exekutivbehörden trägt dazu bei, dass der Wille des Souveräns umgangen wird. Auch hier in Kriens.

Helene Meyer-Jenni hält fest, dass die Gemeinde bei der Aufnahme und Zuweisung des Aufenthaltsstatus oder Aufnahme von Asylbewerbenden, Flüchtlingen usw. keine Kompetenz und Verantwortung hat. Die Aussage, dass sich der Gemeinderat hinter dieser Angelegenheit versteckt oder Unwahrheiten ausspricht, weist sie namens des Gemeinderates in aller Form zurück. Die Aufruhr anlässlich der KiZ-Sitzung vom 9. Januar 2009 bestand darin, dass die Familie Arab an diesem Morgen um 06.00 Uhr hätte ausgeschafft werden sollen. Die Lehrpersonen der Kinder haben sich dann bei der Gemeinde gemeldet. Da die Familie im Zentrum von Kriens wohnt, haben zahlreiche Passanten das Grossaufgebot der Polizei miterlebt. Die Gemeindebehörde weiss nie, wann eine Ausschaffung passiert. Dem Gemeinderat zu unterstellen, dass dieser informiert war, ist nicht korrekt. Die Lehrpersonen haben sich aufgrund der Betroffenheit und Unverständnis an die Gemeinde gewendet. Die Gemeinde ist verpflichtet, Kinder, unabhängig von ihrem Status, in der Schule zu unterrichten. Die Gemeinde ist informiert, wenn die Kinder den Status "Asylsuchend" oder "Flüchtling" haben. Über den Rest hat man aber keine Kenntnis. Diese Kinder gehen zur Schule und man erhält den Pro-Kopf-Beitrag des Kantons. Es fallen normale Kosten für die Gemeinde an. Es wird aber kein Geld an die Familie Arab bezahlt. Der Gemeinderat steht für die Verantwortung und Kompetenz gerade, welche ihm zusteht. Die Gemeinde kann kein Ausschaffungsstop festlegen. Nach der eingegangenen Petitionen für die Familien in Kriens sowie auch in Luzern stellt der Kanton ein Gesuch an den Bund um Erteilung einer humanitären Aufenthaltsbewilligung. Dies ist im Moment am Laufen. Nach Wissen des Gemeinderates liegt aber noch kein Entscheid vor.

Für <u>Mirjam Kalt</u> ist die Beantwortung des Gemeinderates sehr gut nachvollziehbar. Zum Teil gehen Kinder illegal zur Schule. Es ist wichtig, dass auch solche Kinder in die Schule gehen können. Die Bildung ist ein elementares Menschenrecht. Es gibt auch viele Leute, welche illegal arbeiten.

<u>Peter Portmann</u> bemerkt, dass es nicht möglich ist, dass Passanten und Kinder die Ausschaffung um 06.00 Uhr morgens mitbekommen haben.

Helene Meyer-Jenni erklärt, dass eine Ausschaffung nicht innerhalb von fünf Minuten passiert. Die genaue Uhrzeit des Aufgebots weiss sie nicht genau. Sie erhielt über den Verlauf eine persönlich Rückmeldung des zuständigen Mitarbeiters des Amts für Migration. Es war eine sehr schwierige Situation. Die Familie habe sich gegen die Ausschaffung sehr gewehrt und es ging nicht ganz sanft zu und her. Daraufhin haben sich Lehrpersonen gemeldet, da sie dies sehr beschäftigte. Die Lehrpersonen sorgten sich, was sie der Klasse erzählen sollen. Die betreffenden Kinder gehen nicht illegal zur Schule, sondern sie haben einen illegalen Status. Sie selber war verpflichtet, einerseits vom Rektorat, andererseits vom Departement, einen Augenschein zu nehmen, was genau los ist.

<u>Monika Marbacher</u> bemerkt, dass man bei der Überweisung des Vorstosses darauf hingewiesen hat, dass dies auf Bundes- und nicht auf Gemeindeebene geregelt werden muss. Die vorliegende Beantwortung ist umfassend und korrekt. Der Interpellant wirft nun noch andere Fragen auf betreffend Asylsgesuch und "Sans Papiers".

<u>Peter Portmann</u> fragt, ob die Familie in der Zwischenzeit ausgeschafft wurde.

<u>Erich Tschümperlin</u> spürt ein Missvertrauen von Peter Portmann. In den Ausführungen von Helene Meyer-Jenni wittert man falsche Aussagen. Er glaubt, dass so viel gegenseitige Wertschätzung vorhanden sein muss, dass man einander nicht anschwindelt. Er bittet um mehr gegenseitiges Vertrauen und Respekt; auch gegenüber den Wirtschaftsflüchtlingen.

<u>Helene Meyer-Jenni</u> antwortet, dass die Familie immer noch hier ist und die Kinder zur Schule gehen. Das zuständige kantonale Departement hat ein Gesuch an das Bundesamt für Migration eingereicht. Dieses wurde ihres Wissens aber noch nicht abschliessend behandelt. Das Verfahren ist also noch nicht abgeschlossen. In dieser Behandlung spielt die Gemeindebehörde, wie bereits erwähnt, keine Rolle.

18. Interpellation Graber: Massnahmen zur Verhinderung von Veranstaltungen auf Privatgrund, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden Nr. 107/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob Kathrin Graber mit der Beantwortung zufrieden ist oder ob sie oder jemand anderes das Wort verlangt.

<u>Kathrin Graber</u> ist mit der Beantwortung zufrieden. Da seit der Beantwortung aber einige Monate vergangen sind, hat sie dazu noch eine Anschlussfrage.

<u>Viktor Bienz</u> stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

<u>Kathrin Graber</u> möchte wissen, ob die Abklärung beim Kanton betreffend Zuständigkeit der Regelung bereits vorgenommen wurde und welche Auskünfte man erhielt.

<u>Cyrill Wiget</u> antwortet, dass man der Auffassung ist, dass der Kanton eine entsprechende Verordnung erstellen muss. Man hat bereits Kontakt aufgenommen. Diese Frage wird auch im Zusammenhang mit einem weiteren Vorstoss beantwortet und wird in den nächsten Tagen im Extranet aufgeschaltet.

19. Postulat Wili: Verselbständigung von Gemeindebetrieben Nr. 127/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> nimmt der Gemeinderat das Postulat entgegen und ist für Überweisung. Er fragt, ob jemand eine Diskussion wünscht.

<u>Bruno Bienz</u> teilt mit, dass die Grüne-Fraktion der Überweisung opponiert und eine Verselbständigung von Gemeindebetrieben aus folgenden Gründen klar ablehnt:

Wasserversorgung:

Bei der Revision der Gemeindeordnung hat die FDP die Wichtigkeit der Wasserversorgung klar unterstrichen. Gemäss Gemeindeordnung § 50 Abs. 2 ist festgehalten: "Die Wasserversorgung kann nicht an externe Leistungserbringer übertragen werden. Vorbehalten bleibt die Zusammenarbeit." Zudem ist es eine Spezialfinanzierung und der Nutzen sehr fraglich.

Feuerwehr:

Auch hier gibt es eine Spezialfinanzierung. Diese wird durch die Feuerwehrsteuer von 2 ‰ gespiesen. Dieser Satz ist der tiefste im Kanton. Was soll also der Vorteil einer Verselbstständigung sein?

Altersheim Grossfeld:

Hier wird im Rahmen des Projekts "Beratung, Betreuung, Pflege" der Gemeinde Kriens diese Option bei allen Heimen bereits geprüft. Da noch nicht klar ist, welcher Verwendungszweck das Grossfeld in Zukunft hat, braucht es auch keine Verselbständigung.

Hallenbad und Schwimmbad:

Eine Verselbständigung des Hallen- und Schwimmbades lehnt man klar ab. Die Erfahrung mit dem Auslagern des Restaurants im Schwimmbad in der letzten Saison war ein Flop. Mit einer Verselbständigung des Schwimm- und Hallenbades müssten die Eintrittspreise massiv erhöht werden. Nur so lässt sich eine Badi nach Investitionen von Fr. 13 Millionen wirtschaftlich rechnen. Für die Grüne-Fraktion gehört die Badi und das Hallenbad auch zur Attraktivität der Gemeinde und darum zum Service Public.

Pflegeheim:

Man ist überhaupt noch nicht sicher, ob es überhaupt ein neues Pflegeheim braucht. Dies wird wiederum mit dem bereits erwähnten Projekt abgeklärt.

Nach der Meinung der Grünen hat das Auslagern in den wenigsten Fällen Einsparmöglichkeiten zur Folge. Es ist reine Augenwischerei. Die Kosten werden umgeschichtet und am Schluss zahlen immer die Steuerzahler, Konsumenten oder die Mitarbeitenden. Daher lehnt die Grüne-Fraktion die Überweisung dieses Postulates klar ab.

<u>Joe Brunner</u> führt aus, dass der Titel des Vorstosses mit "Realität und Wirklichkeit" zu bezeichnen wäre. Realität deshalb, weil genau 100 % andere Aussagen von der FDP gemacht wurden. Bei der neuen Gemeindeordnung, welche in der ersten Lesung vom 30./31. Mai 2007 unter seinem Präsidialjahr im Parlament war, zitiert er nochmals einige Voten zum § 48 "Übertragung von Aufgaben" der Gemeindeordnung:

- Rolf Bättig namens der FDP: "Wasser ist ein wichtiges Gut der Gemeinde. Es gibt der Ehrlichkeit Effekt, wenn die Wasserversorgung in der Gemeindeordnung verankert ist. Weiter versteht die FDP das Thema Wasser als sensiblen Bereich. Die FDP steht für Lebensqualität, wie es ihr Logo zeigt. Wasser ist Lebensqualität. Wenn die Wasserversorgung privatisiert wird, spart man sicherlich im Unterhalt und das will man nicht."
- Die SVP mit dem Votum von Räto Camenisch sagte: "Kein Mensch denkt daran, die Wasserversorgung zu verkaufen." Und weiter fügte er hinzu: "Das Bekenntnis zur Wasserversorgung ist unbestritten."
- Die CVP mit Werner Baumgartner äusserte: "Selbstverständlich ist Wasser ein sensibles Gut." Die Wasserversorgung wurde damals mit 17:10 Stimmen in der Gemeindeordnung verankert.

Genau zwei Jahre vergingen bei der FDP und die Festplatte zu der Privatisierungsthematik ist zu 100 % gekippt. Er könnte nun wie bei der Wasserversorgung auch die Aussagen zur Feuerwehr, Altersheim, Hallenbad und Schwimmbad der FDP und bürgerlichen Parteinen nochmals zitieren. Doch dann wäre die Debatte sehr lange. Protokolle sind ein gutes Instrument, sich zuerst zu Fragen, was die einzelnen Parteien für Vorstösse einreichen. Oder ist der Sinneswandel wirklich so schnell zu vollziehen, dass man den Aussagen nicht mehr trauen darf? Die SP ist zu 100 % für die Gemeindeaufgaben und reicht niemals die Hand für private Willkür. Die Vergangenheit und die Gegenwart zeigen doch eindrücklich, wie Privatisiertes nur dem Profit unterworfen wird und es täglich schlechter geht. Die Kernaufgaben sollen bei der Gemeinde belassen werden.

Abstimmung

Mit 23:9 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

20. Postulat Graber: Gesamtkonzept für die Sport- und Freizeitanlagen Schwimmbad, Kleinfeld und Mettlen Nr. 130/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> nimmt der Gemeinderat das Postulat entgegen und ist für Überweisung. Er fragt, ob jemand eine Diskussion wünscht.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

21. Bericht Postulat Dalla Bona: Arbeit statt Sozialhilfe Nr. 217/07

Das Geschäft wurde abtraktandiert.

22. Bericht Postulat Dalla Bona: Arbeit vor Sozialhilfe Nr. 250/08

Das Geschäft wurde abtraktandiert.

23. Bericht Postulat Koch: Boomender Weinbau im Kanton Luzern - Edle Tropfen auch für Kriens! Nr. 056/09

<u>Viktor Bienz</u> begibt sich zur Behandlung des vorliegenden Vorstosses in den Ausstand, da er als Pächter der entsprechenden Liegenschaft direkt betroffen ist. Er übergibt die Leitung an den Vize-Präsidenten Martin Heiz.

Martin Heiz gibt das Wort an Cyrill Wiget weiter.

Cyrill Wiget hält einleitend fest, dass es dem Gemeinderat bewusst ist, dass dies kein einfaches Geschäft ist. Es geht um Existenzen, Menschen, Gefühle und Hoffnungen. Er macht beliebt, dass sämtliche Regungen nicht öffentlich ausgetragen werden. Er war erstaunt über die Dinge, auf welche er in den letzten Wochen angesprochen worden ist. Der Gemeinderat wünscht ein Konzept über das Grundstück als Einheit. Er ist der Überzeugung, dass der Pächter sowie der Weinbau einen Bonus haben. Der Einwohnerrat hat mit einer Mehrheit das Postulat überwiesen. Wieso hat man nun dem Pächter gekündigt? Das Pachtrecht schützt den Pächter, dies ist auch richtig so. Wenn der Verpächter im sechsten Jahr nicht kündigt, gilt der Vertrag unverändert über weitere sechs Jahre. Dem Gemeinderat wäre die Umsetzung im Sinne des Postulanten nicht möglich, wenn kein neuer Vertrag ausgehandelt wird. Im Jahr 2000 liess man ein Gutachten erstellen. Damals wurde die Frage betreffend Einheit und Musterbetrieb bereits gründlich behandelt. Ziel ist es, eine erkennbare Gestaltungsidee des Grundstücks zu erreichen. Unter einem Musterbetrieb versteht man, dass dieser so geführt ist, dass dieser im Durchschnitt der Zeit etwas im Voraus ist. Man hat dem Gemeinderat geraten, einen kurzfristigen Pachtvertrag zu erstellen, damit man dies, was im Legat steht, in Ruhe umsetzten kann. Der Gemeinderat verzichtete darauf und hat wiederum einen sechsjährigen Vertrag abgeschlossen.

Gemäss <u>Patrick Koch</u> ist die SVP-Fraktion über den gemeinderätlichen Bericht zum vorliegenden Postulat sehr erfreut. Der Gemeinderat hat richtigerweise erkannt, dass die Produktion von qualitativ hochstehendem Wein für die Gemeinde Kriens ein Gewinn wäre. Der Südhang des gemeindeeigenen Grundstücks eignet sich ausgezeichnet, um Weinbau zu betreiben und lädt dazu ein, diese im Kanton Luzern stark wachsende Spezialkultur zu fördern. Ein Rebberg am Sonnenberg ist ein Gewinn für das Ortsmarketing Kriens. Es ist erfreulich, dass sich neben der Legislative nun auch die Exekutive klar und deutlich für eine zukunftsträchtige, innovative Bewirtschaftung des Unterhus-Südhangs ausspricht. Die Idee eines Rebbergs am Sonnenberg ist keinesfalls gegen einen Landwirtschaftsbetrieb gerichtet. Die SVP als Landwirtschaftspartei setzt sich für den jetzigen Pächter, Viktor Bienz, ein. Man möchte keinesfalls die Existenz von Viktor Bienz als Landwirt gefährden. Dem jetzigen Pächter soll für den Verlust des Südhangs Unterhus möglichst rasch Realersatz in der Form von Ersatzland zur Verfügung gestellt werden, wie es der Gemeinderat immer versprochen hat. Für die Rebbaubegeisterten ist die Ebene der Liegenschaft Unterhus nicht von Interesse. Es macht deshalb Sinn, diese Fläche dem bisherigen Pächter ohne neue Auflagen weiterzuverpachten. Die SVP Kriens wird

das Postulat Wili deshalb einstimmig unterstützen. Mit der Überweisung dieses Vorstosses dürfte mit dem bisherigen Pächter eine Konsens gefunden werden.

Beim Südhang der Liegenschaft Unterhus sind die Faktoren wie Höhenlage, Hangneigung und Südausrichtung unbestritten ideal für einen Rebberg. Vor dem definitiven Erstellen eines Rebberges müsste jedoch noch die Bodenbeschaffenheit überprüft werden. Nach Gesprächen mit Fachleuten sieht man diesen Untersuchungen gelassen entgegen. Insbesondere in der vorbehandelnden Kommission wurden kritische Fragen bezüglich einer drohenden Bodenerosion und dem übermässigen Einsatz von Pestiziden gestellt. Der Sprechende hat sich in diesen Punkten mit den Verantwortlichen der Rebbaugenossenschaft Sonnenberg unterhalten. Diese halten klar fest, dass sie, sofern sie den Pachtzuschlag evtl. zusammen mit einem Partner erhalten, den Rebberg möglichst ökologisch bewirtschaften werden. Dies geht auch aus dem Leitbild der Rebbaugenossenschaft Sonnenberg hervor. Möglich wäre beispielsweise die naturnahe Bewirtschaftung nach den VINATURA-Richtlinien, wie sie beispielsweise in Kastanienbaum erfolgreich angewendet werden. Mit dieser Form der IP-Produktion wird auf nützlingsschädigende Mittel verzichtet. Dafür wird das Ökosystem des Rebberges gefördert, um die vielfältigen Beziehungen zwischen Fauna und Flora zu erhalten und zu fördern. Mit der Dauerbegrünung verhindert man zudem die Erosion und eine Bodenverdichtung. Bei Pflanzenschutzmitteln werden ausschliesslich umweltgerechte Produkte verwendet. Diese Massnahmen tragen ebenfalls zur Gesundung und Stärkung der Bodenstruktur und biologischen Bodendiversität bei. Mit einer IP-Produktion in Kombination mit pilzresistenten (interspezifischen) Rebsorten kann ein maximaler Effekt für den Umweltschutz erzielt werden. Pilzresistente Rebsorten sind das Produkt von Kreuzungen europäischer und amerikanischer Rebsorten. Ein naturnaher und umweltschonender Rebbau dient der Förderung und der Erhaltung einer biologischen Vielfalt im Ökosystem.

<u>Kathrin Graber</u> namens der CVP/JCVP-Fraktion ist befremdet über den Bericht des Gemeinderates und hat kein Verständnis, dass der Gemeinderat dem bisherigen Pächter aufgrund der Einführung von Weinbau den Pachtvertrag für die Liegenschaft Unterhus vorsorglich gekündigt hat. Es überrascht sie zudem, dass man dies nicht in der Öffentlichkeit diskutiert und ausbreitet. In der Zwischenzeit ist das Ganze durch die Zeitung ein Thema geworden, welches die Öffentlichkeit betrifft und zum Teil auch stört.

Erst vor zwei Jahren hat der Gemeinderat in seinem Bericht über die Zukunft der gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Liegenschaften noch die Ansicht vertreten, die zwei Pachtliegenschaften Schloss und Gabeldingen als selbständige Betriebseinheiten zu stärken. Zuvor hatten Fachleute aus der Landwirtschaft dem Gemeinderat empfohlen, die Liegenschaft Unterhus der Schlossliegenschaft zuzuteilen, um für die Zukunft einen existenzfähigen Betrieb zu haben. Diese Zwei-Betriebs-Strategie hat auch der Einwohnerrat vor zwei Jahren gutgeheissen. Wenn der Gemeinderat nun dem Pächter die Liegenschaft Unterhus nach zwei Jahren schon wieder kündigt, macht er grundlos eine Kehrtwende in seiner Strategie und macht sich mit seinem Handeln unglaubwürdig. Das ist nicht die Verlässlichkeit, die man sich von der Gemeinde als Vertragspartner wünscht und erwartet. Mit dem Bericht gewichtet der Gemeinderat aber auch die Interessen einer privaten Rebbaugenossenschaft, die zum eigenen Vergnügen Winzer werden möchte, höher ein als die Interessen eines Pächters, der durch die Kündigung des Pachtvertrages in seiner Existenz gefährdet wird, weil ihm 10 ha Land gekündigt wurden und ihm damit ein Drittel der Nutzfläche verloren geht. Ein Pächter, der seit über 20 Jahren den gemeindeeigenen Betrieb im Interesse der Gemeinde Kriens und einer nachhaltigen Landwirtschaft führt. Man versteht es nicht, dass der Gemeinderat nicht geprüft hat, ob es in Kriens nicht noch andere Grundstücke gegeben hätte (z.B. im Zumhof-Gebiet), die nicht einen gemeindeeigenen Landwirtschaftsbetrieb schwächen. Die CVP/JCVP-Fraktion kann daher

über das Verhalten des Gemeinderates nur den Kopf schütteln. Das ist die grösste Schnapsidee, die der Gemeinderat in dieser Legislatur produziert hat. Zudem widerspricht es offenbar auch der Absicht der Erblasserin, die sich immer vorgestellt hat, dass auf dieser Liegenschaft Milchwirtschaft betrieben wird, wie es der jetzige Pächter vollzieht. Angesichts der ohnehin schwierigen finanziellen Situation kann man sich keine juristischen Eskapaden leisten, die etwas kosten werden. Zudem sagt der Gemeinderat in seinem Bericht selbst, dass die Investitionskosten für die Erstellung eines Rebberges hoch sind. Aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion darf der Rebberg unter dem Strich der Gemeinde nichts kosten. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation ist es nicht richtig, dass sich die Gemeinde einen gemeindeeigenen Rebberg leistet und Private auf Kosten der Allgemeinheit ihr Hobby frönen wollen. Zudem ist es keine öffentliche Aufgabe, Wein anzubauen. Sollen doch Private, wenn sie Lust haben, auf ihren eigenen Grundstücken oder auf anderen Privatgrundstücken Reben anbauen. Die CVP/JCVP-Fraktion setzt sich für die Krienser Landwirtschaft und für Pächter von gemeindeeigenen Liegenschaften ein. Man erwartet daher vom Gemeinderat, dass er möglichst bald seinen Entscheid korrigiert und dem bisherigen Pächter möglichst rasch wieder einen Pachtvertrag ausstellt. Andernfalls befürchtet man, dass der Wein, wenn es mal einen solchen geben sollte, einen unangenehmen Essig-Beigeschmack haben wird.

Joe Brunner bemerkt namens der SP-Fraktion, dass man schmunzelt, wenn man die Worte von den Liberalen und der SVP in den Ohren hört, dass diese einen Weinbau starten möchten. Seiner Meinung nach war dies ein Schnellschuss. Die Linken bevorzugen heute noch einen edlen Tropfen aus einem Weinbaugebiet, welches Tradition hat und nicht so einen sauren Weinessig. Man soll doch das nächste Mal einen guten Tropfen aus dem Wallis trinken und dann wird man die Probleme von Kriens vielleicht besser lösen können. Es ist nach wie vor nicht Aufgabe der Gemeinde, Weinbau zu fördern und zu unterstützen.

Zu dem dringlichen Vorstoss von Alexander Willi bemerkt er, dass die betreffende Wiese ein Schlittelhang oder Hundetollplatz ist und es keinen Rechtsstreit über Jahre mit viel Geld für die Katze braucht. So ist auch der Vorschlag von Alexander Wili nicht durchdacht und gibt von der linken Seite nur ein kühles Lächeln. Eine solche Lösung hilft den Bauern wenig. Die Gemeinde soll die Pachtverträge vergeben und nicht das, was sie anpflanzen. Von der SP-Fraktion wird er keine Unterstützung erhalten. Diese ist gegen seinen Vorstoss.

Mirjam Kalt erwähnt, dass das Postulat Koch im letzten Jahr vor allem von der SVP und der FDP angenommen wurde. Darin wurde der Gemeinderat aufgefordert, zu überprüfen, ob an der Hanglage Rebbau ermöglicht und gefördert werden soll. Es war also nicht wie Kathrin Graber sagt, eine Schnapsidee des Gemeinderates, sondern höchstens des Einwohnerrates. Nun hat der Gemeinderat dieses Anliegen aufgenommen und ist gleich auch aktiv geworden. Da das Geschäft im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt, hat er dem Pächter dieses Landes, Viktor Bienz, vorsorglich das Land gekündigt, damit einem neuen Projekt nicht auf Jahre hinaus Steine im Weg liegen. Dabei legt der Gemeinderat, was im Bericht zum Postulat steht, Wert darauf, dass Viktor Bienz als Pächter dieses Landes nicht geschwächt werden soll. Dies soll so geschehen, dass der Pächter sich als Bewerber für ein neues, innovatives Projekt beteiligt und somit beste Chancen hat. Er würde sogar bei der Auswahl vorgezogen oder er erhält für den Landverlust eine Kompensation. Somit erhält die Strategie, welche der Einwohnerrat vor zwei Jahren festgelegt hat, nämlich die Stärkung der Schlossliegenschaft, keine Schwächung oder gar existenzielle Gefährdung. Manchmal ändert sich die Strategie innerhalb zweier Jahren, wie man dies heute mit der Privatisierung von gemeindeeigenen Betrieben beschlossen hat, welche noch vor zwei Jahren in der Gemeindeordnung gegenteilig festgehalten wurde.

Die Sprecherin persönlich ist auch nicht begeistert vom Rebbau. Sie findet, dass es viele andere innovative mögliche Projekte in der Landwirtschaft gibt. Was die Grüne-Fraktion aber überzeugt, ist, dass dem Willen, ein landwirtschaftliches Musterprojekt auf diesem Grundstück zu realisieren, endlich entsprochen wird. Man möchte ein neues Projekt, das einer ganzheitlichen, ökologischen Landwirtschaft entspricht. Dazu braucht es wohl diesen schmerzlichen Schritt für den Pächter. Hier angefügt werden kann die Tatsache, dass aufgrund eines Vorstosses vor einiger Zeit die gemeindeeigenen Landwirtschaftsbetriebe einen Vertrag unterschrieben, wonach man auf einen biologischen Betrieb umstellen muss. Viktor Bienz hat diesen Vertrag auch unterschrieben, ihn aber nicht umgesetzt. Dass es schmerzlich ist für den jetzigen Pächter, das verstehen die Grünen. Man ist auch sehr einverstanden damit, dass auf allen Seiten Gespräche geführt werden, welche die Anliegen der Beteiligten aufnehmen. Das tut der Gemeinderat ja bereits, wie er im Bericht zum Postulat versichert.

<u>Alexander Wili</u> betont, dass er sich nie an die Presse wandte. Das Schreiben von Rechtsanwalt Franz Dörig an den Gemeinderat und ihn selber wurde durch Herrn Dörig an die Zeitung zugestellt. Er fragt, ob der Vize-Präsident und der Gemeindeschreiber damit einverstanden sind, wenn er nun zu seinem Postulat etwas sagt.

Vize-Präsident Martin Heiz und Gemeindeschreiber Guido Solari sind damit einverstanden.

<u>Kathrin Graber</u> stellt einen Ordnungsantrag. Es soll zuerst das Traktandum 23 "Bericht Postulat Koch" behandelt werden und anschliessend Traktandum 23a "Dringliches Postulat Will".

Abstimmung Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag wird mit 18:12 Stimmen abgelehnt.

Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	nein
Hauser, Bernadette	n.t.
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	n.t.
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja

Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	nein

Martin Heiz hält fest, dass man sich nun zu beiden Traktanden äussern kann.

Alexander Wili berichtet, dass er mit Viktor Bienz Besprechungen hatte und aufgrund dessen der Inhalt seines Postulates entstanden ist. Die vier aufgelisteten Punkte im Postulat wurden zusammen mit Viktor Bienz formuliert. Er bittet daher, seinem Vorstoss zuzustimmen. Er ist überzeugt, dass man damit Viktor Bienz sowie auch der Gemeinde einen Dienst tut. Es ist klar, dass der definitive Pachtvertrag durch den Gemeinderat formuliert werden muss. Das Ganze wurde auch in der USK so besprochen. Wenn man seinem dringlichen Postulat zustimmt, wären die Ängste weg, dass man Viktor Bienz einen Drittel des Landes wegnimmt. Es wären dann höchstens zwei Hektaren, welche weggenommen werden. Er bittet das Postulat Koch anzunehmen und sein eigenes zu überweisen, damit es keine Schwierigkeiten gibt.

<u>Kathrin Graber</u> weist darauf hin, dass der Gemeinderat ein Postulat prüfen aber nicht umsetzen muss. Er hätte auch sagen können, dass man einen Rebberg möchte aber auf einem anderen Grundstück, da man Viktor Bienz kein Land wegnehmen möchte. Das Postulat bezieht sich nur auf das Grundstück Nr. 348. Daher ist sie überrascht, dass der Gemeinderat den Pachtvertrag über alle Parzellen kündigte. Ausserdem stört es sie, dass man Viktor Bienz Dinge Vorhält, gegen die er sich nicht wehren kann, da er im Ausstand ist. Ein Rebberg muss kostenneutral sein. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde in private Investitionen auf öffentlichem Grund bezahlt.

Mit dem Postulat Wili wird aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion ein Kompromiss oder eine Schadensbegrenzung verlangt, mit dem die Folgen der Planung eines Rebberges für die Existenz des Pächters und seiner Familie abgedämpft werden. Dieses Anliegen des Postulats unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion. Mit Ziffer 1 des Postulats ist man aber nicht einverstanden, weil es dort um den Rebberg auf dem Unterhus geht. Wenn Alexander Wili bestätigt, dass er nur nochmals das wiederholt, was im Postulat Koch schon gefordert ist, der Rebberg nicht über die Parzelle Nr. 348 hinaus gehen soll und aus Ziffer 1 somit nichts Zusätzliches abgeleitet werden kann, kann man sich vorstellen, das Postulat in den Punkten 2 bis 4, wo es um die Anliegen des Pächters und seiner Familie geht, zu unterstützen. Daraus kann aber unter keinen Umständen das Einverständnis zum Rebberg auf Unterhus abgeleitet werden. Aus den folgenden Gründen wird das Anliegen des Postulats, Ziffer 2 bis 4, unterstützt:

- Mit der Kündigung der Liegenschaft Unterhus verliert der Pächter 10 ha Fläche und somit einen Drittel seines bisherigen Pachtlandes. Nur zusammen mit der Liegenschaft Unterhus erreicht der Betrieb die erforderliche Grösse, damit Um- und Neubauten von Bund und Kanton noch unterstützt werden. Es ist daher richtig und entspricht der Zwei-Betriebs-Strategie des Gemeinderates und des Einwohnerrates, dass mit dem Pächter für das Land, das für den Rebbau nicht benötigt wird, möglichst rasch ein neuer Pachtvertrag ausgestellt wird.
- Obwohl er bereits seit 20 Jahren Pächter der gemeindeeigenen Liegenschaft Schloss ist und den Betrieb stets im Interesse der Gemeinde Kriens und einer nachhaltigen Landwirt-

- schaft geführt hat, hat ihm der Gemeinderat bisher noch keine Zusicherung gegeben, dass er das Land, das nicht für den Rebbau benötigt wird, wieder zur Pacht erhalten werde. Im Gegenteil, der Gemeinderat will gemäss eigenen Aussagen für das ganze Gebiet einen Wettbewerb ausschreiben.
- Ohne Umsetzung dieses Vorstosses wäre für den Pächter und seine Familie mindestens bis Ende Jahr unklar, ob er bei der Planung auch in Zukunft mit dieser Liegenschaft rechnen kann. Für den Pächter mit seiner Familie ist es von grösster Wichtigkeit, möglichst bald zu wissen, wie es weiter geht. Ohne dieses Pachtland Unterhus müsste der Landwirt die Anzahl Vieh innerhalb relativ kurzer Zeit massiv reduzieren, weil ihm ohne dieses Land künftig zu wenig Futter für den bisherigen Viehbestand zur Verfügung stände. Zudem plant er einen Neubau des Ökonomiegebäudes, bei dem er vom bisherigen Viehbestand ausgegangen ist. Mit der Überweisung des Vorstosses soll dem Pächter und seiner Familie möglichst rasch wieder die Sicherheit gegeben werden, dass er nebst der Schlossliegenschaft in Zukunft auch zumindest über einen Teil der Liegenschaft Unterhus verfügen kann. Dies ist für ihn zentral bei der Planung der Zukunft. Auch für seinen ältesten Sohn Urs, der demnächst die Ausbildung als Landwirt beginnt, ist entscheidend und motivierend zu wissen, dass er später eventuell einmal einen existenzfähigen Betrieb übernehmen könnte.

Zusammenfassend könnte der Pächter mit einer Verkleinerung des Betriebes weniger Kühe halten mit der Folge, dass weniger Fleisch und Milch produziert werden. Zudem fallen die Flächenbeiträge für die 10 ha weg. Aufgrund dieser Faktoren vermindert sich das Einkommen. Es ist nicht voraussehbar, ob das tiefere Einkommen für den Pächter und seine Familie überhaupt für eine Existenz ausreichend ist. Investitionen in den Betrieb wären unter diesen Umständen kaum mehr möglich. Dadurch würde auch das Wahrzeichen im Grünen und die Weiterführung des Betriebes der Schlossliegenschaft langfristig gefährdet, was nicht im Interesse der Gemeinde Kriens sein kann. Mit der Überweisung des Postulats zeigt man auf der einen Seite dem Gemeinderat den rechten Weg, wie er bei der Neuverpachtung vorgehen soll, so dass die Gemeinde weiterhin als verlässliche Vertragspartnerin dasteht. Auf der anderen Seite stärkt man auch die Pächterseite der gemeindeeigenen Liegenschaft, so dass dieser weiterhin im Interesse der Gemeinde Kriens die Liegenschaften bewirtschaften kann. Sie bittet daher, das Postulat im Interesse der Krienser Landwirtschaft und der Landschaftspflege in der Gemeinde zu unterstützen.

<u>Judith Luthiger</u> geht auf das Postulat Wili ein, wobei unter Punkt 3 festgehalten ist, dass möglichst rasch Ersatzland in gleichem Ausmass und vergleichbarer Qualität zur Verfügung zu stellen ist. Sie findet dies richtig, da die Existenz des Pächters auf dem Spiel steht. Wenn dem Pächter aber Landersatz gegeben wird, fragt sie sich, wem dann der Pachtvertrag gekündigt werden muss. Dies geht für sie nicht auf. Die Auflagen für einen Rebbauer sind bereits sehr eingeschränkt. Sie fragt, wie viel Geld die Gemeinde für einen allfälligen Rechtsstreit oder für den Rebberg aufwenden muss. Für sie ist es klar, dass Viktor Bienz Ersatzland erhalten soll. Sie fragt, ob es dies überhaupt möglich ist.

<u>Alexander Wili</u> betont nochmals, dass alle vier Punkte zusammen mit Viktor Bienz vereinbart wurden.

<u>Monika Marbacher</u> hält fest, dass zum überwiesenen Postulat Koch ein Bericht vorliegt. Es freut sie, dass ein Rebberg gemacht wird. Die Antwort des Gemeinderates ist aus ihrer Sicht sachlich. Die Diskussionen sind nun aber nicht mehr ganz sachlich. Sie glaubt dem Gemein-

derat, dass er Viktor Bienz Landersatz anbieten wird. Gespräche mit dem jetzigen und zukünftigen Pächter Viktor Bienz sind nötig.

Gemäss <u>Erich Tschümperlin</u> hat der Gemeinderat das Anliegen des Postulats Koch aufgenommen. Dass nun ein Mitglied aus dem Einwohnerrat direkt betroffen ist, ist eine spezielle Situation. Die Diskussion geht ihm nun zu weit. Andere Entscheide werden auch nicht so personalisiert. Der Gemeinderat hat im Bericht aufgezeigt, dass es Materialersatz gibt. Der Pächter macht die Investitionen für einen Rebberg. Für die Gemeinde entstehen Kosten. Der Gemeinderat hat dies ausgeführt, was die Mehrheit verlangte. Der vorliegende Bericht soll nun zur Kenntnis genommen werden.

Mirjam Kalt, namens der Grüne-Fraktion, ist vehement gegen das Postulat Wili, und zwar nicht weil man gegen Verhandlungen ist, sondern weil man nicht verstehen und auch nicht unterstützen kann, dass man dem Gemeinderat jetzt versucht, die Hände zu binden oder genau vorzuschreiben, was er mit wem zu tun hat und dem Gemeinderat damit die Kompetenz entzieht. Sie ist überzeugt, dass der Gemeinderat seiner Verantwortung nachkommt und entsprechende Gespräche führt. Wenn es zudem so ist, dass Alexander Wili im Vorfeld mit Viktor Bienz bereits die Lösung erarbeitet hat, dann entspricht dies nicht ihrer Vorstellung von Verhandlung mit allen Beteiligten und schon gar nicht einer Konsenslösung, was von rechter Seite auch verlangt wurde. Bei einer Konsenslösung geht es darum, die Beteiligten gemeinsam an einen runden Tisch zu holen und gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten. Wenn der Streit nachhaltig geschlichtet werden soll, dann braucht es die Beteiligung aller, auch der Gemeinde. Die Grüne-Fraktion ist für Verhandlungen, die der Gemeinderat führt und welche alle Beteiligten einbezieht und nicht für bereits vorgefasste Lösungen.

Kathrin Graber hat vom Pächter gehört, dass er irgendwann Landersatz erhält. Dies wurde schon lange versprochen. Die Liegenschaft Unterhus ist nun wieder ein Fragezeichen. Für die Planung ist es wichtig, dass der Pächter jetzt schon weiss, mit wie viel Land er rechnen kann. Ansonsten ist keine Planung möglich. Mit der Liegenschaft Oberstudenhof kann man dies nicht vergleichen, da es dort nicht um die existenzielle Fragen geht. Sie möchte die SP und die Grünen daran erinnern, dass man beachten muss, wer hinter einem Anliegen steht. Man muss sozial denken. Der Aussage, dass man mit dem Postulat Wili dem Gemeinderat Kompetenz entzieht, ist sie nicht einverstanden. Der Vorschlag, die Beteiligten an einen runden Tisch zu holen, ist immer gut. An diesem runden Tisch müssten aber auch die Krienser Bevölkerung und die Landwirte anwesend sein.

Maurus Frey hält fest, dass Viktor Bienz seit 20 Jahren Landwirtschaft für die Gemeinde Kriens betreibt. Er vertraut dem Gemeinderat, dass die Existenz von Viktor Bienz gesichert wird und diese nicht gefährdet ist. Er gibt Alexander Wili Recht, dass man verhandeln muss. Er möchte nicht, dass man Pro oder Contra Viktor Bienz abstimmt. Er wehrt sich gegen diesen Druck. Man muss die beste Lösung für das Grundstück und die Krienser Landwirtschaft finden.

<u>Räto Camenisch</u> bemerkt, dass falsche Emotionen vorhanden sind, denn niemand möchte die Existenz von Viktor Bienz gefährden. Er dankt Viktor Bienz und Alexander Wili, dass diese zusammengesessen sind, sich das Ganze in Ruhe überlegt und eine Konsens gefunden haben.

Nun soll man den Gemeinderat handeln lassen. Das Postulat ist nur eine Richtlinie und keine Motion. Man soll mit der Emotionalität aufhören.

<u>Judith Luthiger</u> erhielt noch keine Antwort auf ihre Frage, wem nun Land enteignet werden muss.

Cyrill Wiget betont, dass es völlig in Ordnung ist, was bis jetzt in der Presse stand. Er kann nicht sagen, mit wem verhandelt wird und wem was abgetreten werden muss. Diese Verhandlungen sollen nicht öffentlich geführt werden. Er kann die Aussagen von Maurus Frey und Räto Camenisch verstehen, dass Personifizierungen problematisch sind. Der Gemeinderat hätte seinen Auftrag genau gleich fair und gradlinig ausgeführt, wenn eine andere Person betroffen wäre. Zur Aussage von Kathrin Graber bemerkt er, dass man nicht einfach Nein sagen konnte, da ja ein Auftrag vom Parlament vorliegt. Das Legat sieht einen Musterbetrieb vor. Darunter versteht man eine erkennbare Gestaltungsidee. Man möchte ein Nutzungskonzept für dieses Gebiet. Er zitiert aus dem Bericht "Musterhof Unterhus" der Landwirtschaftlichen Beratungszentrale Lindau (LBL) vom 27. Dezember 2000: "Ist die Gestaltungsidee eine Einheit, so kann die Realisierung durchaus durch verschiedene Partien gewährleistet werden. Das bewirtschaftete Areal erscheint trotzdem als Einheit und als Hof. Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Wird am Hang zum Beispiel ein Hirschgehege gemacht, das den Wegen entlang mit wertvollen Hecken teilweise verblendet wird und die auch Hundeversäuberungsmöglichkeiten beinhalten, wird ein Rebstück für Gemeindewein ausgesondert, und eine speziell geeignete Fläche für eine artenreiche Wiese mit reiner Mähnutzung bezeichnet, wird in einem Mittelstück, das nicht vernässt ist, die Hochstammkultur zu einem geschlossenen Obstgarten ergänzt (...)."

Im Legat ist festgehalten, dass die Parzelle als Ganzes behandelt wird. Es benötigt eine Einheitlichkeit und Gestaltung des Gebietes. Der Gemeinderat möchte ein Konzept sehen, dieses prüfen und dann den richtigen Entscheid fällen. Im Legat ist festgehalten, dass es dem Zweck der Landwirtschaft zukommen muss. Ausgeschlossen sind Überbauungen. Es ist nicht ausschliesslich von Milchwirtschaft die Rede.

Zum Ausstand von Viktor Bienz bemerkt er, wenn es einen anderen Landwirt betreffen würde, würde man auch über diesen sprechen ohne dass dieser zu Wort kommt. Der Gemeinderat wird die Verhandlungen im Sinne des Postulats durchführen. Man möchte keine Schwächung des Betriebes von Viktor Bienz. Er soll eine gute Art von Landwirtschaft betreiben können.

<u>Ursula Müller</u> findet es wichtig, dass das Ersatzland baldmöglichst in Aussicht gestellt wird. Sie fragt, ob man beim Konzept auch für andere Sachen als Weinbau offen ist.

<u>Cyrill Wiget</u> hält fest, dass die Gemeinde die Landwirtschaft fördern soll. Bei gemeindeeigenen Liegenschaften werden zuerst die Verträge für die grösseren Betriebe erneuert. Wenn es ökonomisch zumutbar ist, dann werden die Personen entsprechend auf biologische Landwirtschaft umstellen. Der Wunsch des Parlaments ist es, biologische Landwirtschaft zu fördern.

Gemäss <u>Martin Heiz</u> liegt das Postulat Koch im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt. Es findet keine Abstimmung statt.

23.1 Dringliches Postulat Wili: Liegenschaft Unterhaus

Nr. 146/10

<u>Alexander Wili</u> hält fest, dass der Gemeinderat beantragt, sein Postulat abzulehnen. Er versteht dies aber nicht, da der Gemeinderat eigentlich dasselbe möchte wie er selbst.

Gemäss <u>Cyrill Wiget</u> besteht ein gewisser Klärungsbedarf. Alexander Wili versucht den Streit zu schlichten. Wenn das Resultat der Verhandlungen aber bereits fixiert werden soll, gibt es ein Durcheinander. Das Pachtwesen und das Mietwesen muss getrennt werden. Verhandlungen werden auf jeden Fall durchgeführt.

<u>Daniel Piazza</u> fragt, ob man Ersatzland für Viktor Bienz sucht oder einen Alternativstandort, welcher sich für einen Rebbau eignet.

<u>Cyrill Wiget</u> antwortet, dass weder das Eine noch das Andere zutrifft. Man möchte wissen, wie in den nächsten sechs Jahren das Grundstück bewirtschaftet werden soll. Dies soll möglichst Nahe an das Legat kommen. Es wird nun dem Landwirt überlassen, ein gutes Konzept vorzulegen. Mehr steht im Moment nicht zur Debatte.

Gemäss <u>Martin Heiz</u> stellt der Gemeinderat den Antrag auf Ablehnung des Postulats Wili. Daher kommt es zu einer Abstimmung.

Abstimmung Postulat Wili

Das Postulat wird mit 21:9 Stimmen überwiesen.

Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	n.t.
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ia
KUHAU, SIITIUH	Ja
Lammer, Thomas	ja
	12
Lammer, Thomas	ja
Lammer, Thomas Luthiger, Judith	ja nein
Lammer, Thomas Luthiger, Judith Maldonado, Jennifer	ja nein nein

Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

Martin Heiz übergibt das Wort wieder dem Präsidenten Viktor Bienz.

<u>Viktor Bienz</u> fragt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und den noch vorhandenen Traktanden, ob man bereit ist, die Sitzung bis um 19.00 Uhr fortzuführen.

Roger Erni opponiert dem Vorschlag.

<u>Bruno Bienz</u> macht beliebt, die vorhandenen Traktanden noch zu behandeln, damit die nächste Sitzung nicht wieder eine ganztägige wird.

Abstimmung

Der Weiterführung der Sitzung bis 19.00 Uhr wird mit 23:6 Stimmen zugestimmt.

	Ţ:-
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	Enthaltung
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	Enthaltung

24. Bericht Postulat Graber: Neubau Gasthaus Hergiswald: So nicht! Nr. 097/09

Kathrin Graber hält fest, dass das Postulat, das sich gegen den geplanten Neubau des Gasthauses Hergiswald wandte, vom Einwohnerrat im September 2009 mit 21:10 Stimmen überwiesen wurde. Das Postulat wurde quer durch alle Parteien unterstützt. Im November folgte dann noch eine Petition mit dem Titel "Für den Erhalt eines intakten Ortsbildes Hergiswald" mit über 2'500 Unterschriften, die innerhalb von fünf Wochen zusammen kamen. Noch nie wurden für eine Petition in Kriens innert so kurzer Zeit so viele Unterschriften gesammelt. In Kriens sind für eine Initiative innert zwei Monaten 500 Unterschriften notwendig. Für die Petition wurde somit innert einer viel kürzeren Zeit ein Mehrfaches gesammelt, was für die Initiative notwendig gewesen wäre. Trotzdem kommt der Gemeinderat nun zum Schluss, den Neubau, wenn auch mit einigen Auflagen, zu bewilligen und das Gasthaus Hergiswald abzureissen. Über den Ausgang des Verfahrens ist man enttäuscht. Die Stimmung der Leute, welche die Petition unterzeichnet haben, reicht von einer gewissen Ohnmacht bis zum Eindruck "die machen doch was sie wollen". Gerade gestern sind wieder Leserbriefe von enttäuschten Stimmbürgern in der Zeitung erschienen. Auch die Reaktion der Albert-Köchlin-Stiftung, das Gespräch mit dem Petitionskomitee für einen allfälligen Kompromiss zu verweigern, jetzt noch die Baubewilligung des Gemeinderates anzufechten und gleichzeitig noch ein Inserat in der Zeitung zu schalten, löst grosse Enttäuschung und Unverständnis in der Krienser Bevölkerung gegenüber dieser Stiftung aus, die bisher viele gute Projekte realisiert hatte. Trotz den umfassenden Abklärungen des Gemeinderates sind noch einige Fragen offen bzw. einige Punkte nicht abgeklärt worden:

- Das Postulat wandte sich nicht generell gegen jeden Neubau, sondern nur gegen diesen geplanten Betonblock. Im Postulat wurde daher gefordert, den Neubau so nicht zu realisieren, sondern einen Neubau, der architektonisch optimal in die Landschaft und die geschützte Gebäudegruppe integriert werden kann. Der Gemeinderat hat zwar verschiedene gestalterische Auflagen mit der Baubewilligung verknüpft. Die Dachbegrünung oder die Auflage, dass die Parkplatzflächen zu begrünen sind, ändern jedoch nichts daran, dass dieser Gebäudekomplex, wie er geplant ist, wie eine Faust aufs Auge wirkt.
- Die Fachkommission der Gemeinde Kriens "Schützenswerte Kulturobjekte" bedauert, dass das Gasthaus Hergiswald abgebrochen wird und bemängelt, dass der mögliche Rückbau des Gasthauses Hergiswald auf seinen ursprünglichen Kern nicht vertieft weiterbearbeitet wurde. Man wird den Eindruck nicht los, dass der Gemeinderat auf halbem Weg stehen geblieben ist, die AKS nicht vergraulen wollte und daher die einfachste Lösung des Abbruchs verfolgte unter dem Motto: "Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul!"
- Die Denkmalpflege spielte auch eine spezielle Rolle. Vor zehn Jahren wurde das Gasthaus in die höchste Schutzkategorie eingeordnet. Zehn Jahre danach spielt dieses Inventar offenbar keine Rolle mehr und man unterstützt den Abbruch.
- In der Zeitung war kürzlich von einem Fall in der Surseer Altstadt zu lesen. Das Verwaltungsgericht hob die Baubewilligung für einen turmartigen Neubau in der Altstadt auf. Das Verwaltungsgericht stützte sich auf ein Fachgutachten der eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege, das zum Schluss gekommen ist, das in Sursee bewilligte Projekt verletzte das Ortsbild und genüge den Anliegen des Denkmalschutzes nicht. Man darf also gespannt sein, wie das Verwaltungsgericht im Fall Hergiswald entscheiden wird.

Trotz den vielen Abklärungen des Gemeinderates ist man enttäuscht, dass die Stimmberechtigten beim Gemeinderat kein grosses Gewicht haben, weil er wohl sonst anders entschieden hätte. Im Interesse des Ortsbildes Hergiswald hofft man, dass es doch noch eine gute Lösung geben wird.

Cyrill Wiget führt aus, dass die Idee, das Gasthaus abzureissen und durch ein neues zu ersetzen nicht vom Gemeinderat stammt. Die Eigentümer und der Baurechtsnehmer erstellten das Bauprojekt. Der Gemeinderat musste entscheiden, ob die Baubewilligung erteilt und die Entlassung aus dem Inventar vorgenommen werden sollte. Die historische Bedeutung des Hauses lässt sich nicht belegen. Dieses wurde so häufig umgebaut, dass der historische Kern nicht mehr erkennbar ist. Mit dem Neubauprojekt wird die Kirche besser hervorgehoben. Eine gewisse Distanz zur Kirche besteht. Das Projekt konnte nicht über den Weg der Nicht-Entlassung aus dem Inventar verhindert werden. Die Baubewilligung selber wurde sehr sorgfältig erstellt.

Matthias Senn erwähnt, dass das Neubauprojekt als Betonklotz empfunden wird. Die Beurteilungen und Geschmäcker gehen auseinander. Die Fachkommission und die Jury bestätigen eine hohe architektonische Qualität des Neubauprojekts. Man möchte keinen zweiten Prunkbau hinstellen. Bezüglich den Auflagen ist man korrekt vorgegangen. Die Albert-Köchlin-Stiftung (AKS) wurde immer informiert. Die Problematik des Abbruchs des alten Gasthauses und diverse Punkte im Zusammenhang mit dem Neubauprojekt wurden besprochen. Die einzige Auflage, welche nicht auf rechtlicher Grundlage ist, ist die Begrünung des Parkplatzes. Die AKS war damit einverstanden. Nun hat die AKS Verwaltungsgerichtbeschwerde eingereicht. Diese Situation hat er noch nie erlebt. Schlussendlich müsste die AKS eigentlich glücklich sein mit der Baubewilligung.

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> liegt das Postulat im Kompetenzbereicht des Gemeinderates. Deshalb gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

25. Interpellation Frey: Gestaltungsplan "Schlund Ost" – Waldstätterpark mit Verspätung? Nr. 094/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob Maurus Frey damit zufrieden ist oder ob er oder jemand anderes das Wort verlangt.

Maurus Frey verlangt das Wort.

Viktor Bienz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

<u>Maurus Frey</u> stellt fest, dass die Beantwortung der Frage 5 nicht ganz seiner Fragestellung entspricht. Diese Frage ist ein heikler Punkt. Bei einem Projekt sind maximal 5 Tagesfahrten erträglich. Das bewilligte Projekt geht jedoch von 11 durchschnittlichen Tagesfahrten aus. Er fragt, ob das Projekt als Fach- oder Abholmarkt bewilligt wird.

Matthias Senn antwortet, dass das Projekt noch nicht bewilligt wurde. Eine kantonale Stellungnahme wurde bereits angefordert und die Gemeinde Horw muss sich auch noch damit beschäftigen. Die Baubewilligung darf erst erteilt werden, wenn ein privatrechtlicher Vertrag

vorliegt. Es war die Absicht, dass das Projekt als Fach- und Abholmarkt bewilligt wird mit 200'000 Fahrten pro Jahr. Wenn ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen geplant ist, kann der Gemeinderat sagen, dass er dies nicht akzeptiert.

<u>Judith Luthiger</u> teilt mit, dass für die SP-Fraktion die Verkehrssituation unbefriedigend ist. Der Gemeinderat hat eine unklare Strategie. Man könnte festlegen, dass keine Güter für das alltägliche Leben verkauft werden und dies in die Planung miteinbeziehen.

<u>Matthias Senn</u> erklärt, dass man die Absicht hat, dies in die Ortsplanungsrevision aufzunehmen. Der Kanton ist zudem aktiv geworden und hat ein umfangreiches Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben.

26. Interpellation Portmann: Starke Stadtregion Luzern Nr. 126/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob Peter Portmann damit zufrieden ist oder ob er oder jemand anderes das Wort verlangt.

Peter Portmann verlangt das Wort.

Viktor Bienz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Für <u>Peter Portmann</u> steckt trotz allen Beteuerungen eine Portion Nepotismus der Fusionsturbos hinter dem Projekt "Starke Stadtregion Luzern". Das typische Beispiel ist das Engagement der Gebrüder Bucher. Der eine ist für das Qualitätsmanagement des Projektes zuständig und der andere für Wirtschaftsfragen in der Stadt Luzern. Wie war es bei der Fusion in Littau? Die Kaderleute bei der Gemeindeverwaltung wurden durch Vergabe von Jobs auf die Fusion getrimmt. Für Gemeinderat De Bona beispielsweise wurde eine Amtsstelle geschaffen (Leiter Stadtraum und Veranstaltungen), der Projektleiter Peter Mendler wurde jetzt voll für die Umsetzung angestellt und Josef Wicki, Fusionsgewinnler, kaufte zu einem äusserst günstigen Preis Land. Der Littauer Alt-Gemeindepräsident Erwin Steiger ist CEO der Firma DemoSCOPE AG und macht die zweifelhaften Umfragen für die Fusion. Er fragt sich, wie es mit dem Fusionsfilz weitergeht. Es macht ihm Angst, daran zu denken.

27. Postulat Urfer: Berücksichtigung der IAO Kernübereinkommen, faire Beschaffung auch in Kriens Nr. 131/09

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> stellt der Gemeinderat den Antrag auf Ablehnung. Daher kommt es zu einer Abstimmung.

Mario Urfer führt aus, dass das Kernabkommen der Internationalen Arbeitsorganisation IAO einen entscheidenden Beitrag leistet, die Achtung der Grundrechte der Arbeitnehmenden weltweit zu gewährleisten und zu fördern. Die Schweiz ist seit 1919 Mitglied der IAO und

ratifizierte 56 Abkommen. Unter den verschärften Wettbewerbsbedingungen verhindert nur ein fairer Handel, dass soziale und ökologische Dumpingangebote die KMU's in der Schweiz nicht aus dem Markt werfen und unsicheren, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen Vorrang leisten. Im Schweizerischen Beschaffungsrecht gilt das Leistungsortprinzip. Demnach sind die am Ort der Leistung geltenden Bestimmungen massgeblich, wie ortsübliche Löhne oder die Gewährung gesetzlich vorgeschriebener Sozialleistungen. Wenn Kriens jedoch eine Leistung bezieht, die nicht in der Schweiz erzeugt wird – in der Regel handelt es sich um Lieferaufträge – gelten dafür Bestimmungen des Herstellungslandes. Zwar behalten einige Voraussetzungen auch in diesen Fällen ihre Gültigkeit, da sie im Gesetz explizit erwähnt werden, beispielsweise die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau.

Mit dem Entwurf für eine Einkaufsweisung der Gemeinde Kriens, gestützt auf das geltende kantonale Gesetz über die öffentliche Beschaffung, ist aus Sicht des Gemeinderats das Postulat bereits erfüllt. Es gibt aber einige Punkte im IAO-Kernübereinkommen, die das Gesetz nicht erwähnt, wie zum Beispiel die Kinderarbeit. Daher ist es durchaus sinnvoll, die IAO-Kernübereinkommen im Beschaffungswesen zu prüfen.

Es ist bekannt geworden, dass für Kriens Granitsteine aus China importiert wurden, welche wahrscheinlich unter menschenverachtenden Arbeitsbedingungen hergestellt worden sind. Dies, obwohl man in der Schweiz über eigene Steinbrüche verfügt. Die SP meint, es soll eine aktive Kommunikation über faire und nachhaltige Beschaffungen stattfinden. Die Anbietenden sollen dadurch sensibilisiert werden. Die SP geht davon aus, dass eine überwältigende Mehrheit in Kriens, menschenverachtende und ausbeuterische Arbeitsbedingungen nicht gutheisst, sondern eine faire und nachhaltige Beschaffung für Kriens will. Deshalb bittet er, das Postulat zu überweisen.

Der Gemeinderat soll mit seinen Möglichkeiten prüfen, ob Lieferanten und Leistungserbringer die IAO-Kernübereinkommen einhalten und die Entwicklung neuer Instrumente für die Überprüfung der Kernübereinkommen mit grosser Aufmerksamkeit verfolgen.

<u>Erich Tschümperlin</u> erinnert daran, dass seit dem 1. Januar 2010 eine revidierte Verordnung des Bundes betreffend öffentliche Beschaffungen in Kraft ist. Diese sollte man auch auf Gemeindeebene einführen.

Gemäss <u>Michael Günter</u> ist die SVP-Fraktion mit dem Gemeinderat einig, dass das Postulat abgelehnt werden soll, da das öffentliche Beschaffungswesen bereits auf eidgenössischer, interkantonaler und kantonaler Ebene geregelt ist. Diese Regelungen, welche auch für die Gemeinde Kriens relevant sind, enthalten bereits die Regelungen, welche den Zielen der fraglichen IAO-Kernübereinkommen entsprechen. So kann insbesondere auch das Verbot von Kinderarbeit bereits unter die existierenden Gesetzesbestimmungen eingeordnet werden.

Mit dem Bericht zum Postulat Nyfeler hat sich der Gemeinderat schon einmal mit der Materie auseinandergesetzt und den vorhandenen Handlungsspielraum aufgezeigt. Den Gemeinderat nun nochmals praktisch dieselbe Arbeit machen zu lassen, erachtet die SVP-Fraktion als ineffizient und nicht notwendig.

Abstimmung

Mit 18:10 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

Betschart, Daniel	nein
•	
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	nein
Hauser, Bernadette	nein
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	Enthaltung

28. Postulat B. Bienz: Weniger Salz auf Krienser Strassen und Trottoirs Nr. 140/10

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> nimmt der Gemeinderat das Postulat entgegen und ist für Überweisung. Er fragt, ob jemand eine Diskussion wünscht.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

29. Motion Konrad: Realisierung Zentrumsprojekt Nr. 141/10

Gemäss <u>Viktor Bienz</u> stellt der Gemeinderat den Antrag auf Ablehnung. Daher kommt es zu einer Abstimmung.

<u>Simon Konrad</u> teilt mit, dass er in Absprache mit der FDP-Fraktion seine Motion in ein Postulat umwandelt.

Er hält fest, dass das letzte Zentrumsprojekt im Jahr 1983 an der Urne verworfen wurde. Im Jahr 2000 kam dann ein Neuanfang. Im Dezember 2002 verabschiedete der Einwohnerrat ein Grundsatzpapier zum Zentrum. Die Abstimmung für "Zukunft Kriens" ist heute für 2012 geplant. Dies ist ein Zyklus von 30 Jahren. Sollte das Projekt verworfen werden, würde das Zent-

rum die nächsten 30 Jahre ein Schattendasein fristen. Im Jahr 2002 wurde die IG Dorfkern gegründet. Ein Zeichen, dass etwas im Herzen des Dorfes nicht mehr funktionierte. Aus dieser Interessengruppe entstand 2004 der Ortsmarketingverein "Lust auf Kriens". Die repräsentative Umfrage (640 Interviews) der renommierten Ortsmarketingspezialisten Egger & Partner im Sommer 2005 ergab folgende Erkenntnisse:

Auf die Frage, wo die Gemeinde investieren soll, antworteten am meisten Krienserinnen und Krienser: in ein neues Ortszentrum mit einem belebten Dorfplatz, Investitionen in Arbeitsplatzförderung, Schul- und Weiterbildung, Verkehrsfluss verbessern und Förderung von Jugendaktivitäten. Diese Umfrage bestärkt ihn in seiner Forderung nach einer möglichst raschen Umsetzung des "Cocon" und den Gewinn eines attraktiven Ortszentrums mit einem belebten Dorfplatz. Die Studie von "Lust auf Kriens" ist bei ihm, falls diese jemand einsehen möchte. Im Jahr 2006 behandelte der Rat den Planungsbericht "Zentrumsentwicklung Kriens". In diesem Bericht und Antrag Nr. 112/06 steht: "Die Gemeinde Kriens ist Eigentümerin von rund 100 Liegenschaften mit einem Gebäudeneuwert von ca. 260 Mio. "Die Strategie ist, dass für eigene Bedürfnisse nicht beanspruchte Liegenschaften desinvestiert werden und mit dem Erlös die "dringend notwendige städtebauliche Aufwertung bzw. die Zentrumsentwicklung" mitzufinanzieren sei. Im Jahr 2007 kam dann der Wettbewerb mit dem Siegerprojekt "Cocon", das im Jahre 2010 gebaut werden sollte. Man schreibt nun das Jahr 2010 und ausser beachtlichen Planungskosten ist noch nichts realisiert. Mit Freude hat er die Informationskampagne "Zukunft Kriens" zur Kenntnis genommen. Die gelungenen Teil-Projekte dürfen mit Stolz den Krienserinnen und Krienser vorgestellt werden. Es zeigt die Früchte eines langen, aufwändigen und teuren Prozesses. In der Begründung seiner Motion sind zwei Argumente aufgeführt. Für eine ertragreiche Zukunft muss zuerst gesät werden. Beugt man sich vor dem Druck der stetig steigenden, laufenden Kosten, die keine Luft mehr für Investitionen lassen? Arbeitet man denn nur noch für die anderen? Für die sozial Schwächeren, für die Kranken, für die Älteren oder arbeitet man auch für die Zukunft, für die der Nachkommen, für Visionen einer schönen Gemeinde zwischen Pilatus und Sonnenberg? Wie in seiner Motion gefordert, müssen Mittel frei gemacht werden. Falls nötig soll auch eine höhere Verschuldung in Kauf genommen oder alternative Finanzierungsformen gefunden werden. Falls sich die Krienserinnen und Krienser für eine Fusion entscheiden, was geschieht dann in Kriens? Spricht das neue Stadtparlament dem Quartier Kriens Fr. 140 Mio. für die geplanten Investitionen? Baut die starke Stadtregion in Kriens Werkhof und Feuerwehr? Baut die Stadt in Kriens ein Jugendzentrum mit Musikschule und Saal? Bleibt Kriens eigenständig, sind leider schon ein paar wertvolle Jahre verloren gegangen. Gescheiter wird man täglich, aber die Planungen sind bezahlt. Die Projekte haben heute ihre Berechtigung. Man hat es jetzt in der Hand. Die Abklärungen der starken Stadtregion dürfen die Entwicklung von Kriens nicht blockieren. "Leben im Zentrum", dies ist ein gelungener Slogan. Das ist die Erwartung der Krienserinnen und Krienser. Die Horwer haben es geschafft, ein neues Ortsbild, Leben, florierende Cafe's und Geschäfte zu erstellen und damit strahlende Menschen auf der Strasse zu erwirken. Das ist beneidenswert. Von Kriens liest man leider andere Schlagzeilen. Vor dem Hintergrund des Entlastungsprogrammes verzichtet er heute auf die Überweisung seiner Motion und möchte das Anliegen dem Gemeinderat als Postulat überweisen.

Allen Schwarzmalereien und Untergangsszenarien, die bis heute noch nie eingetreten sind, zum Trotz, wünscht er sich den Glauben an die Zukunft. Der ideale Zeitpunkt ist nie da. Man soll heute Mut fassen und in ein attraktives Ortsbild "Leben im Zentrum" investieren.

Gemäss <u>Judith Luthiger</u> wünscht sich auch die SP ein florierendes Kriens, das mit Leben gefüllt ist. Das Zentrum hat tatsächlich eine bescheidene Aufenthaltsqualität und dringenden Sanierungsbedarf. Die SP hat immer wieder auf diese Missstände hingewiesen und jährlich

Budgetanträge zur Erhöhung der Werterhaltung von gemeindeeigenen Gebäuden gestellt. Der Sanierungsbedarf wird immer grösser. Die SP will das Zentrumsprojekt nicht zerpflücken und einen einzelnen Dominostein einfach herausnehmen. Bis jetzt war man der Meinung, dass immer von allen Projekten gesprochen wurde, von einzelnen Dominosteinen als Teile eines Ganzen. Jeder Stein löst die Weiterentwicklung des nächsten aus. Das war auch eine Konsens an den Schlössligesprächen im November 2009. Dort hätte man Gelegenheit gehabt, Bedenken anzumelden. Aus keiner einzigen Fraktion hat man der neuen Reihenfolge der Realisierung des Zentrumsprojektes widersprochen. Im März 2010 waren wieder Schlössligespräche vorgesehen. Diese wurden aber mangels Traktanden abgesagt. Wenn der politische Wille da ist, das ganze Projekt zu zerpflücken und einzelne Dominosteine zu kippen, so müsste man dies dringend angehen, bevor im Juli über den Projektierungskredit und über die Finanzplanung für die kommenden Jahre gesprochen wird. Man muss diese grossen Brocken sorgfältig angehen, denn man entscheidet über wichtige Schritte für die Zukunft von Kriens. Auch die Frage, als was sich Kriens überhaupt versteht, darf nicht ausser Acht gelassen werden.

Der SP kommt es so vor, als ob die FDP ihre Schäfchen noch vor der Auslegeordnung ins Trockene bringen will, damit man dann alle weiteren Investitionen blocken kann. Die FDP-Finanzpolitik geht für die SP nicht auf. Sie ist widersprüchlich. Es wird über jeden Franken Investition gejammert, wenn es ums Allgemeinwohl geht. Man erinnert sich an den Vorstoss mit dem Kostendach für die Krienser Badi, an die Kürzungen für die Kinderspielplätze etc. Beispiele gäbe es genug. Jetzt spricht die FDP plötzlich von einem beachtlichen Krienser Finanzvermögen und ist sogar bereit, eine höhere Verschuldung in Kauf zu nehmen. Man möchte sofort investieren ohne dass man weiss, wie die Verzichtsplanung der laufenden Rechnung und der Investitionen für die kommenden Jahre aussehen wird.

Die SP ist gegen die Überweisung des Postulates. Man möchte zuerst alle Fakten auf den Tisch, bevor man bereits jetzt alles zerpflückt.

<u>Erich Tschümperlin</u> teilt mit, dass die Grüne-Fraktion dem Postulat ebenfalls opponiert. Man soll eine Gesamtschau abwarten, denn einzelne Projekte herauszuziehen, ist unseriös. Die Grünen sind nicht bereit, etwas vorzuziehen und zu planen und dass am Schluss kein Geld mehr vorhanden ist.

Bernadette Hauser ist der Meinung, dass der vorliegende Vorstoss zum jetzigen Zeitpunkt quer in der Landschaft liegt. Sie hätte auch am liebsten möglichst bald eine neue Zentrumsüberbauung. Da man aber mitten in umfassenden Sparverhandlungen für das Entlastungsprogramm ist, ist dies nicht möglich. Im Rahmen der Auslegeordnung möchte man dem Gemeinderat keine Vorgaben machen. Die Dringlichkeiten und Prioritäten sollen in diesem Rahmen festgelegt werden. Die CVP-Fraktion lehnt deshalb die Überweisung des Postulates grossmehrheitlich ab.

<u>Daniel Piazza</u> ist grundsätzlich nicht abgeneigt, das Zentrum zu stärken. Diese Art und Weise, wie es im Postulat verlangt wird, ist aber nicht schlau. Er glaubt, dass man sich noch alle Türen offen halten muss. Das ist finanzpolitisch der beste und seriöseste Weg. Bei der Abstimmung wird er sich enthalten.

Abstimmung

Mit 16:10 Stimmen wird Postulat abgelehnt.

Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	nein
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Piazza, Daniel	Enthaltung
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

30. Verabschiedung Bernadette Hauser-Roos (CVP)

<u>Viktor Bienz</u> verabschiedet sein eigenes Fraktionsmitglied nicht gerne. Er teilt mit, dass Bernadette Hauser per Ende April ihren Rücktritt als Mitglied des Einwohnerrates bekannt gegeben hat. Bernadette Hauser hat wie folgt in den politischen Gremien gewirkt:

- Im Juli 2006 als Nachfolge von Peter Schönenberger in den Einwohnerrat gewählt
- 2006 2008 als Präsidentin der Bürgerrechtskommission
- 2006 2010 als Mitglied in der Bürgerrechtskommission

Viktor Bienz hat Bernadette Hauser als ruhige und überlegte Sachpolitikerin erlebt. Sie reichte verschiedene Vorstösse ein und zeigte bei ihren Themen oft Hartnäckigkeit. Für die grosse Arbeit im Rat bedankt er sich im Namen von allen ganz herzlich. Er wünscht ihr für die Zukunft alles Gute, gute Gesundheit und mehr Zeit für sie selber. Er überreicht ihr das gewünschte Geschenk.

Bernadette Hauser hat den Gemeinderat aus beruflichen und familiären Gründen gebeten, sie aus dem Einwohnerrat zu entlassen. Für die vielfältigen und lehrreichen Erfahrungen und die kollegiale Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen ist sie sehr dankbar und nimmt dies gerne als positive Erinnerung auf ihren weiteren beruflichen und persönlichen Lebensweg mit. Dem Gemeinderat wünscht sie in seiner anspruchsvollen Aufgabe viel Energie und Motivation und dem Einwohnerrat gegenseitige Toleranz und die nötige Sachlichkeit, um das Wünschbare und das Machbare immer wieder sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Schluss

<u>Viktor Bienz</u> infomiert, dass die nächste Sitzung am 6. Mai 2010 stattfindet. An der Sitzung vom 1. Juli wird voraussichtlich der Planungskredit Zentrum und die finanzpolitische Auslegeordnung behandelt. Er bittet, dazu den ganzen Tag provisorisch zu reservieren.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

Roger Erni weist darauf hin, dass Erich Tschümperlin und er im letzten Jahr ein Fussballspiel organisierten. In diesem Jahr findet nun ein Volleyballturnier statt. Er bittet, den folgenden Termin vorzumerken: Montag, 30. August 2010. Er freut sich, wenn möglichst viele dabei sein können.

Der Gemeinderat weist darauf hin, dass an diesem Datum der zweite Echoraum "Starke Stadtregion Luzern" stattfindet. Somit wird versucht, einen neuen Termin zu finden.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:	<i>D. Bury</i> Viktor Bienz
Der Gemeindeschreiber:	Guido Solari
Die Protokollführerinnen:	Yvonne Röösli
	A. Signist

+Burh lot

Petra Burkhart